

Politische Berichte



12. Mai 1989
Jg. 10 Nr. 10

G 7756 D Preis:
2,50 DM

NATO-Streit

**Die BRD
formiert eine
„europäische
Säule“**

Seite 7

VR China

**Die Studenten
sind unzufrieden —
aber womit?**

Seite 15

Krankenpflege

**ÖTV-Kampfaktion
in Hamburg:
Gemeinsame
Pause**

Seite 25

PAC-Interview

**„Die grundlegende
Strategie der
Befreiungsarmee
ist der Volkskrieg“**

Seite 34



Bonn, 29. April: 10000 demonstrierten zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/21 1658

Inhalt 10/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Regierungserklärung: Kanzler Kohl gewinnt die Mitte und sichert die Flanken.....	5
NATO-Streit: BRD formiert „europäische Säule“.....	7
Einzelhandel: Es geht um den Lohn und 18.30 Uhr!.....	7
Wackersdorf: Plutonium aus La Hague?.....	7
1. Mai: Wie kann die 35-Stunden-Woche in der EG die Reaktion stoppen?.....	8
Hungerstreik: Die Verweigerung besserer Haftbedingungen ist willkürlich und lebensgefährlich.....	10

Auslandsberichterstattung

Südkorea: Regierung verschärft den Kurs, aber der Protest geht weiter.....	12
„Deutsche Firmen müssen stärker auf Asien setzen“.....	13
Namibia: Unabhängigkeit weiter gefährdet.....	13
Türkei: Streikbewegung gegen Hungerlöhne.....	14
Innu in Labrador: NATO-Basis gerät unter Druck.....	14
VR Polen/Wahlen: Bürgerliches Oppositionsprogramm... ..	15
VR China: Die Studenten sind unzufrieden — aber womit?..	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
Soziales Europa 1992: Imperialismus-Kritik fehlt.....	18
Aufklärende Erlebnisberichte über rechte Verbindungen... ..	18
Mit Christus für die Kapitalsicherung.....	18
SPD-Positionen für die 30-Stunden-Woche mehrten sich....	19
DKP zur Europawahl: Propaganda vom „Gemeinsamen Haus“ schwächt Konzernkritik.....	19
Ellen Weber zum Antifaschismus.....	20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
„Schlesiertreffen 89“: 40 Jahre Verfassung — Streichung der Präambel.....	22
Bayerische Staatsregierung: Mäßigungsgebot für kommunale Beamte.....	22
Ausländerausschußwahl: Wahlrecht bleibt wichtig.....	23
Elmshorn: AG Kindergärten fordert Fachkräfte.....	23
Hamburg: Senat kündigt Hafenstraßen-Vertrag.....	24
Krankenpflege: ÖTV Kampfaktion: Gemeinsame Pause... ..	25
IG Metall NRW: Leichtlohngruppen werden überprüft.....	25
Sozialhilfebezug für Ausländer: In der Fessel zwischen Ausländergesetz und Sozialhilferecht.....	26
Sozialhilferecht für Ausländer.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Sonntagsarbeit: „Modell Uniroyal“ soll Verbot aushöhlen... ..	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Mississippi Burning: Der Humanismus bleibt auf der Strecke.....	30
Rain Man: Faszinierender Film zum Thema Autismus.....	30
For Queen and Country: Keine Lorbeeren für Dienst in der Armee.....	30
Ein himmlischer Teufel: Ein armer Teufel auf der Erde....	31
Zur Diskussion gestellt: Software und Bildschirmarbeit... ..	31
Ausländergesetz: Neues aus der liberalen Ecke.....	32
„Eckwerte“ für ein neues Ausländergesetz.....	33

Spezialberichte

Interview mit PAC-Vertreter: „Die grundlegende Strategie der Befreiungsarmee ist der Volkskrieg“.....	34
--	----

Erklärung der Angehörigen zum 29.4.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einer Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen zu der Demonstration am 29.4. in Bonn. Sie ist vollständig im Hungerstreik-Info 12 abgedruckt. — (mal)

„... Wir haben uns dafür entschieden, weil über die Medien nichts oder nur Unwesentliches berichtet wurde. Wir sagen aber: Es war eine starke, disziplinierte und auch breite Demo. Breit nicht nur durch die Anzahl der Menschen (über 10000), sondern durch die Anwesenheit verschiedenster Gruppen. Viele wurden daran gehindert, zur Demonstration hinzukommen, da sie an Kontrollstellen der Polizei rund um

nur die Gefangenen aus der RAF. Wir wollen eine Lösung für alle Gefangenen, die im Streik sind.

Diese drei Punkte, wie die Beteiligung verschiedenster Gruppen, internationale Unterstützung und Einbeziehung aller kämpfenden Gefangenen, haben die Demo kämpferisch werden lassen, obwohl wir uns gewünscht hätten, daß wir noch viel mehr gewesen wären.

Uns ist noch mal klar geworden, daß sich Stärke nicht durch Menge und Masse ausdrückt, sondern durch die Inhalte, die auf einer Demo vermittelt werden. Auf dieser Demo waren hauptsächlich die Menschen, die wirklich mit ganzem Herzen eine Veränderung drinnen wie draußen wollen. Und dafür sind es dann sehr viele gewesen.“



Hungerstreikdemonstration am 29.4. in Bonn. Bild: Burkhard Maus.

Bonn aufgehalten wurden. Wir Angehörige reisen ja viel durch die BRD und haben auf den Veranstaltungen mit Menschen diskutiert, die nicht aus dem antiimperialistischen oder autonomen Spektrum kommen. Viele von diesen Menschen haben wir auf der Demo angetroffen. Ausdruck der Breite und Stärke sind auch die verschiedensten Beiträge von unterschiedlichsten Gruppen. Stark war auch, daß es eine internationale Beteiligung gab. So waren Genossen aus Belgien, Holland, Dänemark vertreten und ein eigener Block von Dev Genc mit Beiträgen und Grußadressen aus der Türkei.

Ein weiterer Punkt, der für die Breite spricht, ist, daß wir alle kämpfenden Gefangenen mit einbezogen haben und nicht

Verurteilung nach § 218 in Memmingen

Am 5.5.89 wurde der Frauenarzt Dr. Theissen vom Memminger Landgericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung und drei Jahren Berufsverbot verurteilt. Er sei in 36 Fällen des unerlaubten Schwangerschaftsabbruchs nach § 218a schuldig, des versuchten in vier Fällen. 39mal habe Theissen bei Vorliegen einer Notlage einen Abbruch vorgenommen, ohne daß ein zweiter Arzt konsultiert wurde, strafbar nach § 219, davon 37mal, ohne daß die Frau eine Beratungsstelle aufgesucht hatte, strafbar nach § 218b. Das Gericht hat damit die grundlegende These der Verteidigung strikt abgelehnt,

daß die Feststellung einer Notlage, die zum Schwangerschaftsabbruch zwingt, allein vom Arzt getroffen und vom Gericht nicht nachträglich überprüft werden kann. In der Urteilsbegründung wurden noch einmal die Nöte von 79 Frauen in der Öffentlichkeit abgehandelt. Nicht übernommen hat das Gericht das Argument der Staatsanwaltschaft, die Frauen hätten die Kinder zur Adoption freigeben sollen.

Von Grünen, SPD und Gewerkschaftsseite wurde das Urteil heftig kritisiert. Gudrun Hamacher vom Vorstand der IG Metall sprach von einem Schauprozeß, mit dem ein Exempel statuiert worden sei, um „alle Ärzte einzuschüchtern, die Frauen nicht bevormunden, sondern ihnen helfen“.

Die Verteidiger haben angekündigt, Revision beim Bundesgerichtshof einzulegen. — (elf)

Demonstration gegen Kurdenverfolgung

Am Samstag, den 13. Mai, findet in Düsseldorf eine bundesweite Demonstration von Feyka Kurdistan statt. Die Demonstration soll die Forderung nach Einstellung der Kurdenverfolgung, Einstellung der §-129a-Prozesse gegen Kurden und nach Freilassung der inhaftierten kurdischen Politiker unterstreichen. Sie beginnt um 10 Uhr

vor dem OLG in der Cecilienallee, das in diesen Wochen über die Aufnahme des ersten großen Kurdenprozesses zu entscheiden hat. Zugleich soll der Widerstand der kurdischen politischen Gefangenen gegen ihre Isolationshaft mit der Demonstration unterstützt werden. Inzwischen sind acht von ihnen im Hungerstreik. Während Ali Haydar Kaytan nach Zugeständnissen der Anstaltsleitung (u.a. sollen die entwürdigenden Durchsuchungen vor und nach Hofgängen und die Fußfesselung bei Transporten aufgehoben werden) seinen Hungerstreik am 25.4. abbrach, setzen Salman Arslan (seit dem 10.4. in Köln-Ossendorf im Hungerstreik), Hassan Hayri Güler (ebenfalls seit dem 10.4. in Köln-Ossendorf im Hungerstreik), Selhatin Celik (seit 10.4. in der JVA Frankfurt im Hungerstreik) ihre Hungerstreiks fort. Am 19.4. begann Ali Aktas in der JVA Frankfurt einen Solidaritätshungerstreik. Am 21.4. schloß sich Erol Kedik in Bielefeld-Brackwede dem Hungerstreik an, am 22.4. Yasemin Gedik (ebenfalls Bielefeld-Brackwede), am 24.4. Selhattin Erdem in Hamburg und Hüseyin Celebi in Wuppertal. In dem Aufruf von Feyka Kurdistan heißt es dazu u.a.: „Mit dieser Haltung (der Verfolgung und Inhaftierung kurdischer Politiker in der BRD, Anm. d. Red.) übernimmt die BRD ohne

wenn und aber dasselbe Konzept des türkischen Staates gegen den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes ... Mit dem Ziel, gegen diese Zustände in der BRD zu protestieren, sind die kurdischen politischen Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik eingetreten. Wir unterstützen ihre Forderungen ... Wir rufen alle fortschrittlichen und für die Menschenrechte eintretenden Institutionen, Personen und Gruppen dazu auf, sich an der Solidaritätsdemonstration und -kundgebung mit den politischen kurdischen Gefangenen in der BRD zu beteiligen!“ — (rül)

Lohnbewegung ist fällig!

In ihrem Frühjahrsgutachten hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute vorgeschlagen: „Zur Bereinigung von Verteilungskonflikten wäre eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensgewinn in Form nachträglicher einmaliger Zahlungen, die nicht in das Tarifniveau eingehen, die am besten verträgliche Lösung.“ Sie wollen die Lohnbewegung, die aufkommt, abfangen und auf die Geleise betrieblicher, ertragsabhängiger und differenzierter Lohnentwicklung hinführen. Wie antwortet nun die IG Metall, nachdem unlängst in der Gewerkschaft Initiativen für tarifliche Lohnverbesserungen

abgeblockt worden sind? Franz Steinkühler hat bei den Untermervverbänden angefragt, was sie denn vom Vorschlag der Institute halten. Klaus Zwickel vom Vorstand und Walter Riester, Bezirksleiter der IGM in Stuttgart, haben vorgezogene Tarifverhandlungen über Lohn und Arbeitszeit ins Gespräch gebracht. BDA-Murmann hat daraufhin erklärt, das alles sei mit den Arbeitgeberverbänden nicht zu machen. Wenn Ernst gemacht werden soll mit vorgezogenen Tarifverhandlungen vor allem bei Löhnen und Gehältern — und die Lage ist danach —, dann muß die IG Metall jetzt klarstellen, daß die Kapitalisten mit der Teuerung und die Regierung mit einer Reihe politischer Maßnahmen der dreijährigen Lohnlaufzeit die Grundlage entzogen haben; dann muß jetzt der notwendige Ausgleich bei Löhnen und Gehältern beziffert und in Forderungen gefaßt werden. — (rok)

15. IG Metall-Jugendkonferenz

230 Delegierte vertraten vom 20. bis 22. April 1989 in Frankfurt 435 000 jugendliche IGM-Mitglieder. Steinkühlers Referat (Schwerpunkt „Europa“) löste nicht gerade Begeisterung aus. Beifall erhielt I. Brusis (DGB) für ihre wenn auch eingeschränkte Unterstützung des Aufrufs der IGM-Jugend zur Kriegsdienstverweigerung. K.

Benz-Overhage forderte das Verbot faschistischer Organisationen nach Art. 139 GG. Beschlossen wurden 199 Anträge, u.a.: „Die Ausbildungsvergütung hat Lohncharakter. Wir streben nach wie vor eine Höhe an, die den Lebensunterhalt der Auszubildenden unabhängig von Dritten sichert.“ Als ein „Zwischenschritt“ dahin wird z.B. die „Ankopplung der Ausbildungsvergütungen an die Facharbeiterlöhne in Höhe von 60% der Ecklohngruppe für alle Ausbildungsjahre“ gefordert. Einstimmig verabschiedet wurde auch ein Initiativantrag Heidelberger Delegierter gegen die Flexilohn-Ziele der Kapitalisten und die Einlassung hierauf durch IGM-Pressesprecher Barczynski. — (aro)



Der Informationsdienst des BDI (iwd) äußert sich in der Ausgabe vom 4. Mai erneut gegen eine gefürchtete Lohnbewegung. Diesmal bringen die Kapitalisten die Arbeitskosten im internationalen Vergleich ins Spiel: „Mit 34,22 DM je Arbeiterstunde besetzt sie (die BRD, d. Verf.) nach wie vor den zweiten Rang der internationalen Arbeitskosten-Skala.“ Der Vernutzung der Arbeitskraft gebührt demgegenüber sicher der erste Rang! — (mal)

Aktuell in Bonn

ZDK gegen „Teilung Europas“

Das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ (ZDK) hat eine Erklärung zur Europawahl herausgegeben. Die Erklärung läßt die Absicht der katholischen Reaktionäre, bei der imperialistischen Neuordnung Gesamteuropas in West und Ost an vorderster Front mitzuwirken, deutlich erkennen. Nächste Aufgaben der EG seien u.a. die Vollendung des Binnenmarktes, die „Fortentwicklung einer europäischen Verfassung“ (ein entsprechender Entwurf von christdemokratischer Seite liegt seit dem letzten Jahr im Europaparlament vor) und die „Überwindung der europäischen Teilung“, heißt es in der Erklärung, die auf der Frühjahrsvollversammlung des ZDK Anfang Mai in Bonn verabschiedet wurde. „Alle Bürger“ sollten sich zu diesem Zweck an den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen.

Willy Brandt: „Neuvereinigung“

Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der SPD, hat sich für eine „Neuvereinigung“ Deutschlands ausgesprochen. „Eine Wiedervereinigung wird es jedenfalls nicht mehr geben, es kehrt ja nichts mehr von dem wieder. Auf was es ankommt, ist eine Neuvereinigung,“ erklärte Brandt in einem Gespräch mit Gymnasiasten. (FAZ, 6.5.89) „Rußland, wie ich jetzt bewußt sage, nicht die Sowjetunion“, so Brandt weiter, habe „nicht die Kraft, Osteuropa zu absorbieren“. Das soll dann wohl das „neuvereinigte Deutschland“ übernehmen.

Hans Klein (CSU) lobt SS

„Die Waffen-SS war doch eine kämpfende Truppe, keine Verbrecher. Die glaubten ihr Vaterland verteidigen zu müssen. Das alles wurde jüngeren Generationen nicht vermittelt.“ Das sagte der neue Pressesprecher der Bundesregierung im Ministerrang in einem „Quick“-Interview und bestätigte auf dringliche Journalistenanfragen, daß er zu diesen Aussagen stehe. Faschistische Wahlerfolge kann Klein gut verstehen: „Wir müssen bedenken, wir haben Milliarden an Wiedergutmachungen an die Überlebenden des Holocaust gezahlt ... Wir stehen zu unserer Vergangenheit.“

Gegen Kastrationsgesetz

Die Grünen fordern die Aufhebung des Gesetzes „über die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden“. Das Gesetz erlaube, Straftäter vor die Alternative Verstümmelung oder lebenslange Haft zu stellen, habe also mit „Freiwilligkeit“ nichts zu tun, sondern solle z.B. die Ärzte vor Regreßansprüchen der Verstümmelten schützen, kritisieren sie. Außerdem knüpfte es teilweise direkt an dem NS-Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ an. (Bt-Drucks. 11/4403)

Bundesarbeitsgericht 1988

Der jetzt vorliegende Jahresbericht 1988 des Bundesarbeitsgerichts ist Anlaß zu einer Bilanz aus der Sicht der abhängig Beschäftigten. Nicht nur, aber besonders in Sachen Arbeitskampfrecht ein schwarzes Jahr. Am 26. April wurde die sogenannte Rechtmäßigkeit von „Abwehr“-aussperrungen bestätigt. Am 21.

Juni werden Warnstreiks zur „ultima ratio“ erklärt wie normale Streiks. Zwar können Gewerkschaften selbst entscheiden, wann begleitende Kampfmaßnahmen unausweichlich werden. Aber das Gericht legte fest, was alles verboten ist: Verhinderung von Streikbruch, Verhinderung des Zu- und Abgangs von Waren und Kunden. Und die Gewerkschaften sind schadenersatzpflichtig bei „unerlaubten Handlungen“ von Streikleitern und Streikposten.

SPD doch für THTR

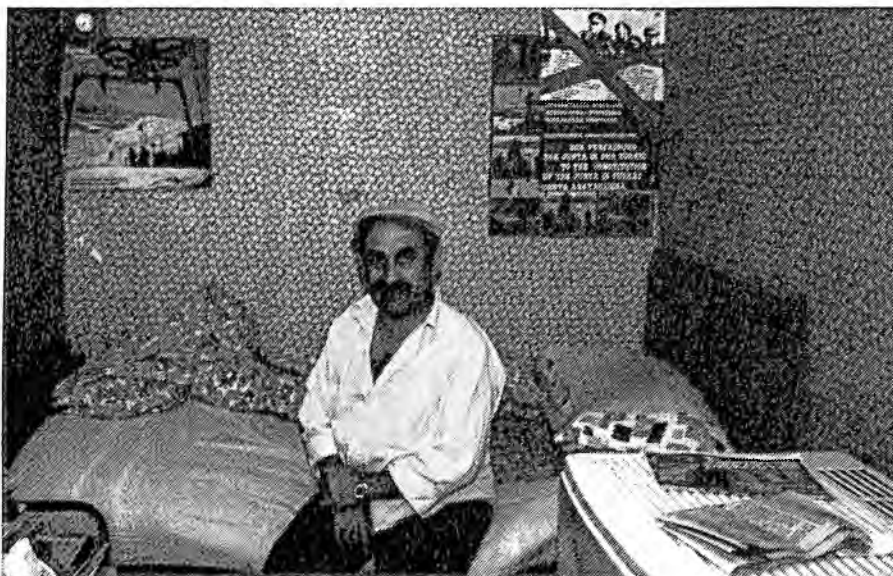
Die SPD-Regierung von NRW ist unter Druck der Betreiber und nach einem Gespräch mit Forschungsminister Riesenhuber offenbar von ihrer Position des „sofortigen Abschaltens“ des Thorium-Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop abgerückt. Laut Information der „Taz“ vom 8.5. ist eine „Kompromißlinie“ vereinbart worden, die das Wiederaufahren des Atommeilers für eine mehrjährige „Auslaufphase“ vorsieht, um mit den noch vorhandenen Brennelementen 4 Mrd. Kilowatt Strom zu erzeugen. Dahinter steckt auch die Absicht, die mit dem THTR verbundenen Exportpläne Richtung UdSSR zu realisieren.

EG-Währung bald real?

Genscher forderte am 7. Mai als Konsequenz aus dem Bericht der Delors-Kommission zur Frage der Währungs-Union die Setzung eines Termins, um einen „heilsamen Entscheidungszwang“ zu erzeugen. Auf dem EG-Gipfel in Paris im Dezember '89 will er verbindliche Absprachen über die politischen Eckpunkte. Auch für Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, ist die Währungsunion nicht unbestimmtes Fernziel, vielmehr sei „energisches Handeln“ erforderlich, um die Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 2000 zu realisieren.

Was kommt demnächst?

Am 11.5. berät der Bundestag u.a. über das „Rentenreformgesetz“, über Forschungspolitik und „Eurobrüter“, über die Fusion MBB-Daimler-Benz und den Ost-West-Handel sowie über den Nachtragshaushalt 1989. Am gleichen Tag beginnt in Madrid eine zweitägige Konferenz der EG-Innenminister („TRE-VI“-Gruppe). Am 12.5. berät der Bundestag u.a. über einen Gesetzentwurf der SPD zu Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe sowie über eine große Anfrage der SPD zur Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft. In Brüssel verhandeln die NATO-Verteidigungsminister über den Kurzstreckenraketen-Streit. Ebenfalls am Freitag verabschiedet der Bundesrat das Postreformgesetz und berät über die von Haussmann nach dem Bekanntwerden westdeutscher Giftgas-Exporte vorgeschlagenen Änderungen im Außenwirtschaftsgesetz.



Der SPD-Vorstand hat ein „Argumentationspapier zur Ausländer-, Aussiedler und Asylpolitik“ verabschiedet. Darin verlangt die SPD nicht mehr Rechte für die ausländischen Arbeiter, sondern ein „neues, auf Rechtssicherheit und Klarheit angelegtes Ausländergesetz“. „Neu“ soll an dem Gesetz u.a. die Erleichterung von Einbürgerungen sein. Das wollen CDU/CSU und FDP auch. Zwar heißt es weiter, „das kommunale Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer (müsse) vollständig durchgesetzt werden“, doch läßt die SPD offen, ob dies nur für „EG-Ausländer“ gelten soll. Zur Verfassungsklage der CDU/CSU gegen das Kommunalwahlrecht findet man kein Wort. Gegen ein reaktionäres Urteil aus Karlsruhe will die SPD also keinen Widerstand leisten.

Regierungserklärung

Kanzler Kohl gewinnt die Mitte und sichert die Flanken

Mit der Regierungserklärung, die Kohl nach der Umbildung des Kabinetts am 27.4.1989 abgab, setzte die Koalition Schwerpunkte fest, die ihre politische Strategie bis zu den Wahlen bestimmen werden. Der Grundzug dieser Politik besteht darin, SPD und bis zu einem gewissen Grade auch die Grünen in die Politik der Regierung einzubinden. Zu diesem Zweck schürt Kohl nationale Erwartungen. Dabei kommt es ihm besonders auf den Zusammenhang von EG-Binnenmarkt, Abrüstungspolitik und deutsche Wiedervereinigung an.

Grüne einbinden

Wie sich noch manche erinnern werden, hatten die Grünen angeregt, über das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes zu diskutieren. An sie gewendet sagte Kohl:

„Bei unseren Nachbarn im Osten und Südosten bricht sich der Wille nach Menschenrechten, nach mehr Freiheit Bahn. Meine Damen und Herren, welches Volk könnte an diesem Fortschritt stärkeres Interesse haben als das unsere?“

Das Zerbröckeln jahrzehntelanger Verkrustungen in Europa schafft Hoffnung für die Einheit unseres Vaterlandes.

Ich beklage, daß Teile der Opposition den jetzt bestehenden Zustand festschreiben möchten und sich in Wahrheit längst von der Präambel unseres Grundgesetzes verabschiedet haben.

Spätere Generationen werden dies unbegreiflich finden. Ich sage für mich, ich sage für die Bundesregierung: Unser Ziel bleibt ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa.“

Was antworteten darauf die Grünen, für die Frau Vollmer sprach?

„Es ist überfällig, daß es von uns eine qualifizierte Antwort auf die Entwicklung in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Staaten gibt. Nur eine rot-grüne gesellschaftliche Mehrheit kann angemessen und weitsichtig auf das antworten, was es an faszinierenden Entwicklungen im Bereich des Warschauer Paktes gibt ... Mit dem Rückzug der Truppen aus Ungarn hat Gorbatschow seinen Worten Taten folgen lassen ... Unsere Aufgabe wird es sein, darauf mit einem Paket von Vorschlägen zu antworten, die gleichzeitig uns helfen und die Erfolgsaussichten des Gorbatschow-Kurses und der Demokratisierung in Polen und anderswo verbessern ... Es gibt

eine dringende Notwendigkeit von wirtschaftlichen Kooperationen zur ökologischen Gestaltung des europäischen Hauses.“

Kernpunkt des Ganzen sollte ein System von Friedensverträgen sein, die den Polen eine Sicherheit ihrer Grenzen geben, der DDR eine definitive Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit gewähren und revanchistischen und rechtsradikalen Bestrebungen hier bei uns eine definitive Absage erteilen, indem sie endlich, 44 Jahre nach Beendigung des Krieges, das Ergebnis dieses Krieges festschreiben und so zur Chance einer neuen Durchlässigkeit der Systeme führen.“

Als Ziel angesprochen wird also die „neue Durchlässigkeit der Systeme“. Das ist eine schöne Bescherung. Wofür sollen denn die Systeme durchlässig werden? Unter den Systemen sollen wohl die Planwirtschaften des RGW und die Weltmarktwirtschaft der EG zu verstehen sein. In Betracht der Expansionsrichtung Ost, die gerade bei BRD-Konzernen ziemlich feststeht, ist es mindestens fahrlässig, die Durchlässigkeit der Systeme als positiven Wert grüner Oppositionspolitik zu setzen. Eine dementsprechende Propaganda wird Wasser auf die Mühlen der Union lenken. Denn wenn „Durchlässigkeit“ gut ist, dann ist „Einheit“ ja wohl noch besser. Mag diese Kritik auch überspitzt scheinen, gewiß ist, daß Frau Vollmer nicht in der Lage war, auch nur mit einem (1) Wort den expansiven Charakter der Ostpolitik der Regierung zu skizzieren. Sie hat sich ostpolitisch integrieren lassen. Immerhin ist die Freiheit des Kapitalverkehrs mit dem RGW ein wesentlicher Interessenpunkt der westlichen Imperialisten.

Die Rechten stärken

Oberflächlich hat sich Kohl von den Faschisten distanziert, so kam es jedenfalls in der Presse an. Wörtlich sagte Kohl dazu aber folgendes:

„Ich sage gerade auch an die Adresse der Sozialdemokraten: Mit radikalen Gruppierungen von links oder rechts darf es für Demokraten keine Zusammenarbeit geben.“

Kohl definiert auch, woran die Radikale zu erkennen sind:

„Meine Damen und Herren, jetzt steht viel auf dem Spiel; denn Freiheit, Wohlstand und sozialer Ausgleich haben keine Zukunft, wenn Radikale das Sagen haben.“

Radikale wollen den Austritt aus der

NATO. Sie wollen den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft. Sie kämpfen gegen die soziale Marktwirtschaft. Sie haben ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat, und nicht wenige von ihnen sympathisieren offen mit den terroristischen Gewalttätern in der Bundesrepublik Deutschland.“

Mit diesen Äußerungen gibt Kohl der Fachwelt zu verstehen, daß seine Seilschaft plant, sich zur Not vermittels von Republikanern im Sattel zu halten. Denn Verbindungen von SPD und Grünen, die er einer derartigen Verbindung gleichstellt, gab es und gibt es. Ferner ist es für die Republikaner bekanntlich lästig, als rechtsradikal gezeichnet zu werden. Für die Entwicklung dieser Partei ist es deswegen mit Gold nicht aufzuwiegen, daß der Kanzler erstens bei seiner Kennzeichnung von Radikalismus die Ausländerfeindlichkeit nicht benannt hat und in seiner Regierungserklärung zweitens zu den Schwerpunkten des geplanten Ausländergesetzes klarstellt:

- „Der Aufenthaltsstatus von Ausländern, die seit langer Zeit bei uns leben, wird verbessert.
- Es soll grundsätzlich weiterhin möglich bleiben, daß Ehegatten und Kinder nachziehen.
- Die Einbürgerung soll erleichtert werden, eine automatische Einbürgerung wird es jedoch ebensowenig geben wie ein kommunales Wahlrecht für Ausländer.
- Es sollen auch die Möglichkeiten erweitert werden, ausländische Schwerkriminelle auszuweisen.“

Und zur Handhabung des Asylrechtes:

„Wir müssen versuchen, ihnen (den Asylsuchenden, d.Verf.) im Rahmen des Möglichen zu Hause, in ihrer Heimat zu helfen.“

Hier bei uns müssen wir zu schnelleren Entscheidungen kommen, damit Asylbewerber, die keinen Anspruch auf Asyl haben, auch wirklich wieder in ihre Heimat zurückkehren.“

Mit diesen Feststellungen hat die Regierungskoalition der Agitation der faschistischen Rechten den offiziellen Anknüpfungspunkt gesichert.

SPD und Grüne gegen die reaktionäre Ausländerpolitik

Mit diesen Äußerungen verschafft Kohl der faschistischen Agitation Ansehen, er demonstriert inhaltliche Verbindungen zwischen Konservatismus und Faschismus. Sogar der SPD-Vorsitzende Vogel



Januar 1989: Protestaktion vor dem Westberliner Wahlausschuß gegen die Wahlzulassung der Republikaner

bemerkt diese Gefahr. Er warnt Kohl:

„Sie werden auch die (in CDU und CSU, d. Verf.) zum Schweigen bringen müssen, die selber von einer ‚durchrafften Gesellschaft‘ — ich meine Herrn Stoiber — oder einem ‚Bevölkerungsgoulasch‘ — ich meine den europäischen Parlamentsabgeordneten Herrn Alber — sprechen und auf diese Weise diesen Parteien den Boden bereitet haben.

Es spricht auch Bände, daß sich in Frankfurt am Main — Herr Bundeskanzler, ich würde an diesem Punkt wirklich zuhören — der Vorsitzende der NPD bei der örtlichen CDU für den Wahlkampfstil — wörtlich — ‚bedankt‘ hat, weil er — wieder wörtlich — einen ‚Seriositätsbonus‘ für die NPD beinhalte und deren Wahlkampfparolen dadurch glaubwürdiger geworden seien.“

Allerdings vermeidet der SPD-Vorsitzende den Hinweis, daß die von ihm gebrauchten Äußerungen zur Rechtfertigung einer Regierungspolitik gefallen sind, zu der sie passen. Immerhin weicht die SPD in dieser Frage dem Konflikt mit der Regierung nicht völlig aus. Sie bleibt bei der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht.

Auch die Grünen erkennen die Bedeutung dieser Auseinandersetzung. Die Abgeordnete Frau Trezz sagt dazu:

„Nur auf der Grundlage gleicher Rechte für die deutsche und ausländische Bevölkerung ist demokratisches Zusammenleben möglich. Gleichberechtigung ist die Grundlage jeder ernstzunehmenden Auseinandersetzung über die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen und Ideen, die in unserer Gesellschaft existieren. Gleiche Rechte sind die Basis der multikulturellen Gesellschaft, die wir wollen.

Unsere Gesetzentwürfe dazu werden

Ihnen demnächst vorliegen. Aber jenseits dieser Gesetze sind noch immer viele Fragen offen, wie wir diese multikulturelle Gesellschaft konkret gestalten wollen. Darüber, meine Damen und Herren von der SPD, müssen wir reden. Das ist eine der wichtigsten Bedingungen dafür, daß wir den Rechtsextremismus und die Fremdenfeindlichkeit wirksam bekämpfen können.“

Die Hoffnung der Regierung

Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP erwartet eine entscheidende Verbesserung ihres Ansehens und eine Mobilisierung ihrer Anhängerschaft bis zu den Bundestagswahlen. Sie erwartet dies besonders durch ihre Europapolitik. Kurzfristig, weil die Einrichtung des Binnenmarktes einen Konjunkturschub geben soll, langfristig, weil die Position des Deutschlands im europäischen Raum privilegiert sein wird. In der großen Zukunftsperspektive spielt dabei die Expansionsrichtung Ost eine wesentliche Rolle. Geschichte und Geographie bewirken, daß ein anschwellendes Ost-/West-Geschäft vor allem von den Deutschen vermittelt werden würde.

Die Regierung hat sich ferner ausgerechnet, daß von ihrer brutalen Sozialpolitik nicht so viele Menschen unmittelbar betroffen sind, daß es wahlentscheidend wirken könnte. Sie glaubt, daß die finanziellen Vorteile und Entlastungen, die mit dieser Sozialpolitik für gewisse Bevölkerungsteile auch verbunden sind, einstweilen in der öffentlichen Meinung überwiegen werden. Was die Kritik an der Deregulierung der Sozialversicherungen betrifft, glaubt Kohl, nicht mehr als ein paar Haare aus dem dicken Fell zu verlieren.

Gefahr droht dem Ansehen dieser

Wirtschaftspolitik, soweit der enorme Kräfteverschleiß, den die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der arbeitenden Bevölkerung aufbürdet, erkannt wird und vermehrt Widerstand auslöst. Die weit vorangetriebene Zerstörung des Normalarbeitstages, verbunden mit der modernen Arbeitsintensität und unzulänglicher Bezahlung führt zu Arbeitsverhältnissen, die unerträglich sind. Dafür steht z.B. die Bewegung beim Pflegepersonal in den Krankenhäusern, die in vieler Hinsicht Großbetriebe sind. Andere Bereiche werden folgen. Die Ausgestaltung des Arbeitskampfrechtes, die die Regierung vorgenommen hat, läßt erwarten, daß Kohl brutal kontern will. Solidarität mit den Aktionen des Pflegepersonals wird nötig sein.

Gefahr droht dem Ansehen der Innenpolitik durch die Bestrebungen für Gleichberechtigung von Ausländern und gebürtigen Deutschen. Durch diese Bestrebungen wird ja sonnenklar, daß es der Bundesregierung an der Mehrheit im parlamentarischen Sinne fehlt, daß sie auf Grundlage von Entrechtung einiger Millionen Leute am Ruder steht.

In diesen Zusammenhängen müssen wir wohl die Förderung der faschistischen Parteibildung sehen. Das Geld — schon für die bekannten Postwurfsendungen gehen ja Millionen drauf — und die politische Schützenhilfe zeigen, daß Kapitalisten und bürgerliche Parteien Hetzgruppen wollen, die in den Betrieben und in der Öffentlichkeit soziale und politische Bewegungen einschüchtern. Regierung und Kapital steuern erkennbar einen Konfrontationskurs, dem es erst noch standzuhalten gilt.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 11/140 — (maf)

NATO-Streit

BRD formiert europäische Säule

Während sich die bürgerliche Presse der BRD über den zugrundeliegenden politischen Streitpunkt der (seit dem 20.4. entbrannten) NATO-internen Auseinandersetzung um die atomaren Kurzstreckenwaffen ausschweigt, ist die US-amerikanische Öffentlichkeit über die wahren Hintergründe schon seit Wochen besser im Bilde: „Der Disput zwischen Bonn und Washington . . . geht um Politik, nicht um Raketen-Hardware und Verhandlungsangebote. Die zugrundeliegende, viel ernstere Debatte ist diejenige über die Zukunft der geteilten deutschen Nation und über die amerikanische Führung in West-Europa. Ähnlich wie Moskau muß Washington zunehmend die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es nicht länger auf leichte Weise seinen Willen in Europa durchsetzen kann. Ähnlich wie Moskau muß Washington erkennen, daß die Bestrebungen, die deutsche Frage auszuklammern, nicht länger erfolgreich sind. Die deutsche Frage verlangt ihren Platz an der Tagesordnungsspitze der Ost-Westpolitik zurück“ — so ein Leitartikel der „Washington Post“ (1). Zwei weitere Leitartikel der „New York Times“ betonen, daß die Streitposition der BRD allein von ihren *ökonomischen Expansionsinteressen* im Hinblick auf einen osteuropäischen Markt von 150 Mill. Menschen bestimmt sei (2). Und ein vierter Leitartikel — der „Los Angeles Times“ — bekräftigt das strategische US-Interesse an einer Ausweitung der westeuropäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf sämtliche osteuropäischen Volksdemokratien und lehnt eine gleichzeitig damit einhergehende Ausdehnung bzw. Stärkung der BRD kategorisch ab: das gemeinsame NATO-Ziel der „Vereinigung Europas“ müsse einen ausdrücklichen BRD-Verzicht auf die „deutsche Wiedervereinigung“ beinhalten! (3)

Die hier auszugsweise wiedergegebene US-Berichterstattung reflektiert somit auf weitgehend unverhüllte Weise das Verhältnis von ökonomischer Konkurrenz und politisch-militärischer Kollaboration *innerhalb* der NATO. Immerhin ermöglicht die exklusive Verfügungsgewalt der amerikanisch-britischen Seite über die atomaren Kurzstreckenwaffen eine gezielte Schwächung des NATO-Partners BRD im Zuge einer gemeinsamen Koalitionskriegsführung gegen Osten. Die FAZ vom 29.4. hat diesen Tatbestand auf folgende Formel gebracht: „Je kürzer die Reichweite, desto deutscher die Wirkung!“ Insofern ist jeder auf dem kommenden NATO-Gipfel (29.5.) erzielte „Kompromiß“ in dieser Sache gleichbedeutend mit einer Einschränkung jener exklusiven Verfü-

gungsgewalt — und damit gleichbedeutend mit einer weiteren Durchsetzung des auf Eigenstärkung bedachten Koalitionskriegsführungs-Konzepts der BRD. Die o.a. Perspektive einiger, von nicht-kontinentalen NATO-Partnern fabrizierter Tschernobyls in Mitteleuropa mag der BRD die Sammlung nahezu sämtlicher WEU-/EG-Mitglieder in ihrem Streitlager erleichtert haben. Ihr eigentlicher, bereits jetzt konstatierbarer Erfolg besteht jedoch in der *politischen Formierung* einer „europäischen Säule“ innerhalb der NATO unter *ihrer* Führung. Der auf diese Weise entfachte „(kontinental-)europäische Selbstbehauptungswille“ wird sich von daher auch Bahn brechen in entsprechenden Machtwechseln auf den NATO-Kommandoebenen — das ist so gewiß wie das Amen in der Kirche.

Quellen: (1) abgedruckt in der „International Herald Tribune“, 27.4.89 (eigene Übersetzung); (2) a.o., 28.4./2.5.89; (3) a.o. 26.4.89 — (huh)

Einzelhandel

Es geht um Lohn und 18.30 Uhr!

Seit fünf Monaten laufen die Verhandlungen über den Manteltarif, Absicherung des 18.30-Uhr-Ladenschlusses und Sonderzahlungen sowie seit zwei Mona-



ten über den Entgelttarif in fast allen Tarifgebieten. Die Einzelhandelskapitalisten boten bisher 3 bis 3,6% Entgelterhöhungen an und verbanden diese Reallohnsenkung mit der Forderung nach einer dreijährigen Tarifvertragslaufzeit. Zudem legten sie das Angebot einer 37-Stunden-Woche vor, verbunden mit Jahresarbeitszeitregelung und Beseitigung von Beschränkungen bei der Lage der Arbeitszeiten. Der Manteltarif soll

fünf weitere Jahre nicht geändert werden. Auf keinen Fall wollen sie die Absicherung des Arbeitszeitendes im Verkauf auf 18.30 Uhr, die Einschränkung von Mehrarbeit und Samstagsarbeit, die tarifvertragliche Absicherung der Teilzeitarbeit.

Wie wichtig das den Einzelhändlern ist, zeigt ihre heftige Ablehnung der neuen Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung über den Dienstleistungsabend. Diese besagt, daß für den Abendverkauf am Donnerstag einige lange Samstage im Jahr auf 16 Uhr verkürzt werden und die Verkaufszeit am Samstag ansonsten bis 13 Uhr dauert. Damit platzte die Bundesregierung direkt in die Tarifverhandlungen hinein und reagierte auf die Forderungen der Gewerkschaft HBV gegen den Dienstleistungsabend und nach Abschaffung der langen Samstage im Sommer.

Bis Redaktionsschluß sind die Ergebnisse der Verhandlungen am 8.5. in Bayern und Baden-Württemberg sowie am 10.5. in Hamburg nicht bekannt. Die Tarifkommissionen der Gewerkschaft HBV haben erklärt, wenn keine weitergehenden Angebote beim Entgelt, für Teilzeit, bei der Samstagsarbeit sowie beim Arbeitszeitende 18.30 Uhr seitens der Kapitalisten vorliegen, werden Anträge auf Urabstimmung gestellt. In zahlreichen Warnstreiks haben bisher einige tausende Beschäftigte aus Warenhäusern, SB-Märkten und Filialbetrieben ihre Bereitschaft dafür erklärt. Erstmals besteht ein Forderungspaket, das alle Lohnabhängigen, ob Voll- oder Teilzeit, zusammenhält (siehe Pol. Ber. 9/89). Probeurabstimmungen in München ergaben weit über 90% für Streikmaßnahmen. In Baden-Württemberg wird über Vollstreiks bis zum 19. Mai entschieden.

— (rst, rub)

Wackersdorf

Plutonium aus La Hague?

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorsitzender des Vorstandes des VEBA-Konzernes, hat in seinem Vorschlag für eine Beteiligung an dem französischen Nuklearmonopol Cogema klar zu erkennen gegeben, daß letztlich „die Politik entscheiden müsse“, ob Wackersdorf gebaut werden soll oder nicht.

Der VEBA-Konzern ist maßgeblich an der Stromproduktion in der BRD beteiligt. Er betreibt sieben Kernkraftwerke und hält einen beträchtlichen Anteil an der Ruhrkohle AG. Über die Preussag AG ist VEBA direkt verknüpft mit der DWK, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf betreibt. Bennigsen-Foerder macht nun folgende Rechnung auf: Die Wiederaufarbeitung

von Kernbrennstoffen in Wackersdorf würde, nach optimistischen Schätzungen, mit einem Preis von ca. 5000.- DM pro kg Brennstoff den Strompreis um ca. 2 bis 3 Pfg. pro kWh erhöhen. Im Falle eines Bezuges der Kernbrennstoffe aus La Hague, der französischen Anlage, würde diese Kostenerhöhung nur 0,6 bis 0,7 Pfg. pro kWh betragen. Damit, so der VEBA-Chef, könne langfristig die teure Steinkohle durch billigeren Atomstrom ausgeglichen werden, und würde sich eine jährliche Einsparung von einer Milliarde DM für die „deutsche Wirtschaft“ ergeben. Zusätzlich kämen die dann nicht mehr zu investierenden acht Milliarden DM für die WAA in Wackersdorf in die Waagschale.

Indessen geht es bei der Entscheidung über den Weiterbau von Wackersdorf im wesentlichen nicht um wirtschaftliche Gesichtspunkte. Entgegen allen zur Zeit verbreiteten Lügen muß man klarstellen: 1) Die Wiederaufarbeitung dient nicht einer wirtschaftlichen Uraneinsparung, das wäre billiger zu haben. 2) Die Wie-

deraufarbeitung dient nicht zur Entsorgung von Atommüll, sie vermehrt vielmehr sein Volumen. 3) Die Wiederaufarbeitung dient nicht einer Reduzierung der Strahlenbelastung, sie erhöht sie vielmehr. 4) Die Wiederaufarbeitung dient ausschließlich dem Ziel der Abtrennung von Plutonium. Sie dient der imperialistischen BRD als Möglichkeit, die großtechnische Produktion von kernwaffenfähigem Plutonium durchzuführen, um sich die damit verbundene militärische und außenpolitische Option zu eröffnen. Die entscheidende Frage, die die Bundesregierung derzeit zu klären hat, wäre demgemäß: Kann der Zugang zur Option auf Plutonium auch über die deutsch-französische Kooperation erreicht werden oder ist dafür Wackersdorf unabdingbar?

Dazu einige Hinweise: Die Cogema beherrscht als eines der wenigen Unternehmen der Welt den gesamten Brennstoffkreislauf von der Uranförderung bis zur Wiederaufarbeitung im zivilen und militärischen Bereich. 80% der in den

kapitalistischen Ländern anfallenden Brennelemente werden dort verarbeitet. Wenn die VEBA tatsächlich mit 49% Beteiligung in dieses Unternehmen einsteigen könnte, wäre sie ab sofort im Zentrum der imperialistischen Plutoniumwirtschaft.

Möglicherweise gibt es Bestrebungen, den Atomwaffensperrvertrag, der 1995 ausläuft, über die deutsch-französische Kooperation zu umgehen. Der NPT-Vertrag enthält nämlich einige Zusatzklauseln, die aufgrund des massiven Drucks durch den BRD-Imperialismus aufgenommen wurden, und die bis heute der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben sind. Eine dieser Zusatzklauseln, vorgetragen von US-Außenminister Rusk am 10. Juli 1968, sieht vor, daß im Falle eines europäischen Staatenbundes, der auch ohne eine zentralistische Regierung denkbar sei, der Nuklearstatus eines der Bundesländer auch auf andere Länder übertragen werden kann. Dieser Zustand ist mit dem EG-Binnenmarkt 1992 näher gerückt. — (dif)

1. Mai

Wie kann die 35-Stunden-Woche in der EG die Reaktion stoppen?

Nach Angaben des DGB beteiligten sich bundesweit etwa 610000 Leute an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai. Das sind erneut weniger als im vergangenen Jahr, für das der DGB 670000 Teilnehmer meldete, und im Jahr 1987, in dem die Gewerkschaften 700000 Teilnehmer zählten. Kapitalisten und Regierung wirken mit Erfolg daran, die gewerkschaftliche Interessensvertretung der Lohnabhängigen für wenig aussichtsreich erscheinen zu lassen. Die Aufsplitterung der Lohnabhängigen in scheinbar im Widerspruch zueinander stehende Schichten und Gruppen schreitet fort. Angesichts der regierungsamtlichen Förderung faschistischer Umtriebe, der von der Regierung betriebenen Deutschumpolitik, der von den Kapitalisten gewünschten und der Regierung vorangehenden Ausländerhetze, angesichts der von den Konzernen betriebenen Konkurrenzschlacht um den europäischen Binnenmarkt, angesichts einer Regierungspolitik, die bisher noch über fast jeden gewerkschaftlichen Protest hinweggehen konnte, splittet sich der Widerstand gegen diese Politik immer mehr auf. Das „Handelsblatt“ kommentierte die Maidkundgebungen und -demonstrationen zufrieden mit der Feststellung: „Die Solidarität stiftende ‚Klassenlage‘, der ‚stumme Zwang des Milieus‘ ist einer höchst differenzierten Gesellschaft und einer Pluralisierung der Lebenslagen gewichen.“ (1)

Die Anstrengungen von Belegschaften, Gewerkschaftskörperschaften, antifaschistischen Zusammenschlüssen, auf den Maidemonstrationen gegen die fortschreitende Ausdehnung der Arbeitszeit, nach Verhinderung des Dienstleistungsabends, nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen für Pflegepersonal, gegen faschistische Umtriebe und Rassismus, für gleiche Rechte für Ausländer aufzutreten, waren beträchtlich. In vielen Städten wurde auch auf den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen die Zusammenlegung der politischen Gefangenen gefordert.

Diese Interessen haben in der öffentlichen Berichterstattung kaum Gehör gefunden. CDU-Generalsekretär Geißler konnte zudem ohne öffentlich bekanntgewordenen Protest vom DGB verbreiten: „Wer politisch so blind ist wie die DGB-Führer, sollte am 1. Mai besser stumm bleiben.“ (2) Gegenüber solchen gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung gerichteten Angriffen wirkten die Aufrufe in den Mai-Reden nicht.

Der DGB-Vorsitzende Breit erklärte in Recklinghausen: „Wir wollen die sozialen Abstände in Europa verkleinern. Aber nicht, indem wir Abstriche machen, sondern indem die anderen schrittweise aufholen.“ (3) Solche Aufforderungen an andere Gewerkschaften zu richten angesichts der deutlich spürbaren Niederlagen, die die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung bei der Ausdeh-

nung von Schicht-, Teilzeit- und anderen flexiblen Arbeitszeiten hat hinnehmen müssen, und die die Konzerne zur Ausdehnung solcher Angriffe auf die Arbeiter in allen Unternehmensteilen in den EG-Staaten ermutigten, ist nicht nützlich für die Stärkung der Solidarität unter den westeuropäischen Gewerkschaften, sondern fördert chauvinistische Standpunkte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler verstieg sich sogar zu Forderungen für alle europäischen Gewerkschaften: Er verlangte auf der Kundgebung in Duisburg die 35-Stunden-Woche überall in Europa.

Steinkühler griff außerdem ein von der Union verbreitetes Vorurteil auf, indem er angesichts der Wahlerfolge faschistischer Organisationen feststellte: „Anhaltende Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Wohnungsmangel, staatliche Preistreiberei und soziale Demontage — das sind heute die objektiven Grundlagen des politischen Protests.“ (4) Manche Sozialdemokraten stricken bereits mit an einer Legende, die zumindest Teile der Arbeiterbewegung verantwortlich macht für die Zunahme faschistischen Einflusses. Daß höhere Löhne zumindest einen Teil dieser staatlichen Politik dämpfen könnten, erwähnte Steinkühler nicht. Auffällig ist, daß die von der Bundesregierung angekündigte Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes in keiner der vom DGB offiziell verbreiteten Maidreden angegriffen worden ist — nachdem der Protest gegen seine Einführung zentrales Thema der Maidreden 1984 war. (5)

(1) Handelsblatt, 2.5.89; (2) Die Welt, 2.5.89; (3) DGB-Nachrichtendienst 2.5.89; (4) Frankfurter Rundschau, 2.5.89; (5) DGB-Nachrichtendienst Nr. 118 bis 138/89 — (uld)



Hamburg. 30000 beteiligten sich nach Angaben des DGB an der Mai-Demonstration und -Kundgebung. Die Hälfte der Demonstranten waren Arbeiter aus dem Ausland. Die beherrschenden Themen waren das freie Wochenende und der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit.



Köln. Mit etwa 5000 Teilnehmern war die Mai-Demonstration etwas größer als im letzten Jahr. Fast die Hälfte der Demonstranten waren ausländische Arbeiter, die gegen faschistische Umtriebe in der BRD und für politische Rechte für alle ausländischen Lohnabhängigen eintraten.



12000 in Hannover. Sowohl für die Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen wie für den anstehenden Lehrerstreik erklärte der DGB-Kreisvorsitzende solidarische Unterstützung.



Westberlin. 50000 folgten nach Angaben des DGB seinem Aufruf zur Demonstration und Kundgebung. (Bild: IGM-Vertrauensleute von Gillette) Der DGB-Landesvorsitzende Pagels betonte in seiner Rede vor allem die kritische Unterstützung für den Rot/Grünen-Senat. An der Demonstration „Heraus zum revolutionären 1. Mai“ am Nachmittag in Kreuzberg beteiligten sich 7000.



Stuttgart. Die Demonstration war geprägt vom Arbeiterwiderstand, Solidarität mit den unterdrückten Völkern, Antifaschismus. Auch diesmal war die Mehrheit der 4000 Teilnehmer ausländische Arbeiter. Die fade, nichts gegen die Kapitalisten enthaltende Mairede kam vom HBV-Vorsitzenden Schwegler.



In München beteiligten sich ca. 10000 Leute an der Kundgebung. G. Fehrenbach, stellvertretender DGB-Vorsitzender, kritisierte unter anderem die niedrige Bezahlung im Krankenhaus. Auf den Transparenten wurde oft die Ausländerpolitik der BRD kritisiert.

Hungerstreik

Die Verweigerung besserer Haftbedingungen ist willkürlich und lebensgefährlich

Der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand ist in einer bedrohlichen Phase. Die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, die Parlamentsparteien eingeschlossen, haben eine Konstellation geschaffen, in der sich die Verantwortlichen achselzuckend der Kritik entziehen und abwarten, ob die Gefangenen aufgeben oder nicht.

Symptomatisch für diesen Zustand sind Äußerungen, wie sie in der Bundestagsdebatte um die Regierungserklärung gefallen sind. In dieser Debatte sagte z.B. Frau Vollmer:

„Ein einziges Mal in diesen Tagen hätte ich gern einmal rot-grüne Regierung gespielt, nämlich im Umgang mit dem Hungerstreik der RAF.“

Hätte es in dieser Zeit eine rot-grüne Regierung gegeben, so hätten wir nicht noch einmal dieses Affentheater von Druck und Gegendruck, von Handlungsunfähigkeit und Bewegungslosigkeit durchgemacht. Ich verspreche Ihnen, wir hätten die Gefangenen mit humanen Haftbedingungen geradezu ‚malträtirt‘ und eine großzügige menschliche und politische Regelung gefunden, die klug und deeskalierend gewesen wäre. Wir müssen doch nicht ohne Not immer und immer wieder die alten Fehler begehen.“

Mehr sagte Frau Vollmer nicht dazu. Insbesondere sagte sie nicht, welche Schritte sie jetzt von einem künftigen Koalitionspartner SPD in dieser Sache erwarte oder was eine bestehende Koalition in Westberlin zu leisten habe. Der Graf Lambsdorff antwortet ihr in der Debatte:

„Sie täuschen sich und andere, wenn Sie die Einbindung jeder Regierung in Verfassung, Föderalismus, EG-Verträge, internationale Abkommen einfach wie Luft behandeln. Sie hätten mit einer rot-grünen Bundesregierung an den Haftbedingungen der Häftlinge überhaupt nichts ändern können, weil sie nicht zuständig wären. Das Tagewerk des Regierens sieht anders aus als grüne Parteitage.“

Diese Linie der Unzuständigkeit ist für die Gefangenen lebensgefährlich im Wortsinne. Alle Verantwortlichen stellen sich sicher. Unzuständig ist die Bundesregierung, es ist Ländersache. Handlungsunfähig sind die Länder, denn Rebmann hat mitzureden, und der Generalbundesanwalt untersteht dem Bundesjustizminister ... Aus dem sicheren Hinterhalt ihrer Unzuständigkeit heraus geben die Verantwortlichen Erklärungen ab, der Erpressung dürfe nicht nachgegeben werden.

Tatsächlich könnte aber das Justizministerium den Generalbundesanwalt zu einer positiven Stellungnahme veranlassen, tatsächlich könnten Länderjustizminister mit Schritten der Zusammenlegung beginnen. Würden NRW, Schleswig-Holstein und Westberlin zusammenlegen, könnte Bayern nicht mehr begründen, warum Todesgefahr für Gefangene in Kauf zu nehmen ist. Sogar Klagen hätten dann eine Aussicht auf Erfolg. Wir begrüßen und unterstützen deshalb alle Aktivitäten, die auf eine rasche Veränderung der Haftsituation in den einzelnen Bundesländern hindrängen. Die vielen, die in Gewerkschaften, Jugendverbänden, Kirchen usw. versucht haben, den Kampf für verbesserte Haftbedingungen zu unterstützen, müssen jetzt zeigen, daß sie von der bürgerlichen Gegenpropaganda nicht überzeugt worden sind. Angeblich gibt es keine Isolation mehr? Nun, dann kann ja das 24-Punkte-Haftstatut für rechtswidrig erklärt werden, dann können ja ganz andere Mindestansprüche von Gefangenen formuliert werden. Aber nein, davon ist keine Rede. Die staatlichen Behörden wollen die ganze Palette von Isolationsmöglichkeiten aufrechterhalten und jede Variante jederzeit und gezielt einsetzen können. — (maf, scc)

Beitrag von Rolf Heißler zur Demonstration in Bonn

Nahezu drei Monate sind jetzt vorbei, seit wir unseren Hunger-

streik begonnen haben, um unser Ziel zu erreichen, die staatliche Vernichtungsstrategie gegen uns zu brechen, wie Menschen behandelt zu werden und in ein oder zwei große Gruppen zusammengelegt zu werden.

Von Anfang an versuchte die Regierung, diesen Fakt zu unterschlagen, indem ihre Zensoren die Medien zum Schweigen zu bringen versuchten. Doch sie scheiterte: Die Menschen wissen, was vor sich geht, und hunderte, ja tausende Menschen unterstützen unsere gerechten Forderungen, nicht nur auf den Straßen, wie diese Demonstration beweist, sondern auch hinter Gittern. Der Terror der Isolation ist den Menschen draußen ebenso gut bekannt wie vielen Gefangenen. Offizielle wie Rebmann versuchen, die Existenz der Isolationsfolter zu leugnen, doch viele haben sie auch zugegeben und „versprochen“, sie künftig beizubehalten „als ein Mittel, um die zu disziplinieren, die das Gesetz zu verletzen wagen“.

Nicht nur Mercedes und VW sind westdeutsche Exportartikel, sondern auch elektrische Stühle an Chile — „zum Staatsgebrauch“, wie einige Politiker sagen — und traute Betonzellen wie in Stammheim an die Türkei und viele andere „demokratische“ Länder: Der Hungerstreik Tausender von politischen Gefangenen in Türkei-Kurdistan war hauptsächlich gegen die unmenschliche Behandlung durch das türkische Regime und seine frisch aus der BRD importierten Isolationszellen gerichtet.

Der sich verstärkende Widerstand der politischen Gefangenen, gleich ob in Portugal, Nord-Irland, Türkei oder Spanien, Frankreich oder Belgien, Italien oder im besetzten Palästina oder in der BRD und Westberlin, gehört zusammen: Wir alle kämpfen gegen denselben Feind, gegen die Regimes, die die Massen beherrschen, sie und ihre Lebensgrundlagen auf die eine oder andere Weise zu zerstören suchen, damit sich die „fatboys“ von Mercedes, Siemens, Höchst etc. an ihnen ein Stück mehr bereichern können.

Die Isolation existiert, und was sie als „Normalvollzug“ bezeichnen, ist ein anderer Name für eine alte Sache: Briefe „verschwinden“ oder kommen nicht an, Zeitungen werden total zerrupft ausgehändigt — was ihr lesen könnt, ist uns zu lesen nicht erlaubt, weil es das „Vollzugsziel“ verletzen könnte —, die Zellen werden durchsucht, wie sie es wollen, die Spitzel blühen rundherum und provozieren jeden, der als „trouble maker“ betrachtet wird. Das Celler Bombenloch steht dafür exemplarisch, und der Trakt ist da, wenn alle Methoden scheitern, die gewünschten Ergebnisse zu produzieren. Wie viele Gefangene werden ständig bedroht oder bestraft, weil sie politische Gefangene grüßen oder mit ihnen sympathisieren? Was die Regierung als unmöglich bezeichnet, nämlich die politischen Gefangenen in ein oder zwei große Gruppen zusammenzulegen, indem sie sie in ein oder zwei Knäste verlegt, geschieht anderen Gefangenen ohne Aufforderung gerade wegen ihres unerwünschten Kontaktes zu den politischen Gefangenen.

Isolation ist nicht nur, zwischen vier Betonwänden hinter dreifachen Schlössern gefangen gehalten zu werden, sondern bedeutet vor allem die Zerstörung aller Kontakte zur Außenwelt durch den Erlaß zahlreicher Besuchsverbote, die Beschlagnahme ein- und ausgehender Post, sogar von einer Geburtstagskarte an eine 70-jährige Mutter. Selbst wenn man ein Radio und drei Zeitungen hat, ersetzt das nicht die Kommunikation mit anderen Menschen, ersetzt nicht das Umarmen von Genoss-inn-en.

Hunderte Gefangene sind mit der unmenschlichen Behandlung unzufrieden, und sie versuchen trotz der trickreichen, von den Behörden benutzten Methoden — ihr Motto: wenn du Verräter bist, kriegst du Urlaub, anders hast du zu warten —, Widerstand zu leisten. viele Gefangene sind jetzt in gleicher Wei-

se wie wir im Streik, alleine oder in kleinen Gruppen, aus Solidarität oder/und mit eigenen Forderungen, doch das Verschweigen jeglicher Information, die Isolation und die Verlegungen in andere Gefängnisse enthalten diese Solidarisierung der Öffentlichkeit vor. Wer hört schon von den häufigen Todesfällen unter den Gefangenen? Kaum jemand, es besteht kein Verlangen danach.

Die Regierung hat ihre Politik der Isolation in der einen oder anderen Form, und sie will trotz ihres Scheiterns daran festhalten. Wollte die Regierung tatsächlich etwas tun, dann könnte sie es schon lange getan haben. Für künftige Konsequenzen wird sie uns nicht die Schuld in die Schuhe schieben können. Wir haben unsere Flexibilität bewiesen, das unterbrechen von Christa und Karl-Heinz belegen es für die Menschen, doch nicht einer dieser vollmäuligen Politiker scheint eine Initiative zu ergreifen, und die Zeit rennt. Doch zu wessen Schaden? Es gibt die Möglichkeit, zuzupacken und die normalste Sache zu machen: die Zusammenlegung ohne jedes Zögern. Es könnte niemals eine bessere Möglichkeit geben ohne den Verlust von Menschenleben. Es ist der Staat, der schuldig ist, und niemand sonst.

Was mit Claudia geschah, war ein weiterer Beweis für ihren sich verschlechternden Gesundheitszustand, der ihre Freilassung rechtfertigt.

Können die „großen Häupter“ hören, sehen, verstehen und sich bewegen, bevor es zu spät ist? Wer ist halsstarrig? Wer will sich nicht bewegen?

Wir bewegten uns als erste und gaben ihnen die beste Chance zur Diskussion und zur Lösung der kritischen Situation. Und der Staat? Er ist beschäftigt mit dem Export von elektrischen Stühlen, Trakts und Waffen, Polizei- und Militärausrüstungen, um „den Weltfrieden zu retten“.

Die Solidarität draußen ist ein Beweis für die Unterstützung unserer gerechten Forderungen. Alle Formen der Zensur und Nachrichtensperre können die Wahrheit nicht verstecken:

Die Sonne ist leuchtend, wenn sie aufgeht, und vorübergehende Wolken können sie nicht verbergen. Eine Bewegung heute könnte die Zukunft retten . . . von vielen.

Beitrag des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälte-Vereins in Bonn, 29.4.

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälte-Verein hat es ausdrücklich begrüßt, daß Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo durch ihr Aussetzen des Hungerstreiks die — wie sie sagen — Zuspitzung herausgenommen haben und eine Eskalation drinnen und draußen verhinderten. Nur so wurde es überhaupt möglich, diese Demonstration zu planen und vorzubereiten.

Aber, dies muß jeder zugeben, der die Auseinandersetzung gerade um diesen Redebeitrag des sogenannten links-liberalen Spektrums beobachtet hat, diese zwei Wochen hätten draußen besser genutzt werden können und müssen! Die Qualität der Auseinandersetzungen um Redner und Aufrufe entsprach in keiner Weise der neuen Qualität der Hungerstreikerklärung der Gefangenen, ihrer angestrebten Öffnung zu gesellschaftlichen Gruppen und ihrer Dialogbereitschaft . . . Jeder Tag muß genutzt werden — das gilt für uns, aber erst recht natürlich für die politisch Verantwortlichen hier in Bonn und in den Landesjustizverwaltungen. Wir fordern die Zusammenlegung jetzt und für alle Gefangenen. Wir wollen sie sofort — und sei es im Alleingang einzelner Bundesländer.

Gefragt ist jetzt nicht Rechthaberei und die Bereitschaft zum Glaubenskrieg, gefragt ist der Wille zu Deeskalation und zur Verständigung mit den Interessen der Gefangenen.

Wir als Anwälte wissen genau: Es gibt sie sehr wohl, die Isolationshaft. Bei aller Verschiedenheit der Haftbedingungen in den einzelnen Bundesländern und in den einzelnen Haftanstalten, nirgendwo wird ein politischer Gefangener behandelt wie ein beliebiger Bankräuber oder Nichtunterhaltzahler.

Es muß nicht der Tote Trakt sein, die Methoden der Isolierung sind ausgeklügelt, vielfältig und subtil.

In der Vergangenheit waren Verbesserungen in den Haftbedingungen von kurzer Dauer und meist durch Hungerstreiks erstritten. Gebildete Kleingruppen in Lübeck, Celle und Berlin

sind durch Entlassungen auf zwei bis drei Gefangene geschrumpft. Eine derartige Kleingruppenisolation — noch dazu in Hochsicherheitstrakten — ist keine akzeptable Alternative zur Einzelisolation. Wir unterstützen deshalb die Forderung der hungerstreikenden Gefangenen nach großen Gruppen. Wir sehen hierin keinerlei Privilegierung dieser Gefangenen, sondern ein Stück Normalisierung. Der Strafvollzug ist heute so weit ausdifferenziert, daß von einem Normalvollzug nicht mehr gesprochen werden kann: Viele Gefangenengruppen haben viele Sonderhaftbedingungen.

Menschenwürdige Haftbedingungen, Normalvollzug als Gruppenvollzug darf der Staat nicht als Prämie für Wohlverhalten und Abschwören gewähren, sie müssen eine Selbstverständlichkeit sein. Ein Staat, der den Anspruch erhebt, ein Rechtsstaat zu sein, muß sich gerade daran messen lassen, wie er mit seinen Gegnern umgeht.

Statt hier selbstkritische Bilanz zu ziehen, jammern Politiker wie Helmut Kohl über Erpressungsversuche gegenüber dem Staat. Das ist unbegreiflich. Der Staat hat eine solche Fülle persönlicher und technischer Machtmittel zur Verfügung, wie sie noch nie, jedenfalls in keiner demokratischen Gemeinschaft, dagewesen ist. Die Vorstellung, er könne durch Machtlose, die das letzte ihnen verbleibende Mittel einsetzen, erpreßt werden, ist abwegig.

Als sei ihre Blockadepolitik nicht schlimm genug, wird auch wieder zum Mittel der Kriminalisierung der Hungerstreikenden mit 129a-Verfahren gegriffen, unter Einschluß ihrer Anwältinnen und Anwälte. Ein Hungerstreik ist per se gewaltlos im Sinne Mahatma Ghandis, ist in jeder zivilisierten Gesellschaft die Widerstandsform, die ein Gefangener sanktionslos ergreifen kann.

Ihr Sinn liegt, wie Martin Luther King formulierte, darin, eine Streitfrage so zu dramatisieren, daß sie nicht länger ignoriert werden kann. Und die, die heute so lautstark die angebliche Erpressung beklagen, sollen doch einmal Auskunft geben, wann sie ohne Hungerstreiks je die Situation der Häftlinge verbessert hätten.

Dieser Staat hat keinerlei Veranlassung, sich in die Rolle des Opfers einer rechtswidrigen Nötigung zu begeben, er hätte alle Veranlassung, eine aktive Wiedergutmachung gegenüber den Gefangenen zu betreiben, die durch Sonderhaftbedingungen malträtirt und zum Teil physisch und psychisch zerrüttet wurden. Es waren staatliche Organe, die Spitzel und V-Leute auf politische Gefangene ansetzten, auf Sigurd Debus gleich drei gleichzeitig. Um so verständlicher ist der Wunsch der Gefangenen, gemeinsam in Gruppen zusammenzukommen, mit der Möglichkeit der Kontakte zu anderen Gefangenen. Was die Gefangenen fordern, ist etwas Gesetzmäßiges. Das Strafvollzugsgesetz sieht den Gruppenvollzug ausdrücklich vor, die Kommentatoren schlagen Gruppengrößen von 10 bis 12 oder 13 bis 20 Gefangenen vor, wie der frühere niedersächsische Justizminister Schwindt. Und es ist eine Lüge, daß sogenannte Tatgenossen immer auseinandergehalten würden, alleine Stammheim beweist das Gegenteil.

Heinrich Albertz schrieb zum Hungerstreik im Jahre 1981 in sein Tagebuch, am 16. April: Der Häftling Debus ist heute in Hamburg gestorben — oder genauer: Sein Tod ist heute bekannt gegeben worden. Plötzlich bewegt sich alles: Forderungen der Streikenden, die schon seit 10 Tagen erfüllt werden können, werden plötzlich ernst genommen . . . Der Streik ist zu Ende. Die Frauen in Moabit haben ihn um 13 Uhr abgebrochen. Die anderen folgen. Aber erst muß einer sterben. Soweit Heinrich Albertz. — Dies darf nicht noch einmal geschehen. Die mörderischen Haftbedingungen haben schon genug Opfer gefordert. Die Gefangenen wollen nicht sterben, sie wollen leben. Aber unter erträglichen Bedingungen.

Wir appellieren dringend an die Länder Baden-Württemberg und Bayern, eine Verlegung ihrer Gefangenen zuzulassen.

Wir appellieren an die SPD-regierten Länder, ihr Angebot bezogen auf die Größe der Häftlingsgruppen zu erweitern. Wir appellieren an die Gefangenen, weiterhin Kompromißbereitschaft bei der Erreichung ihres Zieles von ein bis zwei großen Gruppen zu zeigen.

Südkorea

Regierung verschärft den Kurs, aber der Protest geht weiter

Südkoreas politisches und wirtschaftliches System schwankt. Das bisherige Schema der politischen Konfrontation, auf der einen Seite die reaktionären Kräfte von Konzernen und Regierung, andererseits die mittelständische, christlich-parlamentarische Opposition der drei Kims, wird hinfällig. Die aufstrebende Arbeiterbewegung beginnt, sich eigene Organisationen zu schaffen.

Regierung und Geheimpolizei versuchen, die aufstrebende Protestbewegung zu zerschlagen. 10000 bewaffnete Sicherheitskräfte stürmten Anfang April die Schiffswerften von Hyundai in Ulsan, um den seit drei Monaten dauernden Streik zu beenden. Hyundai, einer der größten koreanischen Konzerne, weigert sich immer noch, mit den Streikenden über die Anerkennung einer eigenen Gewerkschaft zu verhandeln. Viele Gewerkschafter wurden verletzt, 700 wurden verhaftet. Für den 1. Mai erließ die Regierung ein Demonstrationsverbot. Nur starker Polizeieinsatz, veranlaßt durch die Regierung unter Roh Ta'e Woo, konnte die Kundgebung verhindern. In unzähligen Straßenschlachten wurden in Seoul und in anderen Städten 7000 Demonstranten verhaftet.

Zu den Kundgebungen Ende April und am 1. Mai hatte der neugegründete „Nationale Bund für den Kampf um Arbeitsrechtsreform und Lohnerhöhungen“ (NFS) aufgerufen. Rund 700 Einzelgewerkschaften mit über 300000 Arbeitern haben sich bis jetzt darin zusammengefunden.

Die parlamentarische Opposition der drei Kims (Kim Dae Jung, Kim Yung Sam und Kim Jong Pil) ruft dagegen zur Mäßigung auf. Sie warnen vor einer Zuspitzung: „Wir müssen alles tun, um Rechtsradikalen in der Regierung die Möglichkeit zu nehmen, abermals eine Diktatur einzuführen.“ Aber die Protestbewegung wächst weiter an. Noch nie gab es ein solches Ausmaß an Streiks und Demonstrationen wie in den letzten Monaten. Bei Zulieferern für die Großindustrie, bei den Großkonzernen wie Hyundai, Samsung, Goldstar und Daewoo Motor Co., in Krankenhäusern und bei öffentlichen Verkehrsmitteln wird gestreikt. Hundert Streikmeldungen im Monat gibt es.

Arbeiter, Bauern und Studenten gehen auf die Straße. Von den Kapitalisten fordern die Arbeiter höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, soziale Absicherung, Anerkennung der Gewerkschaften und Wiedereinstellung entlassener Gewerkschafter. Von der Regierung fordern die Protestierenden ein neues Arbeitsgesetz und die Aufhebung des nationalen Sicherheitsgesetzes. Das Arbeitsgesetz verbie-

tet immer noch Gewerkschaften, die von den Firmenleitungen unabhängig sind. Streiks müssen von der Polizei und den Firmenleitungen genehmigt werden. Unter Berufung auf die „nationale Sicherheit“ gibt es überall im Land Agenten, die die Gewerkschaften kontrollieren, so daß Polizei und Sicherheitsagenten bei der Lösung von Arbeitskonflikten eine größere Rolle spielen als die offiziellen Arbeitsbehörden.

Das wichtigste Element der umfassenden Unterdrückung ist der Antikommunismus. Große Aufregung verursachte

wicklungsland zu einem imperialistischen Mitkonkurrenten, funktioniert bisher nur, weil die gesellschaftlichen Reichtümer immer mehr in den Händen weniger Großkonzerne angehäuft werden. Die Regierung betreibt eine Politik der rigorosen Umverteilung. Den Bauern werden Niedrigpreise für ihre landwirtschaftlichen Produkte verordnet, um die Löhne der Arbeiter möglichst niedrig halten zu können. Gewerkschaften und Streiks werden verboten. Der neue Dachverband NFS ist illegal. Auf Sozialleistungen (Krankenversicherung, Rentenversicherung etc.) wurde lange Zeit völlig verzichtet, um die Lohnnebenkosten zu minimieren. Mit gezielten Investitionen und Subventionen fördert der Staat die Großkonzerne und den Export. Auf dieser Grundlage wurden innerhalb weniger Jahre modernste Produktionsstätten aus dem Boden ge-



Streikversammlung von Werftarbeitern

vor kurzem der Besuch eines südkoreanischen Priesters in Nordkorea. Die Regierung nahm dies zum Anlaß, Ängste zu schüren. Die unabhängigen Gewerkschaften seien radikal-linke Organisationen mit dem Endziel, das „liberal-demokratische“ System umzustürzen. Die Reise nach Nordkorea, die sogar mit dem Tode bestraft werden kann, wurde zum Anlaß genommen, größere Beschlagnahmen durchzuführen. Die Führer einer neuen Dachorganisation der politischen Opposition, der „Nationalen Demokratischen Bewegung VNDB“, wurden vorübergehend festgenommen und verhört. Publikationen wurden beschlagnahmt.

Die Schwächen der starken Wirtschaft Südkoreas

Die Härte der Auseinandersetzungen hat ihren ökonomischen Grund. Das „Entwicklungsmodell Südkorea“, der Sprung vom hochverschuldeten Ent-

stampt. Großzügig werden die Konzerne subventioniert, in letzter Zeit hauptsächlich die Elektronikkonzerne Goldstar (Siemens ist Mitgesellschafter), Samsung Electronics und Hyundai Electronics. Die südkoreanische Wirtschaft, von Wirtschaftswissenschaftlern als expandierende Wirtschaft hochgelobt, ist tatsächlich stark staatlich kontrolliert. Diesen Sachverhalt verschweigen Marktwirtschaftler wie Graf Lambsdorff nur allzu gern.

Südkoreas Wirtschaftssystem ist aber auch extrem krisenanfällig. 42 Prozent der Wirtschaftsleistung gehen in den Export. Die Großkonzerne haben solche Kapazitäten aufgebaut, daß sie auf Ge-
deih und Verderb exportieren müssen. Die Binnenmarkt hat eine geringe Bedeutung, weil der einheimischen Bevölkerung die Kaufkraft fehlt. Außerdem zwingen die hohen Schuldendienste an die imperialistischen Gläubiger zum Export, um Devisen einzunehmen.

Die Ära der Niedrigstlöhne, Garant der aggressiven Exportstrategie, geht ihrem Ende entgegen. Die durchschnittlichen Lohnerhöhungen lagen letztes Jahr zwischen 12 und 15 Prozent, in den beiden letzten Jahren bei 30 Prozent. Der durchschnittliche Stundenlohn in der verarbeitenden Industrie liegt heute in Südkorea höher als in Hongkong. Die politische Führung kann die Bevölkerung nicht mehr nach Belieben schröpfen.

Multinationale Konzerne: Scharfmacher der Regierung

Es sind nicht nur die koreanischen Konzerne, die über großen Einfluß auf die Regierung verfügen. Nutznießer des Systems sind gerade auch die ausländischen Konzerne wie IBM, Motorola und Gold-Star (Siemens). Die Siemens AG ist zusammen mit der DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern) an Gold Star Tele-Electric beteiligt. Die Zahl der Beschäftigten bei Gold-Star lag 1987 bei 2550, 1979 waren es noch 4290 Beschäftigte

gewesen. Hierbei handelt es sich nicht um eine Schrumpfung des Unternehmens, sondern um Rationalisierung. Im selben Zeitraum hat sich der Umsatz von Gold Star verdoppelt und der Nettoprofit stieg von 3,1 auf 4,1 Milliarden Won. Die Entlassenen finden kaum wieder neue Arbeitsplätze. Der Lohn für eine ungelernete weibliche Arbeiterin betrug 1986 bei Gold Star 135000 Won (270 DM). Die Lebenshaltungskosten einer ledigen Arbeiterin lagen damals bei 200000 Won (400 DM). Dieser Lohn wurde verdient mit einer gesetzlichen 46-Stundenwoche und den dazu gehörenden üblichen zehn Überstunden. Der Vergleich zeigt, daß die Löhne nicht einmal für das Allernötigste ausgereicht haben. In den Streiks 1987 und 1988 erreichte das Siemens-Personal dann Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7,2% (1987) und 15,0% (1988). Außerdem erkämpfte die Siemens-Belegschaft im Frühsommer in einem weiteren Streik einen Essens- und Fahrgeldzuschuß. Zur Zeit wird bei Siemens wieder gestreikt.

Bei IBM und Motorola, bedeutenden

US-amerikanischen Elektronik-Konzernen, müssen die Arbeiter lange Kämpfe um die Anerkennung ihrer Gewerkschaften führen. Diese Konzerne scheuen sich nicht, koreanische Schlägerbanden (Kusadae) gegen die Arbeiter einzusetzen (siehe Kasten). Umso wichtiger ist, die Politik dieser internationalen Konzerne an den Pranger zu stellen. Sie sind nicht nur Nutznießer des Elends, sondern Betreiber. Unerträglich ist, daß der korrupte südkoreanische Gewerkschaftsdachverband FKTU immer noch Mitglied im Internationalen Bund freier Gewerkschaften ist und jegliche Information über den Aufschwung der Arbeiterbewegung unterdrückt.

Quellen: Frankfurter Rundschau vom 17. und 18. August 1988; Pressedienst des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes; Gossner-Mission: Herausforderungen für eine missionarische Kirche durch soziale Folgen deutscher Direktinvestitionen in Übersee, Südkorea als Beispiel. Mainz 1988; International Labour Reports, laufende Nummern, eigene Übersetzung — (ros)

„Deutsche Firmen müssen stärker auf Asien setzen“

„Heute reduziert Korea seine Verschuldung fortlaufend durch vorzeitige Schuldentrückzahlung. Eine solide Wirtschaftspolitik in Verbindung mit dem effizienten Einsatz von Auslandskrediten hat ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum ausgelöst, das zur Eliminierung des Verschuldensproblems geführt hat ... Die erfolgreichen asiatischen Länder verdanken ihren Fortschritt zuerst ihren eigenen Anstrengungen und einer Wirtschaftspolitik, die langfristig und pragmatisch angelegt, nicht sozialistischen Rezepten, sondern eher konservativ-liberalen Lehrbüchern vertraute. Praktisch überall, wo sozialistische Wirtschaftsmodelle eingeführt wurden, sind sie inzwischen nach Zahlung teuren Lehrgelds wieder aufgegeben worden oder werden zur Zeit schrittweise abgebaut. Das gilt für Bangladesch, Sri Lanka und Pakistan ebenso wie für Birma, China und Laos.“

(Dr. Günther Schulz, Vize-Präsident der Asiatischen Entwicklungsbank, in: Handelsblatt vom 30./31.12.1988)

Erfolgreicher Streik bei IBM

Brief von Gewerkschaftern bei IBM Korea vom 15.1.1989: „Liebe Freunde, unser Streik kommt nun zu einem Ende. Wir haben im Prinzip folgende Punkte vereinbart.

1. 173 Stunden Gewerkschaftsaktivitäten pro Monat für mehr als 2 Gewerkschaftsvertreter (maximal 86 Stunden pro Person).
2. Ein Gewerkschaftsbüro mit Telefon und anderen Einrichtungsgegenständen ab März 1989 (bis dahin erhalten wir ein Konferenzzimmer als Zwischenlö-

sung).

3. Die Erlaubnis, zweimal pro Monat ein Gewerkschaftstreffen innerhalb der Arbeitszeit abzuhalten.

4. Einverstanden, daß die Gewerkschaftsführer für Dezember 1988 keinen Lohn erhalten.

5. Eine 14–30%ige Lohnerhöhung auf der Basis der derzeitigen Arbeitsplatzbewertung.

6. Vereinbarung einer Pensionskasse im Jahre 1989.

7. Einrichtung einer Kommission für Arbeitsmanagement, um die Personalpolitik und Arbeitsplatzverlagerung zu überwachen (nach weiteren Konsultationen beider Seiten).

Während der letzten Verhandlungen warteten die Angehörigen der Gewerkschaftsmitglieder angstvoll draußen vor dem Verhandlungszimmer die ganze Nacht durch. Sie hatten schon vorher dagegen protestiert, daß sich die Firma nicht um den Hungerstreik kümmert.“

(Quelle: International Labour Reports No. 32, March/April 1989)

Internationaler Gewerkschafts- protest

„Die Weigerung von Unternehmen wie Hyundai und Samsung oder von Multis wie Motorola und Siemens, ehrlich mit den Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln, ist eine Absage an die demokratischen Bestrebungen der koreanischen Arbeitnehmer. Die Roh-Regierung, die der Polizei ein so brutales Vorgehen gestattet, ergreift die Partei der reaktionärsten Elemente in der Industrie.“

(IMB-Generalsekretär Herman Rebhan im Pressedienst des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes, Genf, 4. April 1989, Nr. 10)

Namibia

Unabhängigkeit weiter gefährdet

Der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia ist weiter gefährdet. Mit offizieller Erlaubnis des UN-Beauftragten in Namibia griffen südafrikanische Truppen namibische Befreiungskämpfer an und konnten zwischen dem 1. und 14. April ein Massaker unter Kämpfern der Befreiungsbewegung SWAPO anrichten. Die SWAPO hat daraufhin einen Abzug ihrer Kämpfer in ein anderes Land, nach Angola, zugestimmt. Am 8. April erklärte SWAPO-Präsident Nujoma:

„Wir sind ... äußerst bemüht, einem Zusammenbruch des Unabhängigkeitsprozesses zuvorkommen. Wir glauben, daß Südafrika jeden Vorwand benötigt, um Namibias Unabhängigkeitsprozeß zu stoppen. Deshalb — obwohl wir sehr genau wissen, daß der UN-Plan für die Unabhängigkeit Namibias die Sammlung von SWAPO-Truppen in Lagern in Namibia vorsieht, wenn der Waffenstillstand beginnt — haben wir beschlossen, ein Zugeständnis in dieser Angelegenheit zu machen ... Wir haben entschieden, daß alle PLAN-Truppen (Volksbefreiungsarmee Namibias) im Innern Namibias aufhören sollen zu kämpfen, sich umgruppieren sollen, sich unter Bewachung der UNTAG innerhalb von 72 Stunden in Angola melden sollen. Wir haben diese schwere Entscheidung getroffen, weil wir uns der historischen Verantwortung bewußt sind, die wir für unsere Leute und für die Menschlichkeit im ganzen haben.“

Selbst dieses Zugeständnis konnte die SWAPO nicht einhalten: Die UN-Truppen geleiteten *fünf* SWAPO-Kämpfer nach Angola, alle anderen Befreiungs-

kämpfer begaben sich ohne UN-Schutz dorthin. Südafrikanische Truppen hatten nämlich um alle UN-Posten in Nordnamibia Stellung bezogen und angekündigt, jeder Namibier, der sich dort melde, werde von ihnen verhört.

Die UN-Beschlüsse für den Unabhängigkeitsbeschluß Namibias und die Zusatzprotokolle sehen eindeutig vor, daß sich die SWAPO-Kämpfer in Namibia in Sammellager der UN-Truppen begeben sollen. Erst recht gilt dies für Soldaten, die bereits vor dem 1. April in Namibia waren. Südafrika behauptet nun, auch für diese Kämpfer gelte das Genfer Abkommen zwischen Angola, Kuba und Südafrika, wonach alle kubanischen und angolanischen Truppen hinter den 16. Breitengrad verlegt werden sollen. Für diesen Bruch von UN-Vereinbarungen hat Südafrika die Unterstützung wichtiger imperialistischer Mächte: Die britische Premierministerin Thatcher, die Anfang April in Namibia war, verteidigte das Vorgehen der südafrikanischen Armee. Bundesaußenminister Genscher rief die SWAPO auf, nach Angola abzuweichen und die UN-Vereinbarungen einzuhalten. Südafrika konnte indes ungestört den Abzug seiner Truppen stoppen und selbst in Nordnamibia wieder militärisch Fuß fassen.

Quellenhinweis: Presseerklärung von Sam Nujoma v. 8.4.89; Int. Her. Tribune v. 5.4.89 — (uld)

Türkei

Streikbewegung gegen Hungerlöhne

In der Türkei wächst der Widerstand gegen die von Özal und den Militärs seit 1980 erzwungenen Hungerlöhne für Arbeiter und Angestellte spürbar. Sichtbares Zeichen dafür sind die seit drei Monaten anhaltenden Protestaktionen der fast 600000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben. Die Absicht der Regierung, mit einem niedrigen Abschluß im öffentlichen Dienst ihre Lohnsenkungspolitik fortzuführen, ist durch ihre Aktionen, die größten gewerkschaftlichen Aktionen seit dem Putsch 1980, wahrscheinlich durchkreuzt.

Die Lohnabhängigen wehren sich gegen die unerträglich niedrigen Löhne. Seit dem Putsch 1980 haben die Militärs und die Regierung Özal, angetrieben von IWF und den imperialistischen Gläubigern der Türkei, wie der BRD, die Löhne im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben real auf weniger als die Hälfte des Lohnstandards von 1980 gesenkt. Die Masse der ungelernten und angelernten Arbeiter und Angestellten bei der Post, der Bahn, der Krankenschwestern, Pfleger, Küchenbeschäftigten usw. bei Krankenhäusern bezieht

heute ein tarifliches Grundgehalt von 50000 bis 60000 türkische Lira (TL) im Monat. Umgerechnet sind das 55 bis 66 DM. Auch mit allen Zulagen verdienen diese Lohnabhängigen im Monat nicht mehr als umgerechnet 110 DM. Selbst die „höchstbezahlten“ Arbeiter in den Staatsbetrieben, die Arbeiter in den Bergwerken und Stahlwerken, bekommen umgerechnet nur etwa 150-160 DM im Monat. Diese Hungerlöhne zu beseitigen, ist das vordringliche Ziel der seit Monaten anhaltenden Aktionen.

Ursprünglich hatten die fünf Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nur eine Anhebung der Tariflöhne um 170% gefordert. Bei einem Anstieg der Lebenshaltungskosten seit dem letzten zweijährigen Tarifaufschluß um weit über 100% und einer inzwischen wieder auf 90% gestiegenen jährlichen Teuerungsrate hätte das für viele Lohnabhängige real keine Besserung bedeutet. Auf Gewerkschaftsversammlungen wurden daraufhin zahlreiche Proteste gegen diese niedrige Forderung laut, die bis zu 500% Lohnanhebung forderten. Daraufhin erhöhten die Gewerkschaften ihre offizielle Forderung auf 350% Lohnerhöhung.

Während die Gewerkschaften mit einer zentralen Verhandlungsdelegation der Regierung Özal verhandeln, haben die Lohnabhängigen ihre Forderung mit einer ununterbrochenen Kette von Aktionen bekräftigt. Immer wieder führen ganze Belegschaften Bummelstreiks durch, melden sich reihenweise krank, lassen sich untersuchen oder führen andere Protestaktionen in den Betrieben durch. Auch die öffentlichen Proteste reißen nicht ab. Am 17. April beispielsweise demonstrierten etwa 4000 Lohnabhängige des staatlichen „Türk Monopol“ (Zigaretten- und Alkoholfertigung) in Istanbul gegen ihre Hungerlöhne. Am nächsten Tag folgte eine Protestkundgebung von mehreren tausend Arbeitern und Angestellten der staatlichen Werften, ebenfalls in Istanbul. Am 19. April folgte eine weitere Protestdemonstration der Werftarbeiter, wieder in Istanbul. Am 20.4. demonstrierten dann mehrere tausend Lohnabhängige der Forstverwaltung der Armee in Istanbul und bekräftigten ihre Forderung nach Lohnerhöhung.

Um Protesten am 1. Mai (siehe S. 28) vorzubeugen, tauchten dann Ende April Meldungen über einen angeblich bevorstehenden Tarifaufschluß auf. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Der Gewerkschaftsbund Türk-İs hat inzwischen seine Forderungen nochmals erhöht. Er verlangt nun Lohnerhöhungen von 170% und 60000 TL (ca. 66 DM) Tariflohnerhöhung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, traten am 5. Mai 24000 Stahlarbeiter im staatlichen Stahlwerk von Iskenderun in den Streik.

Quellenhinweis: Hürriyet, Milliyet, 2000 Dogru, div. Ausgaben — (dos, rül)

Innu in Labrador

NATO-Basis gerät unter Druck

Der völkerrechtliche Standpunkt der Innu, daß Labrador ihnen gehört und sie deshalb bei der Besetzung des NATO-Stützpunktes Goose Bay letztes Jahr nicht rechtswidrig gehandelt haben können, ist von einem Richter akzeptiert worden (siehe PB 9/89). Das ist von Bedeutung für die Gesamtheit der Ersten Nationen in Kanada, die sich in vielfältigen Auseinandersetzungen um Vertragsrechte mit den Provinzregierungen und der Zentralregierung befinden. Es ist darüber hinaus von Bedeutung im Kampf gegen die NATO-Tiefflugübungen und gegen den geplanten Ausbau des Stützpunktes Goose Bay.

Seit 1980 üben jeden Sommer sechs Geschwader der Bundesluftwaffe den



Protestaktion der Innu auf dem NATO-Flugplatz Goose Bay, Herbst 1988

Krieg über Labrador, das in der Sprache der Innu Ntesinan heißt. So flog etwa am 20. April 1988 das Jagdbombergeschwader 32 von Schwabstadt nahe Augsburg nach Goose Bay. Die zehn Tornados brauchen für den Hinflug sieben Stunden. Weitere an der Nutzung des Flughafens Goose Bay beteiligte Nationen sind neben den Kanadiern die Briten, Niederländer und Amerikaner.

In Publikationen, die von Bundeswehrinformationen leben, ist immer wieder von den „menschenleeren Tieffluggebieten“ die Rede, die in Labrador genutzt würden. Bei nahezu Schallgeschwindigkeit wird in einer Mindesthöhe von nur 30 m geflogen. Bereits vor 1984 sind zwei Phantomjets dabei abgestürzt. Im ersten Fall befanden sich in der Nähe der Absturzstelle drei Jagdcamps der Innu, im zweiten Fall stürzte die Maschine in den Melville-See, nachdem sie kurz

zuvor das Städtchen Sheshatshit überflogen hatte.

Im Kampf gegen die ständige Ausweitung der Tiefflüge haben die Innu 1983 ihre erste Nationalversammlung durchgeführt, was bei straßen- und weglosen Entfernungen von teilweise mehr als 500 km nicht einfach war. Die Versammlung bekräftigte die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung und lehnte Verhandlungen über den Verkauf ihres Landes grundsätzlich ab. Seitdem wird der Kampf gegen den Flugplatz von Goose Bay organisiert. So haben im September 1988 250 Innu ein Zeltlager am Ende der Rollbahn errichtet. Am 31. Oktober kehren die Piloten jeweils in ihre Heimat zurück. Die Innu verabschiedeten sie und versprachen ihnen, im Frühjahr 1989 wieder da zu sein.

Die kanadische Polizei (RCMP) hat die Demonstranten im letzten Herbst mit mehr als 100 Strafbefehlen verfolgt. Mit dem jetzt ergangenen Urteil ist der Handlungsspielraum der Innu gewachsen. Ohne internationale Unterstützung haben sie jedoch kaum Aussicht auf Erfolg. Um diese Unterstützung haben sie jetzt erneut gebeten.

Im November 1983 haben bereits Vertreter des Innu-Nationalrats die Bundesrepublik besucht (auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker) und gegen die Tiefflugmanöver protestiert. Die Grünen haben daraufhin 1984 einen Antrag auf Einstellung der Tiefflüge der Bundesluftwaffe über Labrador in den Bundestag eingebracht; ohne Erfolg. Derzeit gibt es unter anderem seitens der Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) ähnliche Bemühungen.

Quellenhinweis: Pogrom 108 (1984); Maclean's, 7.11.88; Augsb. Allg., 30.4.87 und 21.4.88; Material der IPPNW, Jan. 1989; taz, 19. und 20.4.89 — (mfr)

VR Polen/Wahlen

Bürgerliches Oppositionsprogramm

Für die Parlamentswahlen am 4. Juni hat die Opposition Ende April ihre Kandidaten aufgestellt. Das sog. „Bürgerkomitee“ organisiert die Wahlen im Namen von „Solidarność“, die selbst nicht kandidiert, aber Kandidaten stellt. Die Listen sind durch ein deutliches Übergewicht von Intellektuellen geprägt, für den Senat v.a. ehem. suspendierte Rektoren, Schauspieler, Regisseure (u.a. Andrzej Wajda), Schriftsteller; für den Sejm v.a. sog. „Fachleute“: Juristen, Nationalökonom, Mediziner, Ingenieure, Gewerkschaftsführer. Arbeiter sind kaum vertreten. Die „Solidarność“ selbst ist gespalten. Die sog. „Arbeiteropposition“ unter Wałęsas ehem. Stellvertreter Gwiazda lehnt vermutlich die Wahlen ab. Neben der Liste des „Bürgerkomitees“ wird die „Konföderation

für ein unabhängiges Polen“ getrennt den Wahlkampf führen.

Das Wahlprogramm der Opposition ist von dem Wunsch geprägt, die Führungsrolle der PVAP zurückzudrängen, eine Marktwirtschaft in Polen einzuführen. So wird eine „Verfassung“ gefordert, „die den demokratischen Traditionen der Polen entspricht, die die Idee der Freiheit und Gleichheit aller Bürger ... verwirklicht ... Es soll ausgeschlossen sein, daß irgendeiner Partei oder anderen politischen Kraft die führende oder leitende Rolle oder Privilegien anderer Art zuerkannt werden ...“ Hinsichtlich „Kultur und Information“ wird u.a. „die Abschaffung der Zensur sowie die Aufhebung des staatlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols, des Systems der Papierzuteilung und der Kontrolle der Druckereien“ verlangt. Der Wehrdienst (i.d.R. zwei Jahre) soll verkürzt und der Ersatzdienst ausgeweitet werden. Betreffend der „Wirtschaftsreform“ wird ge-

fordert, „daß eine neue Wirtschaftsordnung geschaffen wird, deren Grundlage der Markt und die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeitenden selbständigen Betriebe bilden ... Wir fordern eine wirkliche Gleichberechtigung aller Sektoren und ein Ende der Eingriffe durch die Behörden ...“ Unter „Umweltschutz“ wird die Schließung bzw. Modernisierung umweltschädigender Betriebe gefordert und „Einspruch gegen das Kernenergieprogramm in seiner jetzigen Form“ erhoben. Für „Schulen und Hochschulen“ wird „Einspruch gegen die atheistische Propaganda“ erhoben. Die Autonomie der Hochschulen verlangt und die Möglichkeit zur Gründung nicht-staatlicher Schulen. — Von den sozialen Interessen der Arbeiter und Maßnahmen zur Besserung der Lebensverhältnisse der armen Leute ist nirgendwo im Programm die Rede.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Ztg. 4/89, Süddt. Ztg. 26.4.89 — (brb)

VR China

Die Studenten sind unzufrieden — aber womit?

Eine der Ursachen der gegenwärtigen Unruhen an den chinesischen Universitäten, gerade an den sogenannten Eliteuniversitäten, ist die Krise der revisionistischen Politik im Bildungswesen.

Spätestens 1982 setzten die Kräfte um Deng Xiaoping die Neuausrichtung des immer noch von der Kulturrevolution geprägten Bildungswesens durch. In der Verfassung von 1982 wurden wichtige

Prinzipien, die in der 78er Verfassung noch enthalten waren, aufgegeben: so das Leitbild des „gebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein“. Das Ziel der Verbindung von Theorie und Praxis, von Studium und Arbeit wurde ebenso aus der Verfassung gestrichen wie die „Massenlinie“ der Kulturrevolution, die die Verbindung der Intelligenz mit den breiten Massen der Arbei-



Studenten der Eliteuniversität Beida in Peking



Nachdem die mexikanische Regierung Anfang des Jahres die Büros der Ölarbeitergewerkschaft hatte stürmen und 19 Gewerkschaftsfunktionäre hatte verhaften lassen, geht sie jetzt gegen einen Streik von 23000 Busfahrern in der Hauptstadt mit der Drohung von Massenentlassungen vor. Die Busfahrer fordern eine Lohnerhöhung von 50%. Die Regierung kündigte darauf an, sie werde das Unternehmen schließen und alle Streikenden entlassen. Damit entspricht sie einer Forderung der imperialistischen Gläubiger, die die „Sanierung“ und Privatisierung der Staatsbetriebe verlangen, um die Zahlung ihrer Zinsforderungen sicherzustellen. Bild: Demonstration in Mexiko-City gegen die Haushaltspolitik der Regierung und die Zinszahlungen an die Imperialisten.

— (rül)

Die DDR-Kirchen wirken für die BRD offensiv weiter

Am 1. Mai haben 140 Vertreter aus 19 christlichen Kirchen und Gemeinschaften eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft der DDR gefordert. Das dritte Ökumenische Treffen in der DDR verabschiedete zwölf Papiere, die „mehr Demokratie, mehr Rechtllichkeit und die Abkehr von der Vorherrschaft wirtschaftlicher Ziele“ verlangen. Die SED reagierte verärgert, da die Kirchen in der DDR zugestandene Freiräume erneut für Einmischungen in die Regierungspolitik der DDR mißbrauchen. 92 der 125 Kirchen-Delegierten stimmten für einen Text, in dem von einer Spannung zwischen Regierenden und Regierten die Rede ist, die „den inneren Frieden be-

einträchtigt, aber auch den Hausfrieden im gemeinsamen europäischen Haus“.

— (mal)

Rumänien ohne Auslandsschulden

Ende April teilte die Regierung mit, zum ersten Mal in seiner Geschichte habe das Land keine Auslandsschulden mehr. Noch 1980 war Rumänien mit 11 Mrd. Dollar bei westlichen Banken verschuldet, 1975 bis 1989 flossen dafür 7 Mrd. Dollar Zinsen an die imperialistischen Gläubiger. Ein Ende April angenommenes Gesetz verbietet zudem jede künftige Kreditaufnahme im Ausland. Die „FAZ“ (3.5.89) trauert, damit werde der „umständliche Handelsverkehr mit dem Land weiter kompliziert.“ — (rül)

Streik in Brasilien: Daimler-Benz vorne dran

Seit dem 18.4.1989 wird in der Metallindustrie, bei den Banken und im Öffentlichen Dienst in Brasilien gestreikt. Angesichts einer Jahres-Inflationsrate von 1 200 Prozent sind die Forderungen der Gewerkschafter eher mäßig. Sie wollen einen Inflationsausgleich in Höhe von 84 Prozent und eine „reale Lohnerhöhung“ von 15 Prozent. In der Region von Sao Bernardo do Campo beteiligen sich von 140 000 Metallarbeitern rund 120 000, darunter die ganze Arbeiterschaft des Lkw-Werks von Mercedes-Benz do Brasil. Im Omnibuswerk von Mercedes-Benz im Tarifbezirk Campinas streiken 70% der Belegschaft. Auch in den Tochterfirmen anderer bundesdeutscher Multis, wie bei Autolatina (Tochterfirma von VW und Ford), wird gestreikt. Durch Produktionsausfälle und Lähmung der Häfen rechnet die Exportwirtschaft Brasiliens mit Einbußen von täglich rund 100 Mio. Dollar. Die Regierung Sarney hat nun vor dem 1. Mai in einem Überumpelungsmanöver das in der neuen Verfassung verankerte Streikrecht eingeschränkt. Verhandlungsführer des Unternehmerverbandes FIESP ist Mercedes-Manager Scheuer. Während 17 Klein- und Mittelbetriebe, darunter Töchter bundesdeutscher Firmen, die Gewerkschaftsforderungen erfüllt haben, fahren die Großbetriebe, darunter deutsche Tochterfirmen, harte Linie. Inzwischen bietet FIESP 45 Prozent Lohnerhöhung ab. Am 2. Mai stimmten die Streikenden über die Annahme des Angebots ab. Nach Presseberichten wollten die Belegschaften der kleineren und mittleren Betriebe die Annahme, während in der Region Sao Bernardo do Campo die Belegschaften von Mercedes-Benz und Autolatina das Angebot ablehnten.

— (ros)

ter und Bauern propagierte. Stattdessen wurden Artikel in die Verfassung aufgenommen, die die Leistungsorientierung der wissenschaftlich-technischen Ausbildung und die herausragende Rolle der Intelligenz bei der „sozialistischen Modernisierung“ betonten.

Schon 1978, auf der Nationalen Konferenz über Erziehungsarbeit, hatte Deng Xiaoping die Elitebildung propagiert: „Hauptaufgabe der Schüler und Studenten ist es, zu studieren, sich Buchwissen anzueignen“; „Prüfungen sind eine wichtige Methode zur Überprüfung der Lern- und Unterrichtsergebnisse“; „wir müssen die Unterschiede in der Begabung und in den Charaktereigenschaften anerkennen ... wir müssen ... die einzelnen Menschen demgemäß unterschiedlich behandeln.“ (1)

Die dieser Konzeption folgende Neuausrichtung des Bildungswesens zeitigt heute für die Jugend der breiten Massen schlimme Auswirkungen. Die Einschulungs-

quote, die mit großen Anstrengungen von 49,2% 1954 auf 94% 1978 gesteigert worden war, fällt seither. Ein wachsender Teil der chinesischen Jugend, ca. ein Drittel, verläßt vorzeitig die Grundschule. (2) Insbesondere ist der Schulbesuch der Landjugend rückläufig. Viele Bauern nehmen ihre Kinder vorzeitig von der Schule, unter anderem auch, weil ihnen die Schule kaum landwirtschaftliches und technisches Wissen vermittelt.

Doch auch für die junge Intelligenz, die zur „Elite“ des Landes herangezogen werden soll, ist die Lage schwer. 1977 wurden die in der Kulturrevolution abgeschafften Aufnahmeprüfungen für die Universitäten wiedereingeführt und seither mehrfach verschärft. Nur 6% der Jugendlichen mit dem entsprechenden Schulabschluß werden für ein Studium zugelassen; daß diese Quote in den letzten Jahren leicht gestiegen ist, liegt ausschließlich daran, daß die Zahl der Schü-

ler auf den oberen Mittelschulen stark zurückgegangen ist. Höchstens ein Drittel der Schüler der unteren Mittelschulen tritt in die oberen Mittelschulen über. Folge dieser starken Auslese ist eine extrem hohe Konkurrenz. „So ehrgeizig manche jungen Leute auch sein mögen“, schrieb die chinesische Zeitschrift „China im Aufbau“ (8/87) selbstkritisch, „die Mehrzahl wird von der Last erdrückt“. Die Zeitschrift schreibt, daß der Gesundheitszustand vieler Schüler infolge der Überlastung durch die Hausarbeiten angegriffen ist.

Verschärft wird die Konkurrenz noch durch die von der Kulturrevolution abgeschafften, 1978 jedoch wiedereingeführten Schwerpunktschulen und -universitäten zur Elitebildung. Sie werden zu Lasten der übrigen Schulen und Universitäten gezielt gefördert und gut ausgestattet mit Lehrkräften und Lehrmitteln. An den Schwerpunkteinrichtungen herrscht, kritisierte die Zeitung „Guangming“ am

Ost-West-Allianz christlicher Gewerkschaften

Auf Einladung des reaktionären christlichen Gewerkschaftsbundes Österreichs trafen sich in Wien christliche Gewerkschaften aus Ost- und West. Laut „FAZ“ (5.5.) gehörten dazu Vertreter „christlicher Gewerkschaften“ aus der CSSR, Ungarn, Jugoslawien und aus Polen (die „Solidarność“ hatte den Waleśa-Berater Mazowiecki geschickt). Die CDU-Sozialausschüsse waren durch ihren „deutschlandpolitischen Experten“ Lehman-Brauns vertreten, der verlangte, die Gewerkschaften Westeuropas sollten mit „Hilfsfonds“ den Aufbau christlicher Gewerkschaften im Osten weiter fördern. — (rül)

Südafrika: Mietboykott in Soweto erfolgreich

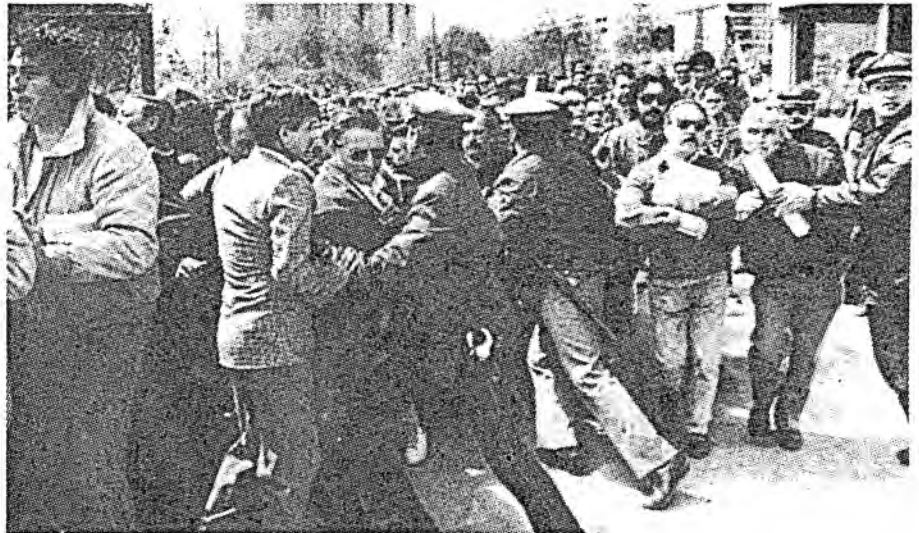
Die Bewohner des Johannesburgers Townships Soweto konnten mit ihrem seit 1984 andauernden Mietboykott einen wichtigen Erfolg erreichen: Mitte April gab die Township-Verwaltung bekannt, daß alle Miet- und Gebührenschulden gestrichen seien und die Erhöhungen, die ein Grund für den Boykott waren, zurückgenommen seien. Künftig sollen die Bewohner Sowetos keine Mieten mehr zahlen, sondern lediglich die Gebühren für Wasser, Elektrizität und kommunale Dienste. Der Kampf gegen die Erhöhung von Mieten und Gebühren für Wasser und Elektrizität war Teil der Aufstandsbewegung, die 1984 in ganz Südafrika begann. Die Bewohner der schwarzen Townships sollten um nahezu das eineinhalbfache höhere an Gebühren für Elektrizität, Wasser und Mieten zahlen als die weißen Siedler, trotz schlechterer Versorgung. Meist haben mehrere der „Streichholzschachteln“ genannten Häuser eine Wasserstelle zusammen, die

Elektrizitätsversorgung ist unregelmäßig. Die Boykottkomitees stellten fest, daß nach einem Jahr die Mietsumme die Baukosten einer Wellblechhütte überstieg. — (uld)

Israel: Shamir ruft zu Palästinensermassakern auf

Zwei Tage, nachdem ein Abgeordneter des israelischen Parlaments kritisiert hatte, daß das Vorgehen von Polizei und Armee gegen die Bewohner des besetzten Palästina von äußerster Brutalität geprägt sei und darauf gerichtet sei, die Pa-

lästinenser entweder zu töten oder schwer zu verletzen, rief Ministerpräsident Shamir zu erneuten Massakern an den Palästinensern auf. Dem Terror von Militär und Polizei gegen die Palästinenser soll der Bandenterror hinzugefügt werden. Bei einem Besuch von drei Siedlern, die bei einer Messerstecherei mit Palästinenser verwundet worden waren, forderte Shamir auf: „Israelische Bürger müssen alles tun, um sich gegen solche verrückten und haßerfüllten Leute zu verteidigen. Und wenn diese Erfolg haben, sollten sie sie nicht in einem Stück davonkommen lassen.“ — (uld)



Über 500 000 Lohnabhängige streikten am 27. April in Spanien erneut gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und einen neuen Manteltarifvertrag für die Metallindustrie. Die Streikwelle ist die Reaktion auf die Hinhaltenaktik der Regierung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften, die diese im Generalstreik im Dezember erhoben hatten. Das letzte Angebot der Regierung vom März beinhaltet: Die Staatsbediensteten sollen einen einmaligen Kaufkraftausgleich von 500 DM erhalten, die Renten zwischen 6,3% und 1,8% plus 50 DM steigen, die Mindestrente dem Mindestlohn nahezu angepaßt werden. Über 334 000 Langzeitarbeitslose, die älter als 45 Jahre sind, sollen zeitlich unbegrenzt Unterstützung in Höhe von 75% des Mindestlohns erhalten. Die Gewerkschaften kritisieren diese Maßnahmen als nicht ausreichend. — (poj, AGM)

6.9.84, regelrechter Drill. Denn nur wer erfolgreich eine Schwerpunktschule und Schwerpunktuniversität absolviert, hat Karriereaussichten. Kinder, die mehr Unterstützung brauchen oder sich später entwickeln, werden brutal ausgesiebt.

Die Schüler und Studenten, die lange Jahre voller Anstrengungen und Entbehrungen auf sich nehmen, um aufzusteigen und den führenden Platz einzunehmen, der ihnen versprochen wurde, sehen sich jedoch immer mehr enttäuscht. China ist nach wie vor ein armes Land, und die Krise der Wirtschaft, die der sogenannte Reformkurs heraufbeschworen hat, führt auch zu Einschränkungen im Elite-Bildungswesen. Schon 1984/85 wurden von den damaligen 96 Schwerpunkthochschulen zehn ausgewählt, auf die die Förderung dann konzentriert wurde. Dies führte zu heftigen Unruhen an Schwerpunkthochschulen, die nicht zu dem auserwählten Kreis gehörten. Eine drastische Verschlechterung der

sozialen Lage bewirkte vor allem der Erlaß, mit dem Studenten, die nach 1982 ihr Studium begonnen haben, die Stipendien während der Sommer- und Winterferien gestrichen werden. Dies war ein wesentlicher Anlaß für die Studentenunruhen Mitte der 80er Jahre.

In den nächsten fünf Jahren werden 70% der Studenten ihr Studium durch Kredite finanzieren müssen. Ein großer Teil arbeitet neben dem Studium, aber nicht um Studium und Arbeit zu verbinden, sondern um das Studium zu finanzieren. Die Regierung arbeitet an dem Plan, die staatliche Unterstützung für die Ausbildungseinrichtungen durch Gebühren und die Erlaubnis für die Universitäten zu ersetzen, der Industrie die Nutzung ihrer Forschungseinrichtungen in Rechnung zu setzen. (3)

Dies alles hat den Widerstand großer Teile der Studenten hervorgerufen. Der schroffe Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit schlägt sich in

den Losungen der Studentenbewegung nieder, gerade auch in der Forderung nach Achtung und Besserstellung der Intelligenz. Weitere Faktoren sind im Zusammenhang damit von Bedeutung. Seit Jahren staute sich Protest an gegen die Auswahlkriterien für das heißbegehrte Auslandsstudium. Die meisten, die in den Augen ihrer Altersgenossen das „Glück“ haben, im Ausland zu studieren, sind Abkömmlinge von Parteikadern — nicht zuletzt deshalb der Protestschrei gegen die Korruption.

Die junge chinesische Intelligenz bildet ihre Ansprüche nicht in Bezug auf die Gesellschaft, die Lage der Arbeiter und Bauern, sondern anhand internationaler Maßstäbe. Die revisionistische Politik, die ihre Besonderung förderte, kann aber ihre Ansprüche nicht befriedigen.

Quellenhinweis: (1) G.A. Straka, Bildungspolitik in der Volksrepublik China, in: Das Parlament (Beilage), 28.9.85; (2) Handelsblatt, 28.3.89; (3) Guardian, 8.4.88 — (sec)

Veröffentlichungen

Soziales Europa 1992: Imperialismus-Kritik fehlt

Im Januar dieses Jahres brachte der DGB-Bundesvorstand eine Broschüre auf den Markt, die sich unkritisch zu den Triebkräften für eine europäische Großraumwirtschaft verhält: „In dieser Publikation stellen wir Euch die vom DGB formulierten Anforderungen an die deutsche EG-Präsidentschaft und die vom Europäischen Gewerkschaftsbund auf seinem ordentlichen Kongreß in Stockholm gefaßten Beschlüsse zum Europäischen Binnenmarkt vor.“

Mehr gibt die Broschüre tatsächlich nicht her. Auf 48 Seiten wird ein „soziales Europa“ beschworen, das von der Realität längst ad absurdum gestellt ist. Spätestens seit dem Maschinenrichtlinien-Erlaß der EG-Kommission, durch den erkämpfte Arbeitssicherheitsanforderungen eliminiert sind, stellt sich nicht mehr die Frage nach Anpassung der miserabelsten Standards auf die höchsten Niveaus. Die imperialistischen Ziele der westdeutschen Konzerne über und durch eine dominierende Rolle innerhalb der EG vertragen deutlich spürbarere Kritik von gewerkschaftlicher Seite.

Die Hochglanzbroschüre vermittelt trotz allem einen Überblick der stark differierenden Arbeits- und Lebensbedingungen in den westeuropäischen Ländern. Sie arbeitet wesentliche Kritikpunkte gegenüber ungeschützten und unterbezahlten Arbeitsverhältnissen heraus, gibt einen relativ umfassenden Eindruck über den hohen Ausbeutungsstandard innerhalb Westeuropas; landet dann aber wieder bei großraumchauvinistischen Positionen. Politische Standpunkte gegen den EG-Binnenmarkt — der anti-imperialistische Widerstand — finden keine Erwähnung. — (mal)

Aufklärende Erlebnisberichte über rechte Verbindungen

Im Weltkreis-Verlag sind einige Bücher erschienen, die sich mit alten und neuen Faschisten und deren Umfeld befassen. Einige davon sind in dem Stil von Reportagen gehalten.

So auch das Buch „Nazis, Skins und alte Kameraden“. In zwölf Einzelgeschichten werden Zusammenhänge von Skins und faschistischen Parteien, faschistischen Treffen und dahinterstehenden Altnazis, Antikommunisten und Söldnern, antifaschistische Anschauungen und Handlungsformen sowie eine Dokumentation der rechtlichen „Grundlagen für das Verbot nazistischer und neonazistischer Tätigkeiten in der BRD“ wiedergeben.

Die Erlebnisberichte sind nach dem Muster „Journalist macht sich unter dem rechten Gesinnungsdeckmantel an Kon-

servative, an Faschisten und Söldner heran und schreibt darüber.“

So entstand eine Mischung aus Roman, Erlebnisbericht und Dokumentation.

Schwierig ist die Weiterverarbeitung der gegebenen Informationen, da alle Varianten frei wechseln. So wird von einem Söldnertreffen in den USA berichtet, wo „der Vertreter Pol Pots bei der UNO — jenes Mannes, der als Staatschef ein Drittel seiner Landsleute umbringen ließ“ dabei war. In der gleichen Geschichte wird über ein Treffen der „Antikommunistischen Weltliga“ berichtet, wo der Vorsitzende der deutschen Sektion — General Wolfgang Schall, Ex-CDU-Europaparlamentarier und Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg — daran teilgenommen hat.

Die Kenntnisse über die Karrieren einiger alter Nazis während des Faschismus und danach im Staatsdienst der



Transparent auf der Demo gegen Faschismus in Flensburg am 20.4.89

BRD, Frankreichs oder der USA sind sehr ausführlich. Die geschilderten Zusammenhänge von Einzelpersonen und Organisationen sind kenntnisreich.

Der Nachteil besteht in der Personifizierung der faschistischen Politik. Mit Interviews werden Einzelbeweggründe offengelegt — die gesellschaftlichen Ursachen werden am Rand mit benannt. Durch eine erzieherische Maßnahme läßt sich das Neo-Faschismus-Problem zumindest nicht lösen, was ansatzweise bei der Skinbewegung versucht wird.

Die Erlebnis- und Enthüllungsberichte zu Frankreich und den USA sind spannend. Sie schildern teilweise die direkte Verwicklung der Industrie (auch der BRD) in Waffengeschäfte mit Killern und Financiers von Terrortruppen sowie die finanzielle Unterstützung von Faschisten.

Nazis, Skins und alte Kameraden; Hrsg. Bie-mann, Krischka; Weltkreis-Verlag 1986; 12.80 DM — (ale)

Mit Christus für die Kapitalsicherung

Was ist vonnöten, damit die westdeutschen Großkapitalisten mit ihren Kapitalanlagen in den Ländern des kommenden europäischen Binnenmarkts höchstmögliche Profite erzielen können? Die Ausbeutung der Arbeitskräfte in den jeweiligen europäischen Ländern muß intensiv bleiben. Dafür aber müssen die kampferfahrenen Lohnabhängigen in diesen Ländern in Ruhe gehalten und die westdeutschen Lohnabhängigen müssen von einem einheitlichen Zusammengehen mit ihnen abgehalten werden. Die abhängig Arbeitenden von einer eigenständigen Kampfposition abzubringen, darin hat insbesondere die katholische Kirche mit ihrer Soziallehre eine längere Tradition. Ihre jetzigen Vorkämpfer rühren die Propagandatrommel: Der für diese Ziele von der katholischen Kirche gründlich ausgebildete N. Blüm schwärmt denn auch von „unserer großen kooperativen Sozialtradition. Sie hat uns Ruhe und sozialen Frieden geschaffen wie in keinem anderen westeuropäischen Land“ („Express“, 2.5.89).

Daß die katholische „soziale Bewegung“ aufgerufen ist, sich ins Zeug zu legen für die Partnerschaft mit dem Kapital, jetzt europaweit, das untermauert derzeit die dafür ausgehaltene Wissenschaft. In der Zeitschrift „Die politische Meinung“ März/April 1989 versucht der Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld, Franz-Xaver Kaufmann, darzulegen, wie entscheidend die katholische christlich-soziale Bewegung für die Ausprägung der bestehenden Kapitalherrschaft gewesen ist:

„Alles in allem zeigt sich, daß die gegenwärtige Gestalt des deutschen Sozialstaats in hohem Umfang den seinerzeitigen sozialpolitischen Vorstellungen des Zentrums (katholische Partei Ende des letzten, Anfang des jetzigen Jahrhunderts, Vorläufer der CDU, d. Verf.) entspricht. Einerseits eine starke zentral-staatliche Funktion im Bereich der Gesetzgebung, die sich auch vor Interventionen in den Wirtschaftsablauf nicht scheut; das ist die *antiliberale* Komponente. Andererseits die Stabilisierung und Pazifizierung des Interessengegensatzes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern außerhalb des staatlichen Einflusses, was sich heute als Tarifautonomie und als Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger im wesentlichen niederschlägt; hierin liegt das korporatistische und *antisozialistische* Element dieser Politik. Und schließlich die Betonung des Föderalismus, des Rechts der freien Wohlfahrtspflege, kurzum der dezentralen Problemlösung im Sinne dessen, was in der Folge in der katholischen Soziallehre als „Subsidiaritätsprinzip“ seinen Begriff fand; das ist die *anti-etatistische* Komponente ... Dieses Prinzip der Pluralität und relativen Autonomie von Trägern der Sozialpolitik ... unter-

scheidet im übrigen die Struktur des deutschen deutlich von derjenigen des englischen Wohlfahrtsstaates.“

Von dieser spezifisch deutsch-katholischen Bewegung, die eine „zentrale Bedeutung für den „Durchbruch zum Wohlfahrtsstaat““ gehabt habe, verspricht sich der Professor, daß sie als „Katalysator“ wirkt: Die Ruhigstellung der Lohnabhängigen hier und in anderen europäischen Ländern, dahin wirkt das Interesse dieser Wissenschaft. — (gba)

SPD-Positionen für die 30-Stunden-Woche mehrten sich

In den WSI-Mitteilungen 3/1989 bezieht Dr. Seifert (wissenschaftlicher Referent beim WSI) positiv zur 30-Stunden-Woche Stellung. In dem Aufsatz „Beschäftigungswirkungen und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik“ schlußfolgert er: „Nach einer Berechnung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) haben die Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit, die insgesamt 1985 wirksam wurden ... einen zusätzlichen Beschäftigungsimpuls von 71 600 ausgelöst ... Nimmt man jedoch die Entwicklung der Arbeitslosenzahl zum Maßstab, dann fällt die Bilanz sämtlicher beschäftigungspolitischer Anstrengungen eher bescheiden aus. Zwischen 1983 und 1988 ist die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl nahezu konstant geblieben und nur um 17 000 auf 2,241 Mill. gesunken.“

Allein die beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzungen reichen ihm aus, um eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu fordern. Dabei läßt er damit einhergehende Flexibilisierung, zunehmende Wochenendarbeit und angespanntere Arbeit außer acht. Ihn interessiert allein die mögliche „Vollbeschäftigung“ — bei welchem Lohnniveau auch immer!

„Wie eine neueste Schätzung zeigt, sind die bisherigen Prognosen über das zukünftige Angebot an Erwerbspersonen um etwa 500 000 bis 600 000 nach oben zu korrigieren. Ausschlaggebend hierfür sind verschiedene Faktoren wie die anhaltend steigende Erwerbsneigung von Frauen, die weitere Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern und das Nachrücken der zweiten Ausländergeneration, aber vor allem der mächtige Zustrom an Aussiedlern. Damit stehen die Chancen, die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich unter die Zwei-Millionen-Marke zu drücken, auf absehbare Zeit äußerst schlecht, selbst wenn die günstige Wirtschaftsentwicklung noch länger anhalten sollte.“

Seine Antworten gegen die andauernde Verelendung schlagen sich nicht durch hohe Lohnforderungen, sondern im Rahmen von Arbeitszeitverkürzungen Bahn: „Verteilungspolitisch ist es keine Utopie, die 30-Stunden-Woche bis zum Jahr 2000 als Regelarbeitszeit zu realisieren.“ — (mal)

Europawahl-Programmatik der DKP

Propaganda vom „Gemeinsamen Haus“ schwächt Konzernkritik

Die DKP greift bei den Europawahlen im Juni 1989 mit einer Eigenkandidatur ein. Das beschloß der Parteitag der DKP im Januar. Vor fünf Jahren hatte sie noch vehement für die Unterstützung der Kandidatur der „Friedensliste“ geworben, einer Bündnisorganisation, die von ihr wesentlich mitaufgebaut wurde, und in die sie große wahlpolitische Hoffnungen gesetzt hatte. Heute ist es um die „Friedensliste“ ruhig geworden. Eine öffentliche Erörterung, ob sie erneut zu den Wahlen antreten soll, gab es nicht; in der Diskussion um die Teilnahme der DKP an den Europawahlen hat diese Frage ebenfalls keinerlei Rolle gespielt. Das muß Spekulationen wecken. Betrachtet die DKP das Bündnisbündnis Friedensliste für gescheitert (es zielte auf die Friedensbewegung)? War man mit den Wahlergebnissen unzufrieden (1985 kam sie auf 1,3%)? Hofft man durch die Eigenkandidatur auf „Gorbatschow-Effekte“ (wie dies in anderen Fragen der Fall ist)?

Wie dem auch sei: Für die DKP-Kandidatur ist es kein guter Ausgangspunkt, wenn nicht begründet wird, warum sie sich bei den jetzigen Europawahlen nicht für eine Kandidatur der „Friedensliste“ stark gemacht hat.

Die thematischen Schwerpunkte, mit denen die DKP in den Wahlkampf eingreift, hat die stellvertretende Parteivorsitzende Ellen Weber auf einer Bundes-

wahlkonferenz der DKP zur Europawahl im März in Düsseldorf vorgestellt. (1)

Danach will die Partei die Propaganda gegen die „Formierung Westeuropas zu einem imperialistischen Rivalitätszentrum“ und innerhalb Westeuropas des „Hegemoniestrebens vor allem des bundesdeutschen Monopolkapitals“ zu einem der Hauptpunkte ihrer Aktivitäten machen. Sie will sich dabei „entschieden dem Drang des bundesdeutschen Monopolkapitals und anderer Kapitalmächte nach Hegemonie, also nach Bevormundung anderer Völker zu Lasten der arbeitenden Menschen“ widersetzen. Mit der Kandidatur der DKP, sagte Ellen Weber, soll ein Beitrag für eine Strategie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen diese Absichten der Monopole geleistet werden. Als Alarmsignal bezeichnete sie das Bestreben des Großkapitals und neokonservativer politischer Kräfte, den Binnenmarkt zu nutzen, „um die Marktkräfte zu Lasten sozialer Interessen voll zu entfesseln.“ Der Binnenmarkt werde der laufenden Zentralisationswelle neue Schubkraft geben: „Sie führt zu neuen Konzerngrößenordnungen“, werde sich „besonders auf die Machtstrukturen auswirken“. Verhindert werden, so Weber, müsse eine „soziale ‚Harmonisierung‘ nach unten“, mit der nur die Verwertungsbedingungen des Kapitals auf Kosten der arbeitenden Menschen verbessert werden sollten.

EG-Wahl '89

Folgende Materialien für die Werbekampagne zur EG-Wahl sind erhältlich:

- Plakat gegen Ausländerfeindlichkeit
- Plakat für Arbeiterrechte
- Plakat für Abrüstung

Die Plakate sind in den Formaten A1 und A2 für öffentlich gezeigte Werbemaßnahmen und in Großformaten zu haben.

Drei Faltblätter in ähnlicher Aufmachung wie die Plakate. Sie enthalten Argumente zu den drei Schwerpunktthemen (Binnenmarkt, Abrüstung, „gemeinsames Haus Europa“). Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Völkerverständigung und eine multikulturelle Gesellschaft, mit denen die DKP in den EG-Wahlkampf eingreifen wird. In diesen Faltblättern nehmen Kandidatinnen und Kandidaten der DKP (Heral Yilmazoglu, Amifachisten wie Kurt Böckmann und Ernst Buschmann, Ellen Weber, Imgrid Borbrink und Herbert Meiss) zu diesen Problemen Stellung.

Faltblatt, in dem die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP persönlich vorgestellt werden.

Aufkleber zu unseren zentralen Wahlkampfthemen.

Alle Materialien entsprechen in der Aufmachung der Kampagne zu den Kampagnen über die letzten Wahlen und werden auch in Zukunft in der gleichen Weise genutzt werden.

Die Materialien sind bei den Bezirksvorständen erhältlich oder können von Gruppen und Kreisen direkt bestellt werden bei der:

Abt. Öffentlichkeitsarbeit/Werkegruppe,
c/o Gerd Humbach, 4000 Düsseldorf, Ackerstr. 2,
Tel. 02 11 23 35 03

Letzter Bestelltermin: 19. Mai

Links wählen für Arbeiterrechte

Plakat gegen Ausländerfeindlichkeit

Plakat für Arbeiterrechte

Plakat für Abrüstung

Faltblatt, in dem die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP persönlich vorgestellt werden.

Aufkleber zu unseren zentralen Wahlkampfthemen.

Alle Materialien entsprechen in der Aufmachung der Kampagne zu den Kampagnen über die letzten Wahlen und werden auch in Zukunft in der gleichen Weise genutzt werden.

Die Materialien sind bei den Bezirksvorständen erhältlich oder können von Gruppen und Kreisen direkt bestellt werden bei der:

Abt. Öffentlichkeitsarbeit/Werkegruppe,
c/o Gerd Humbach, 4000 Düsseldorf, Ackerstr. 2,
Tel. 02 11 23 35 03

Letzter Bestelltermin: 19. Mai

Wahlkampfmaterial der DKP zum Thema Antifaschismus

Die DKP unterstützt deshalb „voll und ganz die gewerkschaftlichen Forderungen und Aktionen nach Durchsetzung einer verbindlichen Sozialcharta, eines Katalogs sozialer Grundrechte, nach Frauenrecht auf Selbstbestimmung, die rechtsgültig von den EG-Mitgliedstaaten in die nationale Rechtsordnung aufzunehmen sind. Wir unterstützen die Forderung nach Garantie sozialer Mindeststandards, die durch kein Land unter-, durch alle Länder aber überschritten werden können und müssen.“

In krassem Gegensatz zu diesen Einschätzungen und Forderungen steht jedoch ein weiterer Wahlkampfswertpunkt der DKP: die Propaganda vom „Gemeinsamen Haus Europa“. „Europa reicht vom Atlantik bis zum Ural und hat im Nuklearzeitalter eine besonders große Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und die Gewährleistung der Sicherheit im internationalen Maßstab“ — das sagte nicht Kohl, nein, die stellvertretende Vorsitzende der DKP führte es aus. Im Versuch, völkerverbindend zu klingen, macht die DKP Anleihen bei nationalen Kräften. Das Ziel, mit EG-Waren und -Waffen weltweit Verantwortung für Sicherheit zu übernehmen, verfolgt die Reaktion im Dienste der Konzernexpansion. Gerade eben stellte man noch fest, die Konzerne verfolgten mit dem Aufbau einer Großraumwirt-

schaft das Ziel, andere Völker zu Lasten der arbeitenden Menschen zu bevormunden. Jetzt soll sich diese Kritik in ein angeblich gemeinsames Haus, in einen „friedlichen Wettbewerb der Systeme“ auflösen?

Im Bestreben, diesen Widerspruch in den Griff zu bekommen, geht die DKP noch einen Schritt weiter und versucht, dem Bestreben der europäischen Monopole eine Großraumwirtschaft zu schaffen, objektive Züge abzugewinnen. So weist Ellen Weber zwar einerseits richtig darauf hin, daß heute schon von einigen wenigen Konzernen abhängt, ob „ganze Regionen an den Rand des Ruins kommen oder aufblühen können“, und warnt davor, daß sich diese Entwicklung nach Entstehen des Binnenmarkts weiter beschleunigen wird, „westeuropaweit wirtschaftliche Machtkonglomerate“ entstehen, die nicht mehr kontrollierbar seien. Gleichzeitig jedoch vertritt sie die Auffassung, mit den dieser Entwicklung zugrundeliegenden ökonomischen Prozessen habe es schon seine Richtigkeit. „Dies alles vor Augen, gehen wir dennoch davon aus, daß die westeuropäische Integration letztlich ihre Wurzeln im zunehmenden internationalen Charakter der Produktivkräfte hat. Von ihnen gehen starke Impulse zur ökonomischen Verflechtung der Wirtschaft aus.“ Die DKP nimmt dies als „objektiven Pro-

zeß“ und will sich lediglich gegen „Deformationen“ und negative soziale Folgen wenden, „die unter den gegebenen ökonomischen und politischen Macht- und Kräfteverhältnissen hervorgebracht werden.“

Die internationale Arbeitsteilung, von der Ellen Weber hier spricht, entwickelt sich unter dem Diktat von Riesenkonzernen, die die Welt nach ihren Dividendewünschen gestalten wollen. Die westeuropäischen Monopole, allen voran die bundesdeutschen, wollen jetzt in Westeuropa ganze Regionen und Länder diesen Wünschen entsprechend umkrempeln. Objektiv daran ist allenfalls, daß die Profitlogik die Bourgeoisien zum Aufbau einer Großraumwirtschaft treibt, in deren Rahmen Millionen noch härter ausgebeutet, Widerstand dagegen noch rigider unterdrückt werden kann und.

Daß die DKP nicht grundsätzlich gegen diese Entwicklung Position bezieht, stattdessen gar das „Gemeinsame Haus Europa“ propagiert, schwächt ihre Kritik an den Konzernplänen stark und schadet auch ihrem Anspruch, Antifaschismus zum weiteren Schwerpunkt im Wahlkampf zu machen (siehe Kasten).

Quellenhinweis: (1) Alle Zitate aus: Bundeswahlkonferenz der DKP zur Europawahl am 19. März 1989 in Düsseldorf, Rede von Ellen Weber, stellvertretende Vorsitzende der DKP. Eigenbeilage zu UZ Nr. 69, 22. März 1989 — (jüg)

Ellen Weber zum Antifaschismus

Aufgeschreckt durch Wahlerfolge der neofaschistischen Parteien in unserem Lande ist vielen fortschrittlichen Menschen bewußt geworden, daß es dem Neofaschismus in einem qualitativ neuen Ausmaß offenbar gelingt, Massenstimmungen für sich zu mobilisieren. Der geplante Einzug von Neofaschisten in das EG-Parlament ist zu einer realen Gefahr geworden.

... Die unsoziale Politik der CDU/CSU und FDP-Koalition in Bonn und Wiesbaden führte zu Unsicherheit und sozialem Protest. Viele Menschen leben am Rande des Existenzminimums. Viele fürchten, daß auch sie in Zukunft von Arbeitslosigkeit betroffen sein werden. Hohe Mieten belasten viele Familien. Die Wohnungsnot spitzt sich erneut zu, Gesundheits- und Rentenreform stoßen auf heftigen Widerstand. Trotz der relativ günstigen Konjunktur im vergangenen Jahr steigt die Arbeitslosigkeit weiter an. Heute, sechs Jahre nach Beginn des konjunkturellen Aufschwungs fehlen fast eine Million Ar-

beitsplätze mehr als 1982.

Auf diesem Boden kann es rechten Demagogen gelingen, Gehör bei den Menschen zu finden. Die NPD und andere neofaschistische Gruppen nutzen die soziale Unsicherheit für ihre gefährlichen, menschenverachtenden Ziele.

Der Einzug der NPD, der „Republikaner“ und anderer Rechtsgruppierungen in Rathäuser und Kreistage in Hessen hat durch Ausländerfeindlichkeit, Asylantenhetze und Antikommunismus in der Politik verantwortlicher CDU-Vertreter Schubkraft bekommen. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich zur Zeit auch wieder die waschechten Altnazis, die ehemaligen SS-Führer und ihr interner Anhang, beleben ...

Heute werden ArbeitsimmigrantInnen und Asylsuchende als Sündenböcke abgestempelt. Damit soll abgelenkt werden von der Verantwortung derer, die an den Schalthebeln politischer und wirtschaftlicher Macht stehen.

*

In dieser Situation wenden wir uns an

alle demokratischen Kräfte — unabhängig von ihren politischen Aussagen, auch in diesem EG-Wahlkampf:

— Kämpfen wir gemeinsam für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit, für die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, für die Rücknahme der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen!

— Bekämpfen wir gemeinsam Fremdenhaß, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus — von wem sie auch ausgehen mögen!

— Unterstützen wir die Einführung des Wahlrechts für unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger!

— Treten wir entschieden ein, daß alle neofaschistischen Organisationen von Wahlkandidaturen ausgeschlossen und aufgelöst werden!

— Unser Land und Europa müssen frei sein von Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, von Antisemitismus, Rassismus und Minderheiten-diskriminierung!

— Wir wollen eine Bundesrepublik und eine EG des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, des Humanismus, der Toleranz und des Antifaschismus.

Erklärung gegen Isolationshaft

Freiburg. Die 120 Teilnehmer der Versammlung aus Anlaß einer Diskussion über die Bildung einer gemeinsamen linken Liste zu den Kommunalwahlen (Linke Liste/Friedensliste) am 19.4. verabschiedete bei fünf Enthaltungen eine Erklärung, in der es heißt, „daß wir die Forderungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand, in große Gruppen zusammengelegt zu werden, voll und ganz unterstützen“. Die Erklärung wendet sich gegen die unter stürmischem Beifall der Delegierten auf dem CDU-Bezirksparteitag vom ehemaligen Ministerpräsidenten Filbinger gemachten Äußerungen, die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen seien eine „Degeneration jeglichen staatsbürgerlichen Empfindens“ und „Mißbrauch von Medienmacht“. „Wer seine eigene Teilhabe an der faschistischen Gewaltherrschaft“ (Filbinger war als Marinerichter 1945 verantwortlich für Todesurteile) „nicht als Teilhabe an einem Unrechtssystem begreifen will und wer bis jetzt dafür nicht zur Rechenschaft gezogen wurde, der kann das Unrecht in den Haftanstalten heute nicht zugeben.“ — (ulb)

Autonomer 1. Mai in Kreuzberg

Westberlin. Die Kreuzberger Mai-Demonstrationen begannen 1987. Damals war die vorherige Teilnahme an der Maidemonstration des DGB noch selbstverständlich.

Inzwischen empfiehlt man den Teilnehmern das „vorherige Ausschlafen.“ Die oftmals arrogante Abgrenzung von den Gewerkschaften schadet der Kreuzberger Demonstration.

Schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei hat es, wie in den Jahren zuvor, auch diesmal gegeben.

Nunmehr allerdings ist die Debatte über Krawalle und Blindwütigkeit bestimmend. Der politische Inhalt der Demonstration wird schier erdrückt.

Wut und Verzweiflung über das Hinweggehen der bürgerlichen Öffentlichkeit — einschließlich der Alternativen Liste Westberlin — bezüglich der Verbrechen an der Menschlichkeit wegen des Vorgehens der Staatsorgane der BRD gegen die politischen Gefangenen, waren mit ausschlaggebend für den Verlauf der Demonstration in Kreuzberg.

Die bürgerlichen Parteien halten nunmehr die Zeit reif für eine Kampagne gegen die Autonomen. Die Alternative Liste grenzt sich dagegen nicht ab. Die Kampagne versucht, die politische Opposition zu spalten. Allerdings ist dies mit Erfolg nur möglich, wenn es den Autonomen gelingt, ihre Arroganz gegenüber Arbeitern aufzugeben und die Verbindung zur Arbeiterbewegung zu suchen. — (brr)



Gegen den Druck von Nazi-Propaganda demonstrierten 2500 Antifaschisten am 22.4. vor dem Druckhaus Waiblingen (Bild). — In Leer hat das örtliche antifaschistische Bündnis durch seine Proteste erreicht, daß der Prokurist der Druckerei Rautenberg erklärte, die Firma werde nichts mehr für die DVU drucken, obwohl ihr der Verzicht auf die Aufträge finanziell nicht leichtfalle. Quelle: UZ vom 27.4.89 — (anl)

Polizei setzt EG-Kundgebung der DVU-Liste D durch

Bielefeld. Ein Bündnis von zwölf Organisationen und Mitgliedern des Ausländerbeirates sowie des Juso-Unterbezirksvorstandes hatten zur Verhinderung der Kundgebung aufgerufen. Der SPD-Unterbezirksvorsitzende rief die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich nicht zu beteiligen. Die Polizei erklärte per Flugblatt und örtlicher Presse, daß sie das „Recht auf Versammlungsfreiheit“ schützen müsse. Der Kundgebungsplatz wurde abgeriegelt. Nur nach Durchlaufen von Polizeisperren und Kontrollen gelangten Antifaschisten auf den Platz. Transparente und Megaphone wurden beschlagnahmt, acht Antifaschisten vorläufig festgenommen. 600 Antifaschisten standen hilflos im Kessel. „Für ihre Umsicht und kluge Taktik hat die Bielefelder Polizei Lob verdient“, berichtete die „Neue Westfälische“ am 8.5. 1985 beschloß der Rat, faschistischen Organisationen keine öffentlichen Plätze zu geben. — (stb)

Nazi-Aktionen bei Hapag-Lloyd

Hannover. ÖTV-Vertrauensleute haben jetzt öffentlich faschistische Aktivitäten im Flughafenbereich angegriffen: ein Betriebsfest sei mit Reichskriegs- und Kaiserreichsflagge und Begleitung durch Marschmusik durchgeführt, zu Hitlers Geburtstag sei unter Hakenkreuzfahne gefeiert und ausländische Kollegen bedroht worden. („Türkenjagd wird bald eröffnet“) Erst nachdem die ÖTV initiativ wurde, beurlaubte die Geschäftsleitung drei Beschäftigte, darunter einen Schichtleiter. Nach langer Duldung schiebt sie die Dreckarbeit jetzt der ÖTV zu, die ihr Beweise liefern solle. Anson-

sten sorgt sie sich nur um ihren „internationalen Ruf“. Auch der Betriebsrat spricht von einer Vielzahl „neonazistischer Kleinaktivitäten“. Am 10. Mai wollen die Beschuldigten, darunter der DVU-Landesvorsitzende, die Vorwürfe gerichtlich untersagen lassen. — (ard)

Protest gegen die „Junge Generation“ des BDV

Bad Harzburg. Unter dem Motto „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — Das ganze Deutschland ist unser Vaterland“ führte die „Junge Generation“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) vom 29.4. bis 1.5.89 den 6. Bundeskongreß in Braunschweig durch. Schirmherrin war Rita Süßmuth, die Leitung hatte Helmut Sauer (CDU), MdB und Vizepräsident des BdV, der im Eröffnungsreferat erklärte: „Polen ist zwar im Besitz von Schlesien, aber Eigentümer ist Deutschland.“ Mit Experten quer durch die Braunzone — von Paneuropa-Union bis Gesamtdeutscher Studentenverband — fanden verschiedene Foren statt. Z.B. „Die Zukunft ganz Deutschlands in Europa“ oder „Entwicklung eines europäischen Volksgruppenrechts und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Hierzu war u.a. der Botschafter Ungarns bei der KSZE, Andre Erdös, als Experte geladen. Das Rahmenprogramm sah neben einer Fahrt an die „Zonengrenze“ nach Hornburg eine ökumenische Gedenkstunde am „Mekka“ der Vertriebenen, am Kreuz des Deutschen Ostens in Bad Harzburg, vor. Dort wurden die ca. 300 jungen „Vertriebenen“ (Höchstalter 35 Jahre) von ca. 30 Demonstranten mit Transparenten wie „Völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Schlesien bleibt polnisch“ und „Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter“ empfangen. — (suo)

Revanchismus: „Schlesiertreffen 89“

40 Jahre Verfassung — Streichung der Präambel!

Hannover. Fest eingebettet in das von Bundes- und Landesregierungen veranstaltete Programm aus Anlaß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ werden die im „Bund der Vertriebenen“ (BDV) zusammengeschlossenen Revanchistenverbände das ganze Jahr über einen umfassenden Feldzug für revanchistische Politik betreiben. Unter dem Leitwort „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — das ganze Deutschland ist unser Vaterland“, rufen die verschiedenen „Landsmannschaften“ allein von Anfang Mai bis Anfang Juli zu 11 Bundestreffen auf. Zum „Tag der Heimat“ im September sind über 200 Veranstaltungen in allen Teilen der BRD und in

zum sechsten Mal in ungebrochener Reihenfolge in Hannover, findet eins der größten Revanchistentreffen der BRD statt. Diesmal wird unter dem Motto „Schlesien in Hannover — Für unser Schlesien“ mobilisiert. Trotz Beteuerung eines Gewaltverzichtes werden, wie bereits in den vergangenen Jahren, unverhohlenen Gebietsansprüche gegen die DDR, Polen und die Sowjetunion erhoben. So heißt es im diesjährigen Aufruf: „Schlesien, ein Teil Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen ... (soll) Gegenwart werden. Es gibt dieses Schlesien immer noch und immer wieder!“ Mit dem Offenhalten der „deutschen Frage unter selbstverständlichem Ein-

Ebenfalls teilnehmen wollen der neue Bundesfinanzminister Waigel (CSU) und die Bundesministerin für „Innerdeutsches“, Wilms. Dem „Wunsch“ der „Landsmannschaft Schlesien“ nach einem „Schlesiermuseum“ in Hildesheim (nahe dem „Schlesiertreffen“) will sich die CDU/FDP-Landesregierung nicht verschließen. 500 000 DM fordert die „Landsmannschaft“ im Nachtragshaushalt des Landes für die notwendige Planung, acht Mio. DM soll das Revanchistenzentrum kosten; bezahlt von Stadt, Land und Bund.

Mit dem diesjährigen Aufruf mobilisiert die „Landsmannschaft“ umfassend: Jeder ist aufgerufen, „der ganz Deutschland in all seinen Teilen zu Recht sein Vaterland nennt“. Gestützt auf das in der Präambel der Verfassung festgeschriebene „Wiedervereinigungsgebot“, und damit auf das Fortbestehen des „Deutschen Reiches in den Grenzen von 37“ soll ein breiter nationaler Konsens für revanchistische Politik hergestellt werden. Dieses Vorhaben ist erfolgversprechend, beziehen sich doch neben den „Landsmannschaften“ die Faschisten, die CDU/CSU, die FDP und die SPD auf die Präambel.

Gegen das seit 40 Jahren verfassungsmäßig verankerte „Wiedervereinigungsgebot“ müssen antifaschistische, anti-imperialistische Kräfte tätig werden. Das „Deutsche Reich“ ist 1945 durch die Anti-Hitler-Koalition zerschlagen worden. Die ersatzlose Streichung der Präambel der Verfassung würde den revanchistischen Bemühungen zur Wiedererrichtung „Deutschlands“ erheblich den Boden entziehen.

Quellenhinweis: „Schlesiertreffen 89“; „Manifest der Schlesier 1988“; UZ, 26.4.89 — (gpc)



Gegen die „Schlesiertreffen“ in Hannover fanden 1985 und 1987 antirevanchistische Aktionen breiter Aktionsbündnisse statt. (Bild: Demonstration 1985)

West-Berlin vom BDV und den „Landsmannschaften“ geplant.

In Niedersachsen, dem „Patenland Schlesiens“, wurde Ende April mit dem „6. Bundeskongreß der Jungen Generation“ in Braunschweig die Veranstaltungstätigkeit eröffnet. Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Süssmuth (CDU), hatte dafür die Schirmherrschaft übernommen und zum Leitwort des BDV geredet. Vom 2.-4. Juni wird dann in Hannover das Bundestreffen der „Deutsch-baltischen Landsmannschaft“ stattfinden, gefolgt vom „Deutschlandtreffen“ der „Landsmannschaft Schlesien“ am 1./2. Juli. Für den 30. September ist eine zentrale Veranstaltung „40 Jahre BDV“ in Hannover angekündigt.

Mit dem „Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien“, seit 1979

schloß Ostdeutschlands“, mit der Nichtanerkennung der DDR, der Grenzen Polens und der Sowjetunion, mit der Forderung nach „deutschen Volksgruppenrechten“ bis zum Ural — kurzum: mit den verfassungsmäßig abgesicherten Gebietsansprüchen — werden nun seit 40 Jahren Aggression und Kriegsvorbereitungen gegenüber den Staaten Osteuropas betrieben.

Das Revanchistentreffen wird von der niedersächsischen CDU seit ihrem Regierungsantritt 1976 politisch und finanziell gefördert. Auch dieses Jahr wird das „Schlesiertreffen“ aus dem Landeshaushalt gesponsert, Ministerpräsident Albrecht (CDU) und sein Koalitionspartner, Bundesratsminister Jürgens (FDP), haben ihre Teilnahme an der „Deutschlandkundgebung“ bereits zugesagt.

Bayerische Staatsregierung Mäßigungsgebot für kommunale Beamte

Regensburg. Der Schwandorfer SPD-Landrat Schuierer hat sich im Widerstand gegen die WAA engagiert und z.B. Baugenehmigungen für die WAA verweigert. Das „Selbsteintrittsrecht“ der übergeordneten Regierungsinstanz wurde gegen Entscheidungen von ihm zum ersten Mal eingesetzt („Lex-Schuierer“).

Im Winter 1985/86, der Widerstand gegen den WAA-Bau war hitzig, hat das bayerische Innenministerium disziplinarrechtliche Vorermittlungen gegen Schuierer veranlaßt. Er wurde etlicher „Dienstvergehen“ beschuldigt: Er sei als Hauptredner auf einer nicht angemeldeten Demonstration aufgetreten, habe polizeiliche Bauplatzräumung als „Terror in Vollendung“ bezeichnet, Strauß „Zynismus und brutale Durchsetzungsmethoden“ vorgeworfen und von einer „Ein-Mann-Demokratie“ Straußscher

Prägung“ gesprochen.

Im Dezember 1988 zeigte sich die bayerische Staatsregierung bereit, das Verfahren gütlich zu beenden, allerdings sei eine Entschuldigung Schuierers dafür, daß er den (inzwischen verstorbenen) Ministerpräsidenten Strauß beleidigt habe, Voraussetzung. Solch eine doch eher belastende Erklärung abzugeben, war Schuierer nicht bereit.

Am 8.4.1989, fünf Tage bevor zum ersten Mal offiziell davon gesprochen wurde, daß die WAA eventuell doch nicht in Betrieb gehen soll, wurde vor der X. Disziplinarkammer des Bayerischen Verwaltungsgerichts in Regensburg gegen den inzwischen wohl populärsten WAA-Gegner verhandelt. Der Anklagevertreter führte auf, Schuierer habe mehrfach seine Dienstpflichten verletzt und das Ansehen und Vertrauen der Bürger in den Staat untergraben. Der Richter stellte fest, kommunale Wahlbeamte unterlägen zwar einem politischen Mäßigungsgebot, dies sei aber „nicht normiert“, und die Toleranzgrenzen seien sehr weit gezogen. Das Gericht empfahl die Einstellung des Verfahrens und das Innenministerium stimmte zu, betonte aber gleichzeitig, hier liege eine Einstellung des Verfahrens vor, bei der „das Dienstvergehen zwar erwiesen (sei), nach dem gesamten Verhalten des Beamten eine Disziplinarmaßnahme aber nicht für angebracht gehalten wird“.

Das ausführliche Urteil steht noch aus, die Frage der „Normierung“ des Mäßigungsgebotes auch. Daß daran weiter gearbeitet werden soll, zeigt das starke Interesse des Innenministeriums an den im Urteil erwarteten „differenzierten Äußerungen zur politischen Betätigung von Wahlbeamten.“ — (uth)

Ausländerausschuwahl

Wahlrecht bleibt wichtig

Stuttgart. Am 23. April fand in Stuttgart zum zweiten Mal die Ausländerausschuwahl statt. OB Rommel, der sich strikt gegen das Kommunalwahlrecht ausspricht, weil „es nur eine Spielwiese“ sei, da die wirklichen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene gefällt werden und das uneingeschränkte Wahlrecht rechtlich nicht vertretbar sei, propagierte die Ausschuwahl als die wahre Interessenvertretung für Ausländer auf kommunaler Ebene. Die Wahlbeteiligung der aufgerufenen über 18jährigen aus den ehemaligen Anwerbestaaten Jugoslawien, Griechenland, Türkei, Italien, Spanien und Portugal war nicht höher als bei der ersten Wahl, 26% zu 26,1% in diesem Jahr. Die Wahlbeteiligung zeigt den Konflikt, in dem sich die Ausländer befinden: Eine wirkliche Interessenvertretung, die nur durch das Wahlrecht gewährleistet ist,

wird ihnen verwehrt, stattdessen bekommen sie einen Ausschuß, der lediglich beratende Funktion hat, nämlich „den Gemeinderat bei der Erfüllung seiner Aufgaben in allen Fragen, welche die in Stuttgart wohnenden Ausländer allgemein betreffen, durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen zu beraten“ (§1 Abs. 1 der Satzung). In dem 25köpfigen Ausschuß haben die Ausländer mit zwölf Mitgliedern nicht einmal die Mehrheit. Sie haben weder Rede- noch Antragsrecht im Gemeinderat oder anderen Gremien. Der Ausländerausschuß verfügt über keine eigenen finanziellen Mittel, hat kein selbständiges Veröffentlichungsrecht.

Trotz dieser Rechtlosigkeit ließen es sich die Ausländerbeiräte bisher nicht nehmen, ihr eigentliches Bestreben als Interessenvertretung wahrzunehmen. Immer wieder wiesen sie auf die besondere Unterdrückung der Ausländer und die restriktiven Handhabungen der Ausländerbehörde hin.

Zum ersten Mal kandidierte eine linke Einheitsliste türkischer Kollegen, die mit einem Programm für das Wahlrecht für Ausländer, Gleichberechtigung von Ausländern und für Familienzusammenführung auftraten. Ein Kandidat der Liste der demokratischen Einheit wurde in den Ausschuß gewählt.

Die Ausländerausschüsse und -beiräte in Baden-Württemberg haben sich landesweit organisiert mit dem Hauptziel, das kommunale Wahlrecht durchzusetzen. Auf der ersten Bundeskonferenz der Ausländerbeiräte 1988 wurde beschlossen: „Ausländerbeiräte verstehen sich heute als politische Gremien der Interessenvertretung der Ausländer ihrer Kommune — und nicht als Gremien nationaler Spezialisten für nationale Eigentümlichkeiten. Sie wollen heute Sprachrohr der Probleme aller Ausländer sein, die diese mit ihrer Kommune haben, statt wie bisher Berater der Kommune bei Problemen, die diese mit ihren Ausländern hat.“ — (unb)

Personalsituation

AG Kindergärten fordert Fachkräfte

Elmshorn. Monatelang beherrscht der Kampf von Eltern und Erzieherinnen eine Personalaufstockung auf zwei Fachkräfte pro Kindergartengruppe durch die Stadt finanzieren zu lassen, die Lokalpresse und die Öffentlichkeit. Da die Stadt Elmshorn kein öffentlicher Träger von Kindertagesstätten ist, schlossen sich Ende letzten Jahres freie Träger, Eltern und Erzieherinnen zusammen, um der Stadt deutlich zu machen, daß die in den Jugendwohlfahrtsrichtlinien vorgesehenen 1,5 Kräfte (1 Fachkraft, 1/2 Hilfskraft) pro Gruppe völlig unzureichend sind, eine qualitative Betreuung

der Kinder sicherzustellen, und den Erzieherinnen die Arbeit untragbar machen.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert von der Stadt Elmshorn:

— Praktikanten nur zusätzlich einzusetzen, sie nicht weiter als billige Arbeitskräfte zu mißbrauchen;

— Anrechnung der tatsächlichen Ausfallzeiten (durch Vorbereitung, Elterngespräche, Weiterbildung, Urlaub und Krankheit) im Stellenplan, d.h. es soll eine Betreuung am Kind von zwei Fachkräften den ganzen Tag ermöglicht werden;

— Berücksichtigung der ab 1.4.89 eingetretenen Arbeitszeitverkürzung.

Trotz vielfältiger Öffentlichkeitsarbeit der AG Kindergärten beschloß im März die SPD als Mehrheitsfraktion, nur 1,7 Fachkräfte (brutto — d.h. Ausfallzeiten, die bei Ganztagskräften in der Regel bei ca. 38 Prozent, bei Halbtagskräften bei ca. 42 Prozent liegen, müssen damit abgedeckt werden) zu finanzieren.

Die CDU, im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen opportun gegen die SPD, stimmte mit WGE/Die Grünen gegen den Beschluß.

Am 22.4. demonstrierten 500 Teilnehmer/innen gegen das Vorhaben der SPD. Auf der Abschlußkundgebung sprachen je eine Vertreterin der Eltern, der Erzieherinnen und ein ÖTV-Sekretär. Er sprach sich u.a. dafür aus, Verhandlungen seitens der ÖTV aufzunehmen, die Besetzung von zwei Fachkräften pro Kindergartengruppe im Tarifvertrag zu verankern, wie bereits in West-Berlin geschehen. Der Arbeitskreis Krippen (DKP, Volksfront, Unorganisierte) erstellte ein Flugblatt, welches die kommunale Verantwortung, eine qualitative öffentliche Kinderversorgung bereitzustellen, fordert und die SPD unter Druck setzt, ihren Beschluß zu revidieren. — (sur)



SPD-Einfluß verbot DGB und AWO-Erzieher, die Demo zu unterstützen

Hamburg

Senat kündigt Hafenstraßen-Vertrag

Hamburg. „Es ist genug“, erklärte Hamburgs Bürgermeister Voscherau und veranlaßte am 24. April die fristlose Kündigung des am 19. November 1987 zwischen der staatlichen Lawaetz-Stiftung und dem Verein Hafenstraße e.V. abgeschlossenen Pachtvertrages über die Häuser St.Pauli-Hafenstraße 116 bis 126 und Bernhard-Nochte-Straße 16 bis 24. Anlaß: In der Nacht zum 13. April waren Polizisten aus den Häusern heraus mit Steinen beworfen und mit Leuchtschurmunition beschossen worden. Vorher hatten rund 40 Polizisten unter dem Vorwand, einen Autoknacker zu verfolgen, die Hafenstraßen-Kneipe „Onkel Otto“ gestürmt. Als sie die Kneipe erfolglos wieder verließen, kam es zu dem obigen Angriff.

Was von der Polizei und in den meisten Medien als völlig normaler/harmloser Einsatz dargestellt wurde, war eine der vielen Polizeiprovokationen, denen die Hafenstraßen-Bewohner seit Monaten ausgesetzt sind. Ständig werden sie von Zivilfahndern beobachtet, fotografiert, zur „Personalienfeststellung“ angehalten, die Häuser von Polizeiwagen umkreist, die bei den Häusern stehenden bewohnten Bauwagen angegriffen. Von den Bewohnern wird der Vorfall am 12./13. April als Reaktion auf diese ständigen Provokationen erklärt:

„Was Mittwoch, 12.4., passiert ist: Den ganzen Tag war schon zu merken, daß etwas in der Luft liegt (Ständiges Umkreisen der Häuser mit Zivilbullen und kleinen Mannschaftswagen, Fotografieren der Bewohner/innen). In der Nacht stellen sich zwei Streifenwagen eine Stunde vors ONKEL OTTO. Jede/r, der/die rein- oder rausgeht, wird abgelichtet. Die Streifenwagen bleiben unangetastet. Dann wird das OTTO von 40 Bullen gestürmt. Ohne Begründung und sowieso ohne Ergebnis. Wir haben reagiert und sie massiv angegriffen. Es hat sich alles entladen. Was vorher passierte:

* Daß Zivilbullen Leute von uns beim Überqueren der Straße mit ihren Wagen jagen, Leute zwecks ‚Personalienfeststellung‘ andauernd ohne Anlaß festhalten, abfilmen oder fotografieren, gehört hier schon zum Alltag. Oft können wir nicht unterscheiden, ob es sich um Faschisten oder Zivilbullen handelt.

* Zwei Leute von uns wollen einkaufen. Auf dem Weg springen zwei Personen aus einem Ford, schwingen Knüppel und jagen unsere Leute den Elbhang herunter. Kurz danach sehen wir den Wagen an der Davidswache parken.

* ‚Fischmarkt Touristen‘ steigen auf die Dächer der neben den Häusern stehen-

den Bauwagen und springen darauf rum. Kurz darauf sieht sich ein Bauwagenbewohner mit fünf knüppelbewehrten ‚Touristen‘ konfrontiert. Sie können verjagt werden. Am nächsten Tag stehen 12 Personen mit Knüppeln vor den Bauwagen. Auch sie können verjagt werden — werden aber gleich von Bereitschaftspolizei gefolgt. Es stellt sich heraus, daß die Zwölfergruppe Zivilbullen waren, die einen Bauwagen stürmen wollten.

* In der Nacht vom 14. auf 15.4. läuft zweimal das totale Geballere mit Leuchtschurmunition. Keiner blickt, was los ist. Einige von uns gehen auf die andere



Neben der Forderung nach Zusammenlegung der hungerstreikenden politischen Gefangenen unterstützen die Hafenstraßen-Bewohner u.a. den Befreiungskampf des palästinensischen und des azanischen Volkes.

Straßenseite, um zu gucken, ob Faschisten sich auf dem DFDS-Gelände zusammengerottet haben. Plötzlich rennt von dort jemand auf sie zu. Es fliegen Steine. Später stellt sich an den mal wieder gezogenen Knarren raus, daß es sich um Zivils handelt, die von Anfang an die ganze Szene vom benachbarten Neubau aus gefilmt haben.“

„Genug“ von der Hafenstraße haben Bürgermeister Voscherau und der SPD/FDP-Senat nicht erst seit Mitte April. Spätestens seit Sommer 1988 tun sie alles, um das Projekt Hafenstraße scheitern zu lassen. Von den im November 1987 zugesagten gut vier Mio. DM zur Renovierung der Häuser sind bisher nur etwas über 600 000 DM ausgezahlt worden. Die ekelhafte Medienhetze gegen die Hafenstraßen-Bewohner wird vom

Senat aktiv unterstützt. Seit Herbst letzten Jahres bereitet Voscherau die fristlose Kündigung des Vertrages vor. Voraussetzung dafür sind Verstöße gegen den Vertrag, die trotz zweimaliger Abmahnung der Verpächterin von dem Pächter (Verein Hafenstraße) innerhalb eines Monats nicht beseitigt werden. Erleichtert wird dem Senat das ganze Abmahnungsverfahren durch die Verankerung der Kollektivschuld im Vertrag. Verstöße einzelner gelten als Verstöße aller Bewohner. Ob das allerdings in jedem bzw. in diesem Fall gilt, ist strittig. Weil sich die Lawaetz-Stiftung (Verpächterin) mehrfach geweigert hatte, Abmahnungen weiterzugeben, wurde sie im März von der eigens dafür vom Senat gegründeten Hafenrand GmbH abgelöst. Die Kündigung unterstützen sowohl die SPD/FDP/CDU-Fraktionen im Rathaus als auch ihre jeweiligen Landesverbände. Uneinigkeit besteht noch darüber, wie es weitergeht. Die CDU fordert sofortige Räumung wegen Verstoß gegen das Sicherheits- und Ordnungsgesetz, anschließend Unbewohnbarkeitserklärung der Häuser wegen baulicher Mängel und Abriß. SPD- und FDP-Fraktion haben erklärt, das Problem mit dem Mietrecht (Räumungsklagen) lösen zu wollen. Inzwischen mehren sich aber Stimmen, die den CDU-Kurs unterstützen.

Auch die Hafenstraßen-Bewohner rechnen mit baldigen Räumungsversuchen und dann als erstes gegen ihre Bauwagen:

„Aber worin besteht die staatliche Strategie gegen den Hafen? Zuerst uns als skrupellose Kriminelle darstellen, weil es für sie zu gefährlich wäre, sich an einer Auseinandersetzung mit unseren inhaltlichen Zielen zu entlarven. Dann die Hafenstr. GmbH gründen, die die Behördenaktivitäten koordiniert und die Räumung verwaltet. Sie ist ausgestattet mit Räumungsspezialisten, ihre Arbeitsverträge auf zwei Jahre limitiert. Dann kann der weichste Teil angegriffen werden, die Bauwagen. Wenn dann diese erste Räumung läuft, kann der restliche Hafen nicht tatenlos zusehen. Die Situation eskaliert. Daran wiederum kann deutlich gemacht werden, wie gefährlich der Hafen ist. Es werden Krokodilstränen vergossen: Man habe die friedliche Lösung doch versucht ... Und uns selber war vieles an unserem eigenen Verhalten egal bzw. nicht gemeinsam abgeklärt oder reflektiert, als daß wir auf diesen Angriff hätten adäquat reagieren können, bis jetzt, wo uns eben das auf die Füße fällt ...“

Weil aufgrund mangelnder Informationstätigkeit und auch Fehlern seitens der Bewohner nicht wenige, die die „Hafenstraße“ früher unterstützt haben, dazu nicht ohne weiteres mehr bereit sind, laden die Bewohner jetzt regelmäßig zu öffentlichen Diskussionsveranstaltungen ein. — (bab)

Krankenpflege

ÖTV-Kampfaktion
Gemeinsame Pause

Hamburg. In den Hamburger Krankenhäusern und Altenheimen nahmen am Mittwoch, den 3.5.89, ca. 1500 Pflegekräfte an der ÖTV-Aktion „Gemeinsame Pause“ teil. Beim Mittagessen in der Kantine wurden Protestkundgebungen abgehalten. Die Teilnehmer verabschiedeten Resolutionen, in denen es u.a. heißt:

„Wir fordern jetzt die Arbeitgeber auf, ein akzeptables Angebot schnell auf den Tisch zu legen. Wir, die Beschäftigten, fordern unsere Krankenhausleitung/Heimleitung auf, bei den öffentlichen Arbeitgebern darauf hinzuwirken, bei der nächsten Verhandlungsrunde am 8./9.5. materielle und strukturelle Verbesserungen in der Vergütung der Pflegeberufe anzubieten. Bessere Arbeitsbedingungen, ausreichende Personalausstattung und angemessene Einkommen können die Pflegeberufe wieder attraktiv machen ... Anderenfalls sehen wir uns gezwungen, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen.“

Die Aktion „Gemeinsame Pause“ war als betriebliche Aktion und „Test“ für den Warnstreik geplant worden. Die Beteiligung an der Aktion hat deutlich gemacht, daß ein Warnstreik stattfinden wird, wenn die Arbeitgeber nicht ein Angebot entsprechend des Forderungskataloges der ÖTV anbieten würden.

Im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek z.B., das ein weitläufiges Gelände hat, geriet der Weg zurück zu den Stationen zur regelrechten Demonstration von ca. 250 Pflegekräften. Begleitet wurden sie von vielen Patienten. Besonders gut tat dabei der Applaus der Patienten zu den auf diesem Marsch gesungenen Liedern gegen den Pflegenotstand.

Die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt der ÖTV beitreten, tun dies gezielt auf eine Beteiligung am Arbeitskampf hin. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist mit ca. 20 Prozent riskant niedrig. Die ÖTV muß dieses Risiko in Kauf nehmen, denn er wird nur durch Aktionen und Arbeitskampf steigen.

Mindestens so viele wie an der „Gemeinsamen Pause“ teilgenommen haben, werden auch warnstreiken. Die Kolleginnen und Kollegen werden sogenannte „patientenferne“ Tätigkeiten liegen- bzw. wartenlassen. Hier muß die Auffassung verbreitet werden, daß den Patienten nicht mehr, aber auch nicht weniger geschadet wird, als ohnehin schon durch massenhafte Überlastungsanzeigen dokumentiert wird.

Trotz vieler Wuns und Abers — z.B. daß nicht alle mitstreiken können und die schlechten Arbeitsbedingungen erstmal schlecht bleiben — geht es für alle um viel Geld. Die Streichung der untersten Vergütungsgruppe, die Anhebung aller



4000 demonstrierten am 15.4.89 durch die Hamburger Innenstadt

in die nächsthöhere mit Zeitaufstieg in die nächste bringt auch unten mehr als hundert Mark ins Portemonnaie. Das muß rauskommen und wäre eine Ermütigung für alle, die im Gesundheitswesen anderes wollen als die Arbeitgeber und Blüm.

— (flm, AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Hamburg)

IG Metall NRW

Leichtlohngruppen
werden überprüft

Dortmund. „Eingruppierung unter der Lupe“, unter diesem Titel hat der IG Metall-Bezirk Dortmund Ende letzten Jahres eine neue Aktion gegen die Einstufung in die „Leichtlohn“-gruppe 2 begonnen. Sie ist ein Bestandteil der Vorbereitung der vom IG Metall-Vorstand angestrebten einheitlichen Entgeltverträge. Erfreulich ist, daß so die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den unteren Lohngruppen in der IG Metall wieder stärker zum Thema werden. Dies ist auch dringend notwendig.

Arbeiten, die in Lohngruppe 2 eingestuft werden können, unterscheiden sich von den Tätigkeiten in Lohngruppe 3 und 4 im wesentlichen durch die Festlegung, daß es sich um Arbeiten mit „geringer körperlicher Belastung“ handelt. Entsprechend sind vor allem Frauen in Lohngruppe 2 eingestuft: Im Bezirk Dortmund 9000 Frauen und 185 Männer. Der tarifliche Stundenlohn liegt zur Zeit bei 11,18 DM.

In den 70er Jahren gab es in der Metallindustrie gerade in NRW eine starke Bewegung gegen die „Leichtlohn“-gruppen. Eine wichtige Rolle spielten die Streiks bei Pierburg/Neuss und Hella/

Lippstadt 1973. Sie trugen dazu bei, daß 1975 die Lohngruppe 1 gestrichen und Lohngruppe 2 gesondert angehoben wurde. Bis Anfang der 80er Jahre brachte die IG Metall die Forderung nach Streichung der LG 2 immer wieder in die Tarifverhandlungen ein. In den letzten Jahren versuchte sie in Arbeitsgerichtsklagen Höhergruppierungen zu erreichen. Dabei konnten Betriebsräte und IG Metall durchaus Erfolge erzielen.

In betrieblichen Untersuchungen der IG Metall ging es vor allem darum, das Kriterium „geringe körperliche Belastung“ als unzureichend und diskriminierend zu kritisieren. Die IG Metall konnte nachweisen, daß bei vielen „leichten“ Arbeiten auf den Tag gesehen Tonnen bewegt werden. Oft kommt es gerade bei den Tätigkeiten in LG 2 — wie auch in den anderen „Anlern“-lohngruppen — zu starken einseitigen Belastungen, die zu Kopf-, Rücken- und Nackenschmerzen sowie starken Verschleißerscheinungen führen. Gleichzeitig erfordern viele Arbeiten Qualifikationen oder Geschicklichkeiten, die in kurzer Anlernzeit nicht erreicht werden können.

Bei der Aktion „Eingruppierung unter der Lupe“ kann die IG Metall auch auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs von 1986 und des Bundesarbeitsgerichts von 1988 verweisen, in denen der Begriff „körperliche Belastung“ neu definiert wird. In vielen Betrieben hat sie gemeinsam mit den Betriebsräten neue Untersuchungen eingeleitet. In den Verwaltungsstellen Hamm, Dortmund, Recklinghausen, Detmold und Witten laufen bereits Verhandlungen, denen bei Bedarf durch Aktionen und Prozesse Nachdruck verliehen werden soll. Ein besonderes Problem sind die Betriebe, in denen es analytische Arbeitsplatzbewertung gibt, in NRW vor allem Siemens. — (wof)



Arbeiterinnen von Küpper, Velbert, nach

Sozialhilfebezug für Ausländer

In der Fessel zwischen Ausländergesetz und Sozialhilferecht

Hamburg. Als der türkische Kollege Musa Ercan (verheiratet, fünf Kinder, davon zwei unter 18 Jahren, die Ehefrau arbeitet nicht mit) und der Deutsche Wolfgang Schmidt (verheiratet, ohne Kinder, die Ehefrau kann aus Krankheitsgründen nicht mitarbeiten — Namen geändert) 1981 bei der HDW Hamburg gemeinsam anfangen zu arbeiten, konnten sie sich nicht vorstellen, daß sie sich Jahre später im Sozialamt wiedertreffen müssen. Musa E. lebt seit 1974 in der BRD und arbeitete immer als Maler- und Lackierhelfer in verschiedenen Firmen, eine Ausbildung hat er vorher in der Türkei nicht erlernen können.

Wolfgang S. arbeitete seit seiner Schulentlassung bei verschiedensten Firmen als Schweißerhelfer. 1981 — mit Arbeitsbeginn bei der HDW — hatte er versucht, über einen selbst finanzierten

Arbeitsamt Hamburg ihm mit, daß er — nach drei Jahren Arbeitslosigkeit — als Maler- und Lackierhelfer nicht mehr einen so hohen Stundenlohn auf dem deutschen Arbeitsmarkt (wie vorher auf der HDW) zu erwarten hat. Die wöchentliche Leistung wurde von 270,60 DM auf 227,40 DM gekürzt und hat 1989 noch nicht einmal wieder den Stand vom Oktober 1984 erreicht.

Der eingelegte Widerspruch wird vom Arbeitsamt erwartungsgemäß zurückgewiesen. Eine Klage vor dem Sozialgericht traut sich Musa nicht durchzustehen.

Heute lebt im Haushalt des Ehepaares Ercan noch eine Tochter von 17 Jahren, die noch zwei Jahre das Gymnasium besuchen muß. Als Einkommen hat die Familie lediglich die Arbeitslosenhilfe von 1040 DM, Kindergeld von 50 DM

willigt.

Musa Ercan hat noch Glück im Unglück, da er im Laufe seiner Erwerbstätigkeit seit 1974 die Aufenthaltsberechtigung für die BRD erworben hat. Hätte er nur eine einfache Aufenthaltserlaubnis, die alle zwei Jahre verlängert werden müßte, wäre die lange Arbeitslosigkeit Anlaß genug für die Hamburger Ausländerbehörde gewesen, zuerst die Aufenthaltserlaubnis nur für eine kurze Zeit zu verlängern und sie dann eines Tages zu verweigern, da „die Familie offensichtlich nicht unabhängig von Versicherungs- und Steuergeldern leben kann“.

Das Sozialamt würde — bis zur Abschiebung aus der BRD — nur noch die notwendigsten Hilfen leisten. Die Tochter müßte die Schule verlassen, um mit Arbeit den Lebensunterhalt der Familie sicherzustellen. Oder die Familie wäre gezwungen, auf die Leistungen zu verzichten, und die erwachsenen Kinder und deren Familien müßten Musa E. und seine Familie miternähren. Andernfalls müßten sie die BRD verlassen.

Der deutsche Kollege Wolfgang S. hatte das „Glück“, über Zeitarbeitsfirmen seine Arbeitslosigkeit immer einmal wieder für drei bis vier Monate unterbrechen zu können (Verdienst zwischen 1300 und 1750 DM netto — Sozialhilfeneiveau).

Das Arbeitsamt bezahlte den 1981 begonnenen und wieder abgebrochenen Schweißerkursus zu Ende und nach zwei Jahren noch einmal einen „Auffrischkursus“ für Schweißer, Arbeit vermittelten sie jedoch nicht.

Heute lebt das Ehepaar von 1076,40 DM Arbeitslosenhilfe und 332 DM Sozialhilfe monatlich. Für die renovierte Altbauwohnung müssen sie davon 467 DM Miete und 130 DM für Heizung zahlen. Abzahlen muß Herr Schmidt auch noch einen Möbelkredit bei der KKB-Bank mit monatlich 100 DM. Neben den laufenden Leistungen des Arbeits- und Sozialamtes erhält das Ehepaar auch zweimal im Jahr Gelder für Bekleidung etc.

Urlaub hat das Ehepaar zuletzt vor acht Jahren gemacht — heute reicht das Geld höchstens für eine Fahrt nach Cuxhaven.

Unerträgliche Erfahrungen mit dem Kreislauf „Aufenthaltserlaubnis — Arbeitserlaubnis — Sozialhilfebezug“ hat auch schon die heute 24-jährige Remziye Aksoy machen müssen:

Remziye kam erst 1977 mit 13 Jahren aus der Türkei zu ihren Eltern nach Hamburg. 1981 beendete sie die Haupt-



Arbeiter aus der BRD und Arbeiter aus dem Ausland kämpfen gemeinsam gegen Arbeitsplatzabbau und Faschisierung

Schweißerkursus sich eine Ausbildung zu verschaffen. Musa E. und Wolfgang S. begannen 1981 bei der HDW zu arbeiten, weil die Werftenbranche noch als „krisensicher“ galt. Doch schon 1983 wurden die ersten 200 Arbeiter entlassen. Beiden wurde gekündigt, weil sie noch nicht so lange bei der HDW beschäftigt gewesen waren und aufgrund von Krankheiten häufiger arbeitsunfähig krank geschrieben werden mußten (Musa E. hat seitdem eine Gastritis, Wolfgang S. ein Rückenleiden).

Die Abfindungen, die die Sozialpläne vorsahen, waren mit 4000 und 3000 DM absolut lächerlich.

Musa ist nun seit August 1983 durchgehend arbeitslos gemeldet und erhält seit dem einjährigen Bezug von Arbeitslosengeld jetzt durchgehend Arbeitslosenhilfe. Am 3.10.1986 teilte das

und Sozialhilfe von 400 DM monatlich zur Verfügung. Von diesem Geld leben sie bescheiden in einer feuchten Altbauwohnung am Hafenrand mit monatlich 298,77 DM Miete und mit Ofenheizung. Zum monatlichen Einkommen erhalten sie zweimal im Jahr vom Sozialamt eine Beihilfe für Bekleidung, Hausrat und Renovierung von ca. 1100 DM, und eine jährliche Feuerungsbeihilfe von 790 DM.

1984 waren sie zuletzt in der Türkei. Von den dort lebenden Verwandten, insbesondere von den kranken Eltern Musas, wird erwartet, daß noch regelmäßig Geld in die Heimat geschickt wird. Vom Arbeitsamt hat Musa bis heute noch kein Arbeitsangebot erhalten, lediglich ein vierwöchiger „Motivationskurs“ wurde 1988 — ohne Zahlung von dem höheren Unterhaltsgeld — be-

schule mit dem Abschluß der neunten Klasse. Im Herbst des gleichen Jahres wird sie mit dem sieben Jahre älteren Mustafa, der in der Türkei als Kfz-Mechaniker arbeitete, verheiratet. Doch der Ehemann konnte nicht gleich mit in die BRD kommen. Beide mußten erst offiziell ein Jahr verheiratet sein, eine ausreichend große Wohnung in Hamburg haben und Frau Aksoy mußte ein Einkommen haben, mit dem sie auch beide hätte ernähren können (so die Zuzugsregelungen des Ausländergesetzes).

Diese stellte so dann auch fest, daß Frau Aksoy mit dem Lohn als Kassiererin bei der Fa. Aldi ein Einkommen habe, mit dem sie sich noch nicht einmal selbst ernähren hätte können. Mitte 1982 findet sie endlich eine Arbeitsstelle als Küchenhilfe in den Alsterdorfer Anstalten (Krankenhaus), wo sie auch noch heute arbeitet. Jetzt endlich reicht das Einkommen — auf dem Papier — für beide.

Zusätzlich hatte der Ehemann auf einem Schiff unter „deutscher“ Flagge angeheuert. Frau Aksoy erhält von der Ausländerbehörde die Aufenthaltsberechtigung, dem Ehemann wird die

Aufenthaltserlaubnis laufend immer nur für ein Jahr verlängert.

Rasch nacheinander, 1983, 1985 und 1986 bekommt Remziye drei Kinder, die bei dem Ehemann und im Kindergarten aufwachsen müssen, da der „deutsche“ Arbeitsmarkt angeblich für Herrn Aksoy als verschlossen gilt. Für die Arbeitsstellen, die er vorweist, erteilt ihm das Arbeitsamt keine Arbeitserlaubnis, weil „Deutsche und Ausländer aus den EG-Staaten vorrangig zu vermitteln seien.“

Remziye muß trotz der Belastungen immer wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Im Frühjahr 1985 überprüft die Hamburger Ausländerbehörde aufgrund eines anonymen Hinweises, daß „Türken, die angeblich auf deutschen Schiffen gearbeitet haben, sich die Aufenthaltserlaubnis erkaufen haben sollen“, auch die des Ehemannes.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Mustafa. Erst nach eineinhalb Jahren wird die Anklage fallengelassen. Mustafa erhält eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis um vier weitere Jahre. Trotz des Schichtdienstes verdient Frau Aksoy nur zwischen 1 800 und 2 200 DM netto (incl. Kindergeld in Höhe von 370 DM). Die Familie lebt in einer kleinen

städtischen 3-Zimmer-Wohnung mitten auf dem Kiez in Hamburg — ohne Spielgelegenheiten für die Kinder in der Nähe.

Erschwerend kommt dazu, daß im Haushalt noch zwei Brüder von Frau A. wohnen müssen (18 und 19 Jahre alt). Beide sind erst mit dem 15. bzw. 16. Lebensjahr in die BRD gekommen. Die Eltern von Frau A. kehrten in die Türkei zurück und übergaben ihr das Sorgerecht. Ursprünglich wollten beide eine Ausbildung in Hamburg absolvieren. Doch dazu müssen sie sich erst die notwendigen Sprachkenntnisse in verschiedenen Deutschkursen erwerben. Die Ausländerbehörde will für die beiden keine Aufenthaltserlaubnis erteilen, da sich beide ohne Eltern in Hamburg aufhalten.

Normalerweise dürfte ohne Aufenthaltserlaubnis auch keine Sozialhilfe gezahlt werden. Beherrzte Sachbearbeiter des Sozialamtes zahlen aber dennoch Gelder aus, da die Ausländerbehörde von dem Aufenthalt der beiden weiß und dieses duldet. Nur eine eigene Wohnung oder ein Zimmer können beide nicht anmieten, diese Kosten darf das Sozialamt angeblich nicht übernehmen. — (ena)

Sozialhilferecht für Ausländer

Nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSGH) ist Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 Grundgesetz sind und die sich im Bundesgebiet aufhalten, Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe), Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Tuberkulosehilfe und Hilfe zur Pflege zu gewähren (§ 120 Abs. 1 Satz 1 BSHG). Der subjektive Rechtsanspruch von Ausländern auf Hilfe zum Lebensunterhalt scheint damit geklärt und festgeschrieben. Nach dem Ausländergesetz (AuslG) kann jedoch ein Ausländer ausgewiesen werden, wenn er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltspflichtigen Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet (§ 10 Abs. 1 Nr. 10 AuslG). Aus den gleichen Gründen, aus denen eine Ausweisung erfolgen kann, kann auch eine beantragte Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt oder verlängert werden. Das Sozialhilferecht und das Ausländerrecht greifen eng ineinander, so daß selbst bei gleichen Ausländergruppen einzelne Ausländer ihre Sozialhilfeansprüche ohne ausländerrechtliche Folgen realisieren können, während dies bei anderen nicht möglich ist. Ausländer mit einer *Aufenthaltsberechtigung* können nur dann ausgewiesen werden, wenn „besonders schwerwiegende“ Gründe im Sinne des § 11 Abs. 1 AuslG vorliegen (z.B. Gefährdung der „freiheitlich-demokratischen

Grundordnung“, Verurteilung zu einer Straftat, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder der Sittlichkeit u.a.). Der Bezug von Sozialhilfe erfüllt keinen der genannten Strafbestände. Ausländern mit einer *unbefristeten Aufenthaltserlaubnis* kann ihr Status durch Ausweisung nach § 19 AuslG oder durch eine nachträgliche Befristung nach § 7 Abs. 1 AuslG entzogen werden. Bei der Frage nach eventuellen ausländerrechtlichen Folgen beim Sozialhilfebezug ist bei Ausländern mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu den Vertragsstaaten des europäischen Fürsorgeabkommens (EFA — Unterzeichner sind alle EG-Staaten sowie die Türkei) zu unterscheiden. Deren Vertragsstaaten haben sich gegenseitig verpflichtet, Staats-



Polizeiaktion in der Ausländerbehörde

angehörige der anderen Vertragsstaaten, die sich erlaubt aufhalten und nicht über ausreichende Mittel verfügen, in fürsorgerechter Hinsicht in gleicher Weise wie die eigenen Staatsangehörigen zu behandeln. Die Regelungen des EFA gehen hierbei den aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Ausländergesetzes vor. Für Ausländer mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, die nicht aus einem der Vertragsstaaten der EFA kommen (z.B. Marokko, Jugoslawien), bestimmen sich aufenthaltsrechtliche Maßnahmen alleine durch das Ausländergesetz. Danach *kann* die unbefristete Aufenthaltserlaubnis nachträglich befristet werden, „wenn dies zur Wahrung öffentlicher Interessen geboten scheint.“ Beziehen Ausländer mit einer *befristeten Aufenthaltserlaubnis* Sozialhilfe, so ist zunächst ebenfalls nach der Zugehörigkeit/Nichtzugehörigkeit zu den Vertragsstaaten des EFA zu unterscheiden. Ausländer mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis aus den Vertragsstaaten des EFA sind bei Sozialhilfebezug während der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Regelungen des EFA geschützt. Für Ausländer mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis, die nicht aus den Vertragsstaaten des EFA kommen, besteht bei Bezug von Sozialhilfe sowohl die Gefahr der Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis als auch das zusätzliche Risiko der vorzeitigen Beendigung der Aufenthaltserlaubnis, d.h. der sofortigen Abschiebung.

Quellenhinweis: Info zum Arbeitslosen- und Sozialrecht 3/86, FHS Ff/M.)

Siemens: IGM kündigt Arbeitsbewertung

Karlsruhe. Die Konzernvereinbarung über Eingruppierung und Entlohnung ist von der IG Metall für die Siemens-Werke Karlsruhe, Bruchsal und Heidenheim gekündigt worden. Grund unter anderem: Der im Lohnrahmentarif Nordwürttemberg/Nordbaden als belastendes Merkmal anerkannte Faktor „Monotonie“ wird bei der SAB zur Herabstufung benutzt („mindere Belastung“). Und: erhöhte Arbeitswerte (um Stellen hinter dem Komma) führen bei der SAB nicht wie im Tarifvertrag vorgesehen zu Höhereinstufungen. — (map)

Sennheiser Electronic: Manteltarif erstritten

Burgdorf. Bei Sennheiser wird ab 1.7.89 für die 1250 Mitarbeiter der Mantel- und Lohnstarifvertrag für Metallberufe eingeführt. Vorausgegangen waren jahrelange Kämpfe um die Anerkennung der Tarife, die Sennheiser immer verweigert hatte. Hauptsächlich Frauen aus ländlichem Gebiet sind bei Sennheiser im Akkord beschäftigt, die unterste Lohngruppe des Haustarifs lag noch unter Lohngruppe I des

Ein unzureichendes Angebot machten die Einzelhandelskapitalisten in den Manteltarifverhandlungen für den Einzelhandel NRW am 2.5. Sie verweigern nach wie vor die Tarifierung des Arbeitsendes um 19.30 Uhr und die geforderten Schutzregelungen für Teilzeitarbeiter. Der Manteltarif soll für vier Jahre festgeschrieben werden. Dafür bieten sie eine 37-Stunden-Woche mit offenem Termin an. Erste Warnstreiks führten die Beschäftigten am 27.4. in Kaufhäusern in Dortmund (Bild), Herford, Gummersbach, Neuss und Burscheid durch. — (anl)



Manteltarifvertrags. Seit 1987 wurde der IG Metall-Organisationsgrad von 10% auf jetzt 25% erhöht, der Druck auf den Firmenbesitzer wuchs. „Von allein wäre ich nicht an den Verhandlungstisch gegangen“, ließ Sennheiser, bis dato nicht im Arbeitgeberverband, ein lokales Nachrichtenblatt wissen. Jetzt sollen 500 der Frauen in Lohngruppe I eingruppiert werden, der Betriebsrat will dagegen eine höhere Eingruppierung durchsetzen, da die Anforderungen an die Fingerfertigkeit und Qualifikation der Frauen weit über dem liegen, was für LG I vorausgesetzt wird. — (abc)

Faschisten verbieten — Kommunalwahlrecht!

Essen. In einem Antrag für den Gewerkschaftstag fordern die IG Metall-Vertrauensleute von Krupp Widia die umgehende Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Ausländer und Auflösung und Verbot faschistischer Organisationen: „Wir wissen ... daß es Faschisten in erster Linie um die Zerschlagung der Arbeiterbewegung ging ... Wir erleben es als Zumutung, wenn faschistische Parteien zu Wahlen kandidieren ... Und dies alles, obwohl Art. 139 Grundgesetz faschistische Kräfte bewußt vom politischen Leben der Bundesrepublik ausschließt und ihr Verbot verlangt.“ — (wof)

Tarifverträge für Kitas gefordert

Westberlin. GEW und ÖTV fordern einen Zusatztarifvertrag, der die Arbeitsbedingungen für Erzieher festschreibt, und durch den die Gruppengröße in Liegekippen auf sechs, in Laufkippen auf acht und im Kindergarten und Hort auf zwölf Kinder begrenzt wird.

Gleichzeitig wird die Entlohnung kritisiert, die bei Erzieherinnen nach der fünfjährigen Ausbildung bei 1300 DM brutto liegt.

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von GEW und ÖTV mit ca. 800 Teilnehmern signalisierte Senatorin Klein Entgegenkommen, legte sich aber nicht fest.

Bereits der CDU/FDP-Senat hatte Verhandlungen über den Tarifvertrag für März zu-

gesagt. Von Innensenator Pätzold, der trotz Einladung auf der Veranstaltung nicht erschienen war, wollen die Gewerkschaften notfalls mit Warnstreiks erzwingen, daß verhandelt wird. — (chk)

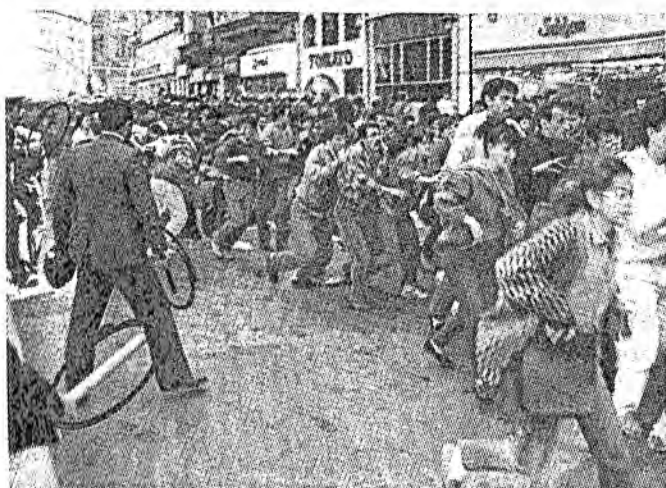
Aktion der Zeitungsträger

München. Am 1. Mai machten die gewerkschaftlich organisierten Zeitungsträger auf die geringe Bezahlung, ständige Nacharbeit, schwerste körperliche Belastung und auf die tariflosen Zustände bei der Bayerischen Zeitungsvertriebsgesellschaft (BZG) aufmerksam. Der Süddeutsche Verlag und der Münchner Zeitungsverlag sind die Kapitaleigner. Sie haben die Vertriebsgesellschaft ausgliedert, um die Risiken ganz nach unten auf die Träger abzuwälzen und sich ein Billiglohnparadies zu erhalten. 10 Pfennig pro Zeitung und 13,7 Pfennig für die schwere Wochenendausgabe beträgt die niedrige Entlohnung. — (dil)

Daimler-Benz Betriebsräte solidarisch

Stuttgart. Folgendes Telegramm schickten Betriebsräte von Daimler-Benz an die streikenden brasilianischen Metaller:

„Wir haben erfahren, daß ihr seit 18.4.1989 im Streik für 84 Prozent Inflationsausgleich und 15 Prozent effektive Lohnerhöhung seid. Angesichts des katastrophalen Kaufkraftverlustes eurer Löhne sind das berechnete, ja notwendige Forderungen.“ — (ros)



In der Türkei folgten am 1. Mai Tausende von Menschen den Aufrufen linker und kurdischer Organisationen, sich an diesem Tag an Demonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen. Die Aufrufe wurden von Gewerkschaftern unterstützt. In Istanbul fanden vier Demonstrationen statt. Die Polizei schoß in die Menge, tötete einen Teilnehmer und verletzte fünfzig. Sie nahm etwa 800 Menschen fest. Aktionen fanden auch in Izmir, Ankara und in weiteren Städten statt. In Izmir wurden 400 Menschen festgenommen. Einer der Stellvertreter des Regierungschefs Özal, Bozer, erklärte: „Wir haben nur die Gesetze, die den 1. Mai verbieten, angewendet.“ Das Vorgehen der Polizei wurde von Gewerkschaftern und der Opposition kritisiert. — (anl)

Sonntagsarbeit

„Modell Uniroyal“ soll Verbot aushöhlen

Hannover. Bei seiner 100%igen Tochter Uniroyal in Aachen will der Continental-Konzern ab 1.1.1990 rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche produzieren. Der Konzern (Konzernumsatz 1988 7,9 Milliarden DM bei 45000 Arbeitskräften, davon 22000 in der BRD) hat bereits eine Reihe von profitträchtigen Jahren hinter sich und bereitet sich jetzt darauf vor, die Marktführerschaft in Europa gegen den französischen Michelin-Konzern zu erkämpfen. Dafür sollen jetzt in Aachen 400 Arbeiter auch am Wochenende in die Produktionsschichten geschmissen werden. Uniroyal erpreßt mit dem Standort.

Die unten dokumentierte Betriebsvereinbarung (Quelle: gewerkschaftliche Umschau 2/89) haben Geschäftsleitung und Betriebsrat bei Uniroyal mit Unterstützung und Zustimmung der jeweiligen Tarifvertragsparteien ausgehandelt. Der Konzern hat beim NRW-Landesarbeitsministerium jetzt eine Ausnahmegenehmigung beantragt, die Heinemann (SPD) hoffentlich nicht erteilt. Ein Antrag des Bayer-Konzerns, der vor drei Jahren ein ähnliches Modell in NRW durchsetzen wollte, dafür aber nicht die Zustimmung von IG Chemie und Betriebsrat erhalten hatte, ist abgelehnt worden.

Der im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie für Tariffragen zuständige Horst Mettke glaubt, mit dieser Betriebsvereinbarung „eine gute tarifvertragliche Voraussetzung für diese Art von Arbeitszeit gefunden zu haben.“ Es ist also offensichtlich mehr als eine „Einzelfallregelung“, sondern die Aushebelung des geltenden Manteltarifvertrages (MTV), die Vorbereitung eines „Tarifvertrags über Wochenendarbeit o.ä. Allemaal billigt Mettke im Namen der IG Chemie mit dem „Modell Uniroyal“ die Aushöhlung des bestehenden gesetzlichen Verbots der Sonntagsarbeit (Gewerbeordnung § 105), denn die rein betriebswirtschaftlichen Gründe von Continental/Uniroyal finden keinerlei Ansatzpunkte in den geltenden Ausnahmeregelungen. Jetzt fordert Mettke sogar direkt die Ausweitung des Kreises der Ausnahmeregelungen in der Gewerbeordnung, was bereits auf nicht unerheblichen Widerstand innerhalb der IG Chemie gestoßen ist. Denn die Beschlüßlage des IG Chemie-Gewerkschaftstages 1988 verpflichtet Mettke eigentlich zu entgegengesetzter (Tarif-)Politik.

Selbst bei Betrachtung des rein materiellen Gehalts dieser ausgehandelten Vereinbarung sind die „Pferdefüße“ unübersehbar. Was als „32 Stunden Arbeit bei Bezahlung von 39 Stunden“ öffentlichkeitswirksam daherkommt, entpuppt sich als Aushebelung des MTV der chemischen Industrie: sonntags nur 15% anstatt 60%, an besonderen Feiertagen nur 50% anstatt 150% Zuschläge, kein Anspruch auf weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzung, keine Bezahlung von Überstundenprozenten bis zur 39. Stunde und einiges mehr. — (mio)

Betriebsvereinbarung Uniroyal zur Wochenendarbeit

1. Regelmäßige Arbeitszeit

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 32 Stunden. Die Mitarbeiter arbeiten abwechselnd wie folgt (Wochenendarbeit):

a) Samstag, 6.00 — 18.00 Uhr, 12 Std.

Sonntag, 6.00 — 18.00 Uhr, 12 Std.

1 Schicht an den Tagen von Montag — Freitag, 8 Std.

b) Samstag, 18.00 — 6.00 Sonntag, 12 Std.

Sonntag, 18.00 — 6.00 Montag, 12 Std.

1 Schicht an den Tagen von Montag — Freitag, 8 Std.

Die Arbeitszeiten können im Einvernehmen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat verändert werden.

Sonntage und Feiertage gelten als Arbeitstage im Rahmen der vorgenannten Arbeitszeit.

Die Mitarbeiter erhalten zusätzlich zur Bezahlung ihrer 32-stündigen wöchentlichen Anwesenheits- und Arbeitszeit im Hinblick auf die tariflich festgelegte regelmäßige Arbeitszeit eine Lohnausgleichszahlung von 7 Stunden je Woche. Bei künftigen tariflichen Arbeitszeitverkürzungen für die chemische Industrie wird diese Lohnausgleichszahlung jeweils entsprechend reduziert.

2. Mehrarbeit

Mehrarbeit ist die über die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit (nach MTV z. Zt. 40 Std./Woche, ab 1.7.1989 39 Std./Woche), ausschließlich der Pausen, soweit sie angeordnet waren. Arbeitet ein Mitarbeiter mehr als 32 Stunden, aber nicht mehr als die im MTV festgelegte tarifliche Arbeitszeit, so wird diese Zeit ohne Zuschläge bezahlt.

3. Zuschläge für Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit

* Mehrarbeit

Zuschläge für Mehrarbeit (über 40 Std. bzw. ab 1.7.1989 39 Std./Woche) betragen 25%.

* Nachtzuschlag

Der Nachtzuschlag beträgt 15%.

* Feiertagszuschläge

Zuschläge für Feiertage . . . (an Sonntagen) betragen 15%.

Der Zuschlag für die Feiertage 1. Mai, Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr beträgt 50%.

* Sonntagszuschlag

Der Sonntagszuschlag beträgt 15%

* Schichtzulage

Die Schichtzulage beträgt 6% des Tarifentgeltes.

4. Urlaubsdauer

Der Urlaubsanspruch wird nach Stunden berechnet. Er beträgt für ein volles Kalenderjahr 6 Wochen á 32 Std. = 192 Stunden. Ein Anspruch auf Zusatzurlaub für vollkontinuierliche Arbeit entsteht nicht.

5. Urlaubsgeld

Das zusätzliche Urlaubsgeld beträgt für ein volles Kalenderjahr DM 990,-.

6. Vermögensbildung

Die Vermögensbildung beträgt DM 52,- pro Monat.

7. Jahresleistung

Die Jahresleistung beträgt, solange die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit bei 40 Std. liegt, 174 Tarifstundenlöhne und, wenn die Arbeitszeit bei 39 Stunden liegt, 169,5 Tarifstundenlöhne.

8. Freistellungen nach § 8 MTV

* bei seiner Eheschließung für den Tag der Eheschließung entweder standesamtlich oder kirchlich 1 Tag / 8 / 12 Stunden

* bei Teilnahme an der Hochzeit seiner Kinder, Stief- und Pflegekinder sowie der goldenen Hochzeit seiner Eltern oder Stiefeltern 1 Tag / 8 / 12 Stunden

* bei seiner silbernen Hochzeit 1 Tag / 8 Stunden

* bei schwerer Erkrankung von zur Hausgemeinschaft gehörenden Familienmitgliedern, sofern der Arzt bescheinigt, daß die Anwesenheit des Arbeitnehmers zur vorläufigen Sicherung der Pflege erforderlich ist, bis zu 1 Tag / 8 Stunden

* bei Tod seines Ehegatten 12 Stunden

* bei Tod seiner Eltern und Kinder sowie bei Tod seiner Stiefeltern, Schwiegereltern, Geschwister, Stiefkinder und Pflegekinder, falls sie mit ihm in einem gemeinsamen Haushalt lebten, 1 Tag / 8 Stunden

* bei der Teilnahme an der Beisetzung von Stiefeltern, Schwiegereltern, Geschwistern, Stiefkindern und Pflegekindern, die nicht mit ihm in einem gemeinsamen Haushalt lebten, 1 Tag / 8 Stunden

* bei Arbeitsjubiläen nach 25-, 40- und 50jähriger Betriebszugehörigkeit 1 Tag / 8 Stunden

* bei ärztlicher Behandlung, die nach ärztlicher Bescheinigung während der Arbeitszeit notwendig ist, für die als hierzu erforderliche, nachgewiesene Zeit

* bei Arbeitsversäumnissen aufgrund öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen mit Ausnahme der Wahrnehmung behördlicher Termine als Beschuldigter oder als Partei im Zivilprozeß für die tatsächlich zur Erfüllung der Angelegenheit benötigte Zeit, jedoch höchstens bis zur Dauer von 8 Stunden.



Mississippi Burning

Der Humanismus bleibt auf der Strecke

Einen Film, der zur Auseinandersetzung mit dem Rassismus in den Südstaaten der USA anregt, wollte Alan Parker mit „Mississippi Burning“ drehen. Herausgekommen ist ein Streifen, in dem die eigentlichen Täter ungeschoren bleiben, die Opfer zu Objekten des Mitleids degradiert werden und zu allem Überflus auch noch der Humanismus verächtlich gemacht wird.

Parkers Geschichte, die auf einer wahren Begebenheit beruht, spielt im Jahr 1964 in einer Kleinstadt im Bundesstaat Mississippi, einem jener Staaten des „Tiefen Südens“, in dem der Rassismus bis heute tief verwurzelt ist. Der Ku-Klux-Klan läßt drei Bürgerrechtler ermorden, zwei Weiße und einen Schwarzen. Zwei FBI-Agenten werden von den Bundesbehörden beauftragt, den Fall aufzuklären. Schnell wird klar, daß die örtlichen Polizeibehörden in der Sache mit drinstecken. Dem Polizeichef und seinem Hilfssheriff, auf die sich der Verdacht der FBI-Agenten konzentriert, eine Beteiligung an dem Verbrechen nachzuweisen, scheint jedoch ausweglos. Bei den Weißen stoßen sie auf eine Mauer des Schweigens. Und um die Schwarzen am Reden zu hindern, verbreitet der „Klan“ Angst und Schrecken: Hütten werden angezündet, Frauen

und Kinder brutal zusammen geschlagen, Männer aufgehängt.

Parkers Rassisten sind durch die Bank verkiffene, beschränkte Hinterwäldler, arme Leute zumeist auch noch. Sein Bild dieser Gesellschaft legt den falschen Schluß nahe, die Wurzeln des Rassismus lägen — wo nicht in purer Dummheit begründet — im Sozialneid der armen Weißen. Die eigentlichen Akteure und Profiteure des Rassismus kommen im Film nicht vor: Großgrundbesitzer, für die die Rechtlosigkeit der schwarzen Landarbeiter Produktionsbedingung ist. Und die Betroffenen? Der Regisseur zeichnet sie fast durchweg als hilflose Opfer, als Unmündige — Objekte des Mitleids. Den Tatsachen entspricht auch dies nicht. Gerade in den sechziger Jahren begannen die Schwarzen sich verstärkt gegen die Ras sendiskriminierung zur Wehr zu setzen. Der von den Reaktionen in diesen Jahren entfesselte Terror richtete sich ja gegen eine an Stärke gewinnende Emanzipationsbewegung der Schwarzen.

Es kommt noch schlimmer. Den Leiter der Ermittlungen stellt Parker als fortschrittlichen jungen Intellektuellen mit humanistischen Idealen dar. Er pocht darauf, daß sich die Ermittlungen im Rahmen der Legalität bewegen, man

dürfe sich vor allem nicht der gleichen Mittel bedienen wie die Rassisten. Sein Stellvertreter dagegen, selbst aus dem Süden stammend, verkörpert den illusionslosen Pragmatiker, der meint, daß Humanität hier nicht weiterführt. Das Blatt wendet sich erst, als er sich gegen seinen Vorgesetz-

ten durchsetzt und zu sattsam bekannten Polizeibrutalitäten greift. Der FBI-Mann läßt den Bürgermeister (der Bescheid weiß) entführen und mit Kastration bedrohen. Verdächtige werden bedroht und weidlich durchgeprügelt — und siehe da, ruckzuck ist der Fall gelöst. — (jüg)

Rain Man

Faszinierender Film zum Thema Autismus

„Rain Man“ ist ein handwerklich ausgezeichnet gemachter Film mit hervorragenden schauspielerischen Leistungen. Das Thema Autismus, so ein Kommentar im Deutschen Ärzteblatt, erfährt durch diesen Film eine breite Aufmerksamkeit: „Hier wird in zirka zwei Stunden alles vorgeführt, was ein Autist, der nicht geistig behindert ist, an psychischen Symptomen und eigenartigen Verhaltensweisen darbieten kann . . .“

Rain Man ist in der Lage, zwei vierstellige Zahlen innerhalb weniger Sekunden richtig zu multiplizieren; er lernt in kurzer Zeit Namen und Nummern des Telefonbuches von A bis G auswendig; bei einem Glücksspiel in Las Vegas kann er sich zahlreiche Karten so gut merken, daß sein Bruder ständig gewinnt und die Bank sprengt.

In der Realität allerdings würde man mit einem autistischen Menschen die zahlreichen Abenteuer des Films nicht bestehen können. Bei der Irrfahrt von dem Heim, aus dem der Bruder den Autisten entführt, um an die die-

sem von dem verstorbenen Vater vererbten drei Millionen Dollar zu kommen, würde jeder Autist nach kurzer Zeit die Gefolgschaft verweigern haben.

Der habgierige und verständnislose jüngere Bruder verwandelt sich zu einem liebenden Freund, der seinen Bruder am liebsten für immer bei sich behalten würde. Den behandelnden Psychiater stellt der Film negativ als rein juristische Instanz dar. Die brüderliche Verbundenheit wird zu einem Widerspruch mit der ärztlichen Betreuung aufgebaut: Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten von Autismus kommen nicht zur Sprache. — (mal)



For Queen and Country

Keine Lorbeeren für Dienst in der Armee

Freiwillig hat der farbige Soldat Ruben in der Armee seinen Kopf für Krone und britischen Staat gegen Nordirland und im Falklandkrieg hingehalten. Voller Hoffnungen zurückgekehrt, begegnen ihm in seinem alten Wohngebiet

wieder Arbeitslosigkeit, Rauschgift, Kriminalität und vor allem Rassismus. Weiße Blockwirts mit Polizeiaufgaben durchkämmen die Wohnblocks, kontrollieren besonders Farbige. Der erhoffte soziale Aufstieg nach

seiner Rückkehr ins Zivilleben wird ihm nicht beschert. Er findet keinen Arbeitsplatz, trotz voriger Versprechungen durch Armeevertreter. Den regierungsamtlichen Rassismus erlebt er hautnah, als ihm überraschend der britische Paß entzogen wird, da das Land, das er als Kind verlassen hat, nicht mehr britische Kolonie ist. Während er in der Armee diente, wurde ein entsprechendes Gesetz erlassen. Daß er damit Ausländer ist, erfährt er erst nach seiner Rückkehr ins Zivilleben. Rubens farbige Freunde werfen ihm

seinen Einsatz in der britischen Armee vor. Er verteidigt seine Entscheidung, weil dies für ihn immer noch den Ausbruch aus Untätigkeit, Rauschgift und Kriminalität bedeutet. Als sich die Bewohner des Wohngebiets schließlich mit selbstgebastelten Waffen gegen den Polizeiterror wehren, weigert er sich, diesen Schritt mitzugehen. Der Film ergreift keine Partei, er beschränkt sich auf Schilderungen. Damit entsteht am Schluß der Eindruck von Hilfslosigkeit gegenüber diesen Gesellschaftszuständen. — (ccs)

Ein himmlischer Teufel

Ein armer Teufel auf der Erde

In einem feinen Lokal, zu dem nicht jeder Zutritt hat, bemüht sich eine ausgewählte Tafelrunde, einen jungen Teufel, der aus der Hölle entwischt ist, über die irdische Liebe aufzuklären. Verschiedene dicke Kirchengreise reden um den Brei herum. Ein beschränktes Elternpaar, von Stolz geschwellt auf ihren Sohn, der Priester geworden ist, kann dem Teufel die Sache auch nicht richtig erklären. Der Priester, der ihn aus der Frau ausgetrieben hat, die von ihm besessen war, hält sich raus und betrinkt sich. Also geht der Teufel, der zwar voller Unfug steckt, wohl neugierig, sonst aber völlig unschuldig ist, in die Falle. Die Hölle gewinnt ihn durch die Liebesnacht mit einer schönen Verführerin wieder. Er muß zurück.

Mit viel Liebe stellt der Regisseur und Teufelsdarsteller Roberto Benigni die Heuchelei der Kirchenmänner dar, die brüderliche Aufdringlichkeit, mit der sie sich in die Angelegenheiten des Priesters, der den Teufel befreit hat, einmischen, ihr Entsetzen, als der Teufel ihre Messe als Show entlarvt. Der Teufel geht den Priester, der mit einem schweren Kater im Bett liegt, vertreten und animiert die Leute, Modenschau zu spielen. Walter Matthau spielt den etwas laxen Exorzisten, der dem Teufel schließ-

lich so etwas wie freundschaftliche Gefühle entgegenbringt, weil er den richtigen Eindruck hat, daß dieser sich als einziger wie ein normaler Mensch verhält.

Dazwischen gibt es schöne komödiantische Einlagen. Der Teufel, der nichts besitzt, bringt im Zug einen reichen Mann unter Ausnutzung von dessen Angeberei um seine Armbanduhr, seine Jacke und seine Fahrkarte und schwärzt ihn beim Schaffner an, lauter Aktionen, die das Publikum erfreut billigt. Er äfft die Leute nach und stiftet überall Verwirrung. Er plappert Sätze nach, die er aufgeschnappt hat, wendet sie in unpassenden Situationen an, erzielt unverhofft die gewünschte Wirkung und schlägt sich so durchs Leben. Schade, schon zu Ende, denkt man nach fast zwei Stunden. — (anl)



Zur Diskussion gestellt

Software und Bildschirmarbeit

Die folgenden Stichpunkte sind eine verkürzte Fassung eines Aufsatzes in „Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe“, 8/89, S. 8.

1. Unter dem Stichwort „optimale Benutzerführung“ werden Programme so ausgestaltet, daß möglichst jeder ohne Vorkenntnisse, ohne Ausbildung, ohne Handbücher mit der Arbeit anfangen können soll. Durch „Menüs“ wird der Arbeitsprozeß in Einzelteile zerlegt — und zwar in Einzelteile, die nicht der bewußten Beherrschung der Arbeit dienen, sondern schnelle und billige Programmentwicklung erlauben und den Benutzer terrorisieren. Diese Programmarchitektur (Beispiel: MS-Word oder Atari-Signum) erleichtert *nicht* die Arbeit, ist von Leuten programmiert, die in ihrem Leben noch nie 173 Stunden im Monat getippt haben und entspringt den Interessen der Computerkonzerne an schneller Marktüberflutung. Vielleicht ein Spielzeug für den Akademiker, bestimmt eine Zumutung für Leute, die mit solchen Programmen hart arbeiten müssen. Leitlinie der Programmentwicklung muß die Beherrschung des Arbeitsmittels durch den Benutzer sein und nicht umgekehrt.

2. Die Arbeit am Computer führt zu einer Belastung des Zentralnervensystems, die in erster Linie durch die Programmarchitektur bestimmt ist. Pro Zeiteinheit muß eine bestimmte Informationsmenge vom Menschen aufgefaßt und verarbeitet werden *und* der Mensch muß reagieren. Qualitativ hängt die Belastung von der Informationsmenge, dem Zeittakt und der Komplexität der Denkprozesse zur Beantwortung der Programmanfrage ab. Eine quantitative Messung ist äußerst schwierig, weil fast jeder Forschungsansatz in diese Richtung unterdrückt wird. Die Auswirkungen sind jedoch bekannt: Pulsschlag und Ausschüttung von Stresshormonen steigen — wahrscheinlich exponentiell mit der ohne Pause andauernden Arbeitszeit. Die starke Belastung des zentralen Nervensystems kann zu einer partiellen Blockade von Gehirnfunktionen führen. Vergesslichkeit, Nervosität, partielle Aphasie (d.h. das Unvermögen die Gedanken auszusprechen) etc. sind solche Auswirkungen. Ein weiterer Effekt besteht darin, daß noch lange nach Arbeitsende die Beschäftigung mit den Arbeitsinhalten andauert (bis hin zu Träumen über die Probleme mit der Programmbedienung). Hier müßten quantitative Meßgrößen erforscht werden, die eine Grundlage für gewerkschaftliche Forderungen an Softwareprodukte bilden können. Während bei den Industriearbeitern die Akkordarbeit um- und bekämpft wird, werden bei der Arbeit an Computern die ständigen Steigerungen des Akkordes oft entweder nicht zur Kenntnis genommen oder noch für gut gehalten.

3. Die völlige Ignoranz der Softwareentwicklung gegenüber diesen Faktoren führt im Verein mit einer die öffentliche Meinung beherrschenden Hochglanzwerbung von Computerkonzernen zu einer Durchsetzung von Programmen, die die nützliche Arbeit behindern und zu gesundheitlichen Schädigungen beim Dauereinsatz führen. Allgemein gilt z.B. die „Maus“ als modern, effizient, „benutzerfreundlich“. Tatsächlich erfordert das Arbeiten mit der „Maus“ ein höheres Maß an entwickelter Feinmotorik als die Bedienung einer Tastatur. Ältere und motorisch geschädigte Menschen werden extrem diskriminiert, aber auch insgesamt verstärkt das Arbeiten mit der „Maus“ die nervliche Belastung, ähnlich wie bei hochauflösender Graphik, „Fenstertechnik“ und Farbbildschirmen. Solche Techniken erhöhen die Informationstransferate pro Zeiteinheit zum Zentralnervensystem und bringen von daher die Gefahr einer zunächst nicht bewußt wahrgenommenen steigenden Arbeitsbelastung.

4. Schließlich verlangen solche Techniken schnellere Zentraleinheiten, mehr Speicher, eine Festplatte und bewirken eine völlig unnötige Verteuerung der Hard- und Software. Bil-

liger werdende Computer werden gewaltsam vom Markt verdrängt. Es gibt starke Hinweise darauf, daß dies in erster Linie dazu dient, den Kapitalumschlag der Computerkonzerne hoch zu halten, statt gesellschaftlich unnötige und schädliche Entwicklungen zu stoppen. Wer Textverarbeitung machen will, braucht heutzutage nicht mehr als 1500.- DM auszugeben — und die Preise können und müßten noch fallen. Stattdessen wird den Menschen eingeredet, daß nicht mithalten könne, wer ohne Festplatte (Minimum 40 MB), 2 Megabyte Speicher und eine Zentraleinheit mit einem Takt von mindestens 20 Megahertz und den krönenden Laserdrucker sei. Zielgruppe dieser Wahnideen sind gutsituierte Akademiker, die ihre Anschaffungen zu etwa 50% über die Steuererleichterungen bezahlt bekommen. — (tob)

Ausländergesetz

Neues aus der liberalen Ecke

Die nach einer Koalitionsabsprache Ende Februar beauftragte Kommission mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU, Johannes Gerster, als Vorsitzenden, Burkhard Hirsch von der FDP und Herrmann Fellner von der CSU hat am 14. April gemeinsame „Eckwerte“ für ein neues Ausländergesetz vorgelegt. Der innenpolitische Sprecher der SPD, Wilfried Penner, bewertete die Vorschläge der Koalitionskommission als „positiv“ und der SPD-Vorsitzende Vogel sah sich ermuntert, in Erwiderung auf die Regierungserklärung Kohls nach der Kabinettsumbildung der Bundesregierung die Zusammenarbeit der SPD auf dem Gebiet der Ausländer-, Aussiedler- und Asylpolitik anzubieten. In der Öffentlichkeit wurde gezielt der Eindruck erweckt, auf der Grundlage der Gesprächsergebnisse seien in dem neuen Ausländergesetz Lockerungen in der Rechtsstellung der ausländischen Lohnabhängigen in der BRD zu erwarten. Durch weitgehende Kompromißbereitschaft auch bei der CSU hätten sich die Freidemokraten und die liberalen Kräfte in der Union durchgesetzt.

Das scheinbare Abrücken von der stramm nationalistisch und rassistisch geprägten Linie Zimmermanns zugunsten liberaler Positionen ist nicht unbedingt eine Reaktion auf den Widerstand gegen die ausländerfeindliche Politik und ist auf keinen Fall durch eine Abgrenzung gegenüber faschistischen Parteien motiviert, denn eine Verbesserung der rechtlosen Lage der ausländischen Arbeiter beinhalten die Gesprächsergebnisse nicht. Vielmehr soll auf internationaler Ebene der Anschein liberaler Minderheitenpolitik vermittelt werden, um andere EG-Staaten für die reaktionäre Politik der BRD gegenüber den osteuropäischen Staaten für Minderheitenrechte sogenannter deutscher „Volksgruppen“ und zur Wahrung ihrer „kulturellen Identität“ zu gewinnen.

Diese Position steht in der Tradition liberaler Ausländerpolitik. Der DVP-Politiker (Vorläuferorganisation der FDP) und Reichsaußenminister in der Weimarer Republik Gustav Stresemann verfaßte 1925 eine Denkschrift zur „außenpolitischen Notwendigkeit einer den Bedürfnissen der deutschen Minderheiten in Europa entsprechenden Regelung des Minderheitenrechts innerhalb des Reiches“. Darin fordert er, die „Weltmeinung an dem Schicksal unterdrückter deutscher Minderheiten so stark zu interessieren, daß die Mehrheitsvölker sich durch internationalen Druck zur Gewährung der lebensnotwendigen kulturellen Freiheiten gezwungen sehen“. Eine internationale „Anerkennung des Bestehens eines Naturrechts ... auf kulturelle Selbstverwaltung ... für die deutschen Minderheiten in Europa“ setze jedoch die „Gewährung kultureller Freiheiten an seine eigenen fremdnationalen Minderheiten“ voraus. Es sei „offenbar, um wieviel geringer ... die Hemmungen einer Revision der Friedensdikate sein werden, wenn einmal die öffentliche Meinung der Welt und die bei einem Anschluß einbe-

griffenen Angehörigen einer fremden Minorität sich davon überzeugt haben, daß jeder nationalen Minderheit innerhalb der Reichsgrenzen die vollste kulturelle Freiheit verbürgt ist und auch tatsächlich gewährt wird.“

Während der Debatte um Kohls Regierungserklärung im April sprach Genscher angesichts der zunehmenden Widersprüche in den osteuropäischen Ländern von einer „historischen Chance“ für den „Aufbau neuer Friedensstrukturen“. Ab Mai will die Reaktion anlässlich des 40jährigen Bestehens des Grundgesetzes einen Propagandafeldzug in Gang setzen, bei der die Propagierung der in der Präambel formulierten revanchistischen Gebietsansprüche, gesamtdeutscher Kultur und Geschichte und die Stellung der Volksdeutschen in der Welt einen eindeutigen Schwerpunkt bilden. Kohl beabsichtigt im Oktober als Schirmherr eines Kongresses des revanchistisch faschistischen „Verbandes für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) unter dem Thema „Gibt es eine Zukunft für die Deutschen in Südost- und Osteuropa?“ zu fungieren.

Anscheinend verspricht sich die Reaktion von den liberalistischen Positionen in der Ausländerpolitik einen größeren politischen Handlungsspielraum bei ihrer revanchistischen Volksgruppenpolitik. Genau wie Stresemann betonten auch FDP-Politiker die Notwendigkeit „kultureller Freiheiten“ im Gegensatz zu Rechtsansprüchen für die Ausländer. Anfang Mai ließ sich Genscher bei einer Veranstaltung des Goethe-Instituts, dessen Aufgabe in der Pflege der deutschen Sprache und Kultur in aller Welt besteht und das „neue Aktivitäten in Richtung Osten“ entfalten will, zu grundsätzlichen Betrachtungen über die Freiheit der Kultur aus, wobei er besonders betonte, „daß unsere ausländischen Mitbürger die Gelegenheit erhalten (sollten), die Vielfalt und den Reichtum ihrer heimischen Kulturen auch bei uns zu entfalten“. Auch Rita Süssmuth plädierte auf einem Kolloquium des Europaparlaments für eine Ausländerpolitik in Europa, die ein „multikulturelles Zusammenleben“ ermögliche. Auch viele CDU-Politiker wie der Stuttgarter OB Rommel oder die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John sprachen sich in letzter Zeit öffentlich für eine „Europa der kulturellen Vielfalt“ aus.

Die Erleichterung der Einbürgerung, die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft, die Regelung des Familiennachzugs und ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehegatten, allen diesen Regelungen, die jetzt als liberale Errungenschaften und „drastische“ Verbesserungen verkauft werden, ist gemeinsam, daß sie nichts an den konkreten Lebensumständen der ausländischen Arbeiter in der BRD ändern und auch keine Rechtsansprüche formulieren. Sie vermitteln jedoch den Eindruck, als setze man sich für eine Gleichbehandlung innerhalb gewisser Grenzen ein, und darauf kommt es der Reaktion anscheinend gegenwärtig an.

Die in den Gesprächen vereinbarten Regelungen zementieren dagegen die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter. Mit der beabsichtigten Festschreibung des Anwerbestopps von 1973 im Gesetz selbst und der Feststellung, daß „die BRD kein Einwanderungsland ist“, wird grundsätzlich klargestellt, daß ein Ausländer keinen Anspruch auf einen Aufenthalt in der BRD hat, und daß dieser ausschließlich abhängig ist von den „Belangen“ der BRD, d.h. im wesentlichen vom Bedarf an seiner Arbeitskraft. Zugleich wird festgehalten, daß der Innenminister ermächtigt werden soll, über Verordnungen Ausnahmen für einen „beschränkten Zugang“ und mit „beschränkter Aufenthaltsverfestigung“ zuzulassen, was dem Rotationsmodell in Zimmermanns Entwurf gleichkommt.

Auch die Vereinbarungen zur Erleichterung der Einbürgerung, der Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft, wie auch zum Familiennachzug sind recht unverblümt bestimmt von dem Interesse, den westdeutschen Konzernen den Zugriff auf „junge, leistungsfähige Arbeitskräfte“ („Wirtschaftswoche“) zu sichern. Aus der folgenden Dokumentation aus den Koalitionsvereinbarungen wird dies mehr als deutlich. Auch die Voraussetzungen für die Aufenthaltsverfestigung sind verschärft. Für eine Aufenthaltsberechtigung müssen jetzt noch zu den bisher geltenden Bestimmungen 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung nachgewiesen werden. — (rac)

„Eckwerte“ für ein neues Ausländergesetz

**Auszüge aus dem Ergebnis der Gespräche zwischen
MdB Gerster (CDU) — Vorsitzender —, MdB Fellner
(CSU) und MdB Dr. Hirsch (FDP) vom 14.4.1989
(unter beratender Beteiligung von Vertretern des
Bundesministeriums des Innern und des Bundesmi-
nisteriums der Justiz)**

1. Die Neuregelung des Ausländerrechts soll in einem Gesetz erfolgen.

2. Der seit 1973 wirksame Anwerbestopp muß beibehalten und deshalb gesetzlich normiert werden: Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Für Ausnahmen: Verordnungsermächtigung (BMI mit Zustimmung des Bundesrates), die die Elemente des Anwerbestopps umfaßt (beschränkter Zugang, beschränkte Aufenthaltsverfestigung).

3. Die Einbürgerung soll erleichtert werden; jedoch: keine „automatische Einbürgerung“.

Ein Einbürgerungsanspruch ist zwar grundsätzlich abzulehnen, durch konkretere Tatbestandsmerkmale kann aber die Ermessensentscheidung bis auf „Null“ reduziert werden.

Für jugendliche Ausländer der zweiten und folgenden Generationen ist eine solche Einbürgerungsoption, die eine berechenbare Einbürgerungsaussicht gewährt, innerhalb enger zeitlicher Grenzen (Antragstellung vom 16. bis 21. Lebensjahr, ...) zu schaffen. Voraussetzungen: Vorheriger achtjähriger Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und soziale Integration. Insoweit gelten folgende Voraussetzungen:

- Schulzeit: sechs Jahre Schulausbildung im Bundesgebiet, davon mindestens vier Jahre in allgemeinbildenden Schulen ...
- Straffreiheit ...
- Gesicherter Lebensunterhalt: Soweit der Einbürgerungsbewerber seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften und Mitteln aufbringen kann, reichen aus
- Unterhalt von Familienangehörigen,
- Anspruch auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln, einschl. eines Anspruches auf Sozialhilfe, wenn der Einbürgerungsbewerber sich noch in der Ausbildung befindet oder wenn er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde außerstande ist, die erforderlichen Mittel für den Unterhalt selbst aufzubringen,
- Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

4. Eine Doppelstaatsangehörigkeit wird hingenommen, wenn der Ausländer aus objektiven Gründen seine bisherige Staatsangehörigkeit nicht bzw. nur unter schikanösen, besonders schwierigen Bedingungen aufgeben kann ...

5. Eine Wiederkehroption für Ausländer der zweiten Generation soll unter folgenden engen Voraussetzungen vorgesehen werden:

- der Ausländer muß sich vor seiner Ausreise mindestens acht Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten haben,
- der Ausländer muß davon einen mindestens sechsjährigen Schulaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland absolviert haben,
- die Option darf nicht vor dem 16. und muß bis zum 21. Lebensjahr sowie innerhalb von fünf Jahren seit der Ausreise ausgeübt werden und
- der Unterhalt des wiederkehrenden Jugendlichen muß durch eigene Arbeit oder durch die Übernahme einer Unterhaltsverpflichtung durch einen Dritten für die Dauer von fünf Jahren gesichert sein.

6. Ein Ehegattennachzug muß grundsätzlich möglich sein.

6.1 Die Möglichkeit des Nachzugs zu Ausländern der ersten Generation soll gegeben sein, wenn

- der Aufenthalt des im Bundesgebiet lebenden Ausländers rechtmäßig ist,
- der Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit oder eigenem Vermögen gesichert ist und

den Ehegatten eine ausreichende Wohnung zur Verfügung steht.

Für Neuzuwanderer der ersten Generation gilt außerdem:

- Anspruch auf Ehegattennachzug, wenn die Ehe im Zeitpunkt der Einreise des Ausländers bereits besteht und der Ausländer dies deklariert hat ...
- Ermessensentscheidung über den Ehegattennachzug, wenn der Ausländer im Zeitpunkt der Einreise nicht verheiratet ist oder seine Ehe nicht deklariert hat.

...

6.2 Die Möglichkeit des Nachzugs zu Ausländern der zweiten Generation (und der folgenden Generationen) soll gegeben sein, wenn

- beide Ehegatten volljährig sind,
- der Ausländer sich mindestens seit acht Jahren im Bundesgebiet aufhält,
- er ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt,
- der Lebensunterhalt der Familie aus eigener Erwerbstätigkeit oder sonstigen gesicherten, nicht aus öffentlichen Kassen stammenden Einkünften gesichert ist (Unterhaltsansprüche reichen nicht aus) und
- eine ausreichende Wohnung vorhanden ist.

6.3 Eigenes Aufenthaltsrecht des nachgezogenen Ehegatten

- nach vier Jahren ehelicher Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet,
- in Härtefällen nach drei Jahren ehelicher Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet,
- im Falle der Verwitwung ohne Mindestdauer der ehelichen Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet ...

7. Es soll ein möglichst früher Kindernachzug angestrebt werden:

Nachzug bis zum 16. Lebensjahr zu beiden Elternteilen, ... Es gelten auch für den Kindernachzug die beiden allgemeinen Voraussetzungen: gesicherter Lebensunterhalt, ausreichende Wohnung.

8. Die Verfestigung des Aufenthaltsstatus muß grundsätzlich vom Ablauf bestimmter Aufenthaltsfristen abhängig gemacht werden.

8.1 Voraussetzungen für eine *unbefristete Aufenthaltserlaubnis*:

- mindestens fünf Jahre rechtmäßiger Aufenthalt,
- Besitz der besonderen Arbeitserlaubnis — §2 der Arbeitserlaubnisverordnung — (für Selbständige muß eine entsprechende Regelung gefunden werden),
- der Ausländer muß sich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen können,
- ausreichender Wohnraum,
- die hier lebenden Kinder kommen der gesetzlichen Schulpflicht nach und
- Ausweisungsgründe liegen nicht vor.

8.2 Voraussetzungen für die *Aufenthaltsberechtigung*:

- acht Jahre rechtmäßiger Aufenthalt im Bundesgebiet,
- eigenständig gesicherte wirtschaftliche Existenz (bei Arbeitnehmern unbefristetes und ungekündigtes Arbeitsverhältnis),
- mindestens 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung („kleine Anwartschaft“) oder der Nachweis einer entsprechenden Lebensversicherung,
- keine Bestrafung wegen einer vorsätzlichen Straftat in den letzten drei Jahren; Strafen unter sechs Monaten und 180 Tagessätzen bleiben außer Betracht; ...

10. Bei Fällen von Schwerekriminalität (z.B. Rauschgift oder Waffendelikte, gewaltsamer Extremismus, „Privatkriege“, Bandenmitgliedschaft) ist grundsätzlich auszuweisen.

- „Ist-Ausweisung“ bei Verurteilung wegen einer Straftat zu mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe, bei mehreren Straftaten und/oder mehreren Verurteilungen zu insgesamt acht Jahren oder bei Verurteilung zu Sicherheitsverwahrung.

Für Ausländer mit erhöhtem Ausweisungsschutz (Aufenthaltsberechtigte etc.) keine „Ist-Ausweisung“, nur „Regel-Ausweisung“.

- „Regel-Ausweisung“ wegen erheblicher Kriminalität oder extremistischer Betätigung nur in Anknüpfung an Gesetzesverstöße ...

Interview mit PAC-Vertreter

„Die grundlegende Strategie der Befreiungsarmee ist der Volkskrieg“

Zu den elf Veranstaltungen mit Martin Roymond, Mitglied des Oberkommandos der azanischen Volksbefreiungsarmee APLA, kamen einige hundert Menschen. Trotz der geringen Aufmerksamkeit der Solidaritätsbewegung haben die sehr informativen Veranstaltungen dazu beigetragen, die Informationssperre zu durchbrechen, mit der Nachrichten gerade über den bewaffne-

ten Befreiungskampf in Azania unterdrückt werden. Mehrere tausend DM wurden zu seiner Unterstützung gesammelt (Kto.: Christiane Schneider, HASPA, BLZ 20050550, Kto-Nr.: 1318/470448). Der Hamburger Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania führte das folgende Interview.

Der PAC sagt, der bewaffnete Kampf im besetzten Azania ist die hauptsächliche Form des Kampfes. Kannst Du unseren Lesern das erläutern?

Der PAC sagt das, weil es viele andere Formen des Kampfes gibt, die in der Vergangenheit ausprobiert wurden, alle waren friedlich, und alle sind fehlgeschlagen. Daher griff der PAC zum bewaffneten Kampf als Lösung. Bewaffneter Kampf wird zur hauptsächlichen Form des Kampfes, weil er in vielen Ländern angewandt wurde und zu Ergebnissen geführt hat. Deshalb glauben wir im wissenschaftlichen Sinne, daß der bewaffnete Kampf auf keinen Fall scheitern wird, weil, er wurde angewandt, erprobt und hat sich als erfolgreich erwiesen in vielen Ländern, einschließlich Namibia. Das also ist gemeint, wenn wir den bewaffneten Kampf für die hauptsächliche Form des Kampfes halten. Jedoch erkennen wir an, daß es auch andere Formen des Kampfes gibt, etwa kann jemand, der an Gott glaubt, dafür beten, daß unsere Revolution Erfolg hat. Oder jemand, der an Wirtschaftssanktionen glaubt, kann für Wirtschaftssanktionen eintreten. Diejenigen, die an Streiks und

Boykottaktionen glauben, können diese Streiks und Boykotte organisieren. Aber alle diese Formen zusammengenommen bewirken nichts, was das Regime erschüttern würde. Wir meinen daher, daß der bewaffnete Kampf der Schlüssel sein wird, um das Regime zu erschüttern. Daher wird er zur hauptsächlichen Form des Kampfes.

In den vergangenen Jahren hat das rassistische Siedlerregime von Südafrika seinen Militärhaushalt erhöht und die Siedlergesellschaft militarisiert. Ist das vielleicht eine Reaktion auf den revolutionären Aufschwung im besetzten Azania?

Ja, da stimme ich Dir zu, daß das eine Folge des revolutionären Aufschwungs ist. Die Militarisierung der weißen Gesellschaft und der plötzliche Anstieg des Militärhaushalts des Regimes ist im Grunde eine defensive Maßnahme. Das Regime hat die Schwächen analysiert, mit denen es gegenwärtig hinsichtlich unseres bewaffneten Kampfes konfrontiert ist. Folglich beschloß das Regime, die Gesellschaft zu militarisieren. Sämtliche Gebiete, insbesondere auf dem Land, das heißt die weißen Farmen,

wurden in militärisches Gebiet verwandelt. Sie stehen jetzt unter der gemeinschaftlichen Verwaltung der Sicherheitskräfte. Sie werden so zu Pufferzonen, denn das Regime glaubt, daß die meisten Guerillaaktivitäten vom Norden ausgehen. Daher sind alle Gebiete, die an die Frontstaaten angrenzen, in terroristischer Art militarisiert. Die Erhöhung des Militärhaushalts wurde auch stark bestimmt durch den rassistischen Krieg in Namibia. Nach statistischen Angaben hat das Regime nicht weniger als eine Million Rands täglich ausgegeben, um den Krieg in Namibia zu führen. Im besetzten Azania selbst nehmen nicht nur die Guerillaaktivitäten des Pan African Congress (PAC) zu, sondern im gewissen Umfang bereiten auch die Aktionen des African Nationalist Congress (ANC) dem Regime ebensolches Kopferbrechen. Erst vor wenigen Monaten hat der Chef der Sicherheitspolizei, ein gewisser Bessie Smith, das gesamte Parlament zur Grenze nach Zimbabwe in der Transvaal-Provinz geführt, um dort vorzuführen, was er „Infiltrationspunkte des Pan African Congress“ nennt. Er sagte, diese Infiltrationswege, er nennt sie „Great



Das Massaker von Sharpeville und das darauf folgende Verbot der Befreiungsbewegungen PAC und ANC war ein Grund für den PAC, den bewaffneten Kampf zu beginnen.

Marico Corridor“, machten eine Erhöhung der Verteidigungskapazitäten des Regimes nötig. Er verlangte auch einen Ausbau der Militärstützpunkte in der nördlichen Transvaal-Provinz, besonders in den nordöstlichen Teilen, weil das Rassistenregime von dort her die größte Gefahr kommen sieht.

Kannst Du uns was zur militärischen Stärke des südafrikanischen Regimes sagen?

Wenn man die militärische Stärke des Regimes beurteilen will, muß man sowohl die ökonomischen Muskeln, die das Regime besitzt, berücksichtigen als auch die militärischen Muskeln, die das Regime gebraucht. Die militärischen Aktivitäten des Rassistenregimes hängen stark von der wirtschaftlichen Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung des Regimes selbst ab. Folglich fühlt sich das Regime sehr, sehr bedroht durch Wirtschaftssanktionen, und folglich finanzieren die westlichen Länder im großen Umfang das Regime, weil jede militärische Ausgabe von der Wirtschaft abhängt. Wenn wir also die militärische Stärke des Regimes betrachten, müssen wir beides betrachten, die wirtschaftliche Entwicklung und die Militärausgaben. Nun, zunächst ist die Wirtschaft selbst ziemlich entwickelt. Aber sie hängt stark von den westlichen Ländern ab, das heißt, es ist eine abhängige Wirtschaft, das heißt, sie kann lahmgelegt werden, wenn nämlich diejenigen, die diese Wirtschaft erhalten, dazu gebracht werden können, daß sie verbindliche Sanktionen gegen das Rassistenregime verhängen.

Jedoch auch militärisch ist das Regime in dem Sinne entwickelt, daß es jetzt in der Lage ist, einige Militärausrüstungen im Land herzustellen, wie z.B. G5 und G6. Und außerdem werden Flugzeuge wie der Imbala Düsenjäger ebenfalls im Lande produziert. Das verdeutlicht auch, daß in gewisser Hinsicht das Rassistenregime den Frontstaaten militärisch überlegen ist. Aber wir fühlen, daß die Niederlage des Regimes in Cuito Carnavale gezeigt hat, daß das Rassistenregime jetzt in der Luft schwächer wird, daher wurden sie in Angola besiegt.

Trotz all dieser militärischen Vorteile des Regimes bleibt es jedoch schwächer verglichen mit den azanischen Massen, in dem Sinne, daß die azanischen Massen an einem revolutionären Krieg beteiligt sind. Deshalb wird es ungeachtet der Waffen, die das Regime besitzt, ungeachtet des wachsenden Reichtums immer schwächer bleiben, weil die azanischen Massen am revolutionären Krieg beteiligt sind. Dieser revolutionäre Krieg wird in Form eines Guerillakrieges geführt, und die Geschichte hat gezeigt, daß ein Guerillakampf noch nie geschlagen wurde. Deshalb ist die militärische Stärke des Regimes unbedeutend, soweit es uns betrifft.

Welche Strategie und Taktik für den



Bei der Beerdigung der Opfer des Sharpeville-Massakers

Sieg über die feindlichen Kräfte hat die Befreiungsarmee angesichts der militärischen Kapazitäten des Feindes?

Die grundlegende Strategie, die die Befreiungsarmee sich zuerst und am meisten zu eigen zu machen hat, ist die des Volkskrieges. Das ist der allgemeine Rahmen für unsere Strategie. Volkskrieg deshalb, weil wir am Krieg der Massen, einem revolutionären Krieg beteiligt sind. Wir sind nicht an Gesetzlosigkeit beteiligt, nicht an Terrorismus, nicht an Raub, sondern wir sind am Befreiungskrieg beteiligt, einer nationaldemokratischen Revolution. Das sind die Umriss unserer allgemeinen Strategie des Volkskriegs, was heißt, daß sämtliche unterdrückten Individuen Mitglieder der revolutionären Bewegung sind. Jeder kann seine eigenen politischen Überzeugungen haben, aber als unterdrücktes Individuum ist er ein Mitglied der revolutionären Bewegung. Das bedeutet daher, daß unsere Rolle als Befreiungsbewegung die ist, diese unterdrückte Bevölkerung zu bewaffnen — das ist die allgemeine Strategie, die die Befreiungsbewegung sich zu eigen gemacht hat. Innerhalb dieser allgemeinen Strategie gibt es Taktiken, die wir benutzen. Diese Taktiken sind zuallerst die Frage der Auswahl der richtigen Gebiete zum Einsickern, die Frage der Auswahl der richtigen Ziele, die Frage der Auswahl der Ziele, um zu mobilisieren oder einzusickern oder um sogar im entscheidenden Augenblick Gegner auszuschalten. Diese Taktiken umfassen auch die Frage der Schaffung von Massenorganisationen, die Frage von Programmen, Programmen in diesen Organisationen, die an gewissen besonderen Tätigkeiten beteiligt sind, zu bestimmten Zeiten. Diese grundlegenden Taktiken sollen dazu dienen, die all-

gemeine Linie des Volkskrieges fördern.

Strebt die Befreiungsbewegung für Azania, der PAC, eine militärische Machtübernahme an? Welche Chancen hat die Befreiungsarmee, die feindlichen Militärkräfte zu besiegen?

Wenn Du von einer militärischen Machtübernahme sprichst im Sinne einer Machtübernahme in Form eines Militärputsches, bei dem man sagen kann, jetzt hat das Militär die Regierung übernommen, dann würde ich sagen, wir vom PAC streben keine militärische Machtübernahme an, denn der militärische Flügel des PAC ist nur dazu da, zu helfen, die politischen Ziele des PAC, der eine Befreiungsbewegung ist, zu erreichen. Daher sehen wir keine Situation, in der es eine Militärregierung geben sollte.

Wenn Du aber Machtübernahme so meinst, daß das Rassistenregime militärisch geschlagen werden wird, nun, dann gebe ich Dir recht. Wir glauben, daß der bewaffnete Kampf die grundlegende Form des Kampfes ist, daher glauben wir, daß das Regime militärisch zu schlagen ist durch Unterhöhnung seiner militärischen Fähigkeiten. Denn das Regime ist arrogant, denn es glaubt an seine militärische Macht. Das verstehen wir unter militärischer Machtübernahme, und die Aussichten für uns, die Militärkräfte des Regimes zu schlagen, sind glänzender als je zuvor. Das zeigen die militärischen Leistungen, über die auch die Presse der Rassisten selbst berichtet, und darauf weist auch die Zahl der Deserteure aus der Armee der Rassisten hin. Es gibt heutzutage viele sogenannte Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Diese Kriegsdienstverweigerer lehnen nicht deswegen die Verpflichtung in die Armee ab, weil sie einfach ein gutes Herz uns gegenüber hätten, sondern

weil sie Angst vor uns haben. Diese Angst läßt sie nach gewissen Entschuldigungen suchen, entweder daß sie sagen, sie wollten keine Leute töten, oder sowas ähnliches. Aber sie wissen, was es heißt, in der Rassistenarmee zu sein. Nun, das zeigt, daß unsere Zukunftsaussichten glänzender sind als je zuvor.

Außer den militärischen Angriffen verfolgt der Feind verschiedene andere Taktiken. Zu diesem Zweck haben zahlreiche Gespräche zwischen den Vertretern des Regimes, d.h. Slabbert, Denis Warren u.a., und Teilen der Befreiungsbewegung stattgefunden. Erstes Ziel dieser Gespräche, so hat man das hier verstanden, soll gewesen sein, den bewaffneten Kampf durch eine Verhandlungslösung zu ersetzen. Stimmt das, und wenn ja, wie sind die Möglichkeiten, daß der bewaffnete Kampf durch die Verhandlungslösung ersetzt wird?

Diese Darstellung ist nur teilweise rich-

Gesellschaft keine Anhängerschaft haben, sie haben keine Unterstützung innerhalb der weißen Gesellschaft. Wenn sie in der Lage wären, die weiße Gesellschaft zu überzeugen, daß eine Verhandlungslösung möglich ist, hieße das, daß sie an die Macht gewählt würden. Sie würden dann Südafrika regieren anstelle der Nationalistischen Partei. Aber weil sie befürchten, daß sie in der weißen Gesellschaft keine Wähler haben, deswegen versuchen sie Anhänger unter den Unterdrückten zu finden. Daher kommen sie mit dem Vorwand einer Verhandlungslösung. Das heißt aber auch, sie versuchen den Status quo durch friedliche Mittel zu erhalten. Sie versuchen sicherzustellen, daß eine Revolution nicht stattfindet, und sie setzen auf kosmetische Änderungen und Reformen. Ihr grundlegendes Ziel ist, unsere Revolution zu verhindern. Nun, was ich sagen kann, ist: Solange der PAC existiert, ist der Wunsch, den bewaffneten Kampf

dieser Partei loszusagen und eine andere Bewegung zu gründen, so daß sie jetzt mit dem Vorwand von Verhandlungslösungen kommen können. Soweit das die Unterdrückten betrifft, geht von diesen Liberalen keine Gefahr aus. Jedoch besteht eine vorübergehende Gefahr in dem Sinn, daß diese Liberalen in der Lage sind, einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft zu überzeugen oder zu verwirren, daß die glauben, daß jetzt die Chance für eine Verhandlungslösung bestehe oder größer sei. Das ist das einzige Problem, so glauben wir, mit diesen Liberalen, aber selbst dann ist das nur eine vorübergehende Gefahr. Denn in nicht allzu langer Zeit wird sich herausstellen, daß diese Art von Verhandlungen, mit denen sie uns kommen, bedeutungslos sind und damit nur beabsichtigt ist, unsere Revolution zu verhindern.

Der bewaffnete Kampf zwischen den Kräften des rassistischen Siedlerregimes und der Befreiungsbewegung war immer ungleich. Mitglieder oder Sympathisanten der Befreiungsbewegung kämpften und kämpften immer noch mit Steinen, Stöcken oder selbstgebasteten Waffen, während das Regime ein Monopol auf hochentwickelte Bewaffnung durch die imperialistischen Länder besitzt. Wieweit konnte der PAC sein Ziel verwirklichen, die unterdrückte Gesellschaft zu bewaffnen, und welche Schwierigkeiten gibt es bei der Verwirklichung dieses Ziels?

Es stimmt, daß die Massen in Azania für gewöhnlich mit Steinen und selbstgefertigten Waffen kämpfen. Man sollte jedoch die Bedeutung von selbstgefertigten Waffen nicht unterschätzen. Kenia wurde mit selbstgefertigten Waffen befreit. Wir stimmen jedoch zu, daß wir heute entwickeltere Ausrüstung brauchen, und der PAC hat auch tatsächlich Fortschritte dabei gemacht, solche Ausrüstung zu bekommen. Aber wir vom PAC hängen nicht wirklich ab von der Modernität der Bewaffnung. Wir vertrauen auf unsere eigene Kraft, wir vertrauen auf unseren eigenen Kampf, und so klein auch die Ausrüstung sein mag, wie primitiv oder altmodisch, wir vertrauen darauf, daß wir sie erfolgreich verwenden können. Die militärischen Erfolge, die wir heute haben, beruhen nicht auf entwickelter Bewaffnung. Sie beruhen auf einfachen Handfeuerwaffen wie der Scorpion Maschinenpistole, wie dem AK-Gewehr, wie dem SKS, einem halbautomatischen Gewehr. Das sind einfache Waffen, und sie haben auf Seiten der Rassisten viel Kummer verursacht. Das Regime sah sich gezwungen aufzurufen, diese Scorpions abzuliefern oder Informationen zu liefern, die zur Beschlagnahme dieser Waffen führen. Das ist also nicht der Punkt, ob die Bewaffnung entwickelt ist oder nicht.

Vielmehr, weil wir das Prinzip der Bewaffnung des Volkes beruhend auf dem Volkskrieg akzeptieren oder verfol-



Soweto 1976: Für die Vorbereitung der Juni-Aufstände wurde der PAC-Vorsitzende Mothopeng für zwölf Jahre inhaftiert.

tig, denn das Ziel dieser Liberalen wie Slabbert und Warren ist nicht die Ersetzung des bewaffneten Kampfes durch eine Verhandlungslösung, sondern sie wollen die revolutionären Ziele besiegen, sie wollen unser Verlangen nach unserer eigenen Befreiung unterdrücken. Weil sie nur zu genau wissen, daß der bewaffnete Kampf der Schlüssel für unsere Befreiung ist, wollen sie diese Bestrebung zunichte machen mit dem Vorwand, sie könnten eine Verhandlungslösung liefern. Geschichtliche Tatsache ist, daß unser Volk von 1912 bis 1961 versuchte das Regime und alle Unterdrücker zu überzeugen, daß es noch einen Weg über friedliche Verhandlungen gäbe, aber das wurde nicht anerkannt durch dieses Regime, einschließlich dieser Liberalen. Diese Liberalen haben bemerkt, daß sie in ihrer eigenen

auszurollen, ein Traum. Solange der PAC existiert, wird der bewaffnete Kampf geführt. Alle Versuche der Liberalen werden fehlschlagen, sie werden nur jenen Teil der Befreiungsbewegung gewinnen, den sie in die Gespräche verwickelt haben.

Welche Gefahr stellt die gegenwärtige Verhandlungswelle von Seiten Slabberts und anderer Agenten des Regimes für die revolutionäre Stimmung der unterdrückten Azanier dar?

Das stellt keine Gefahr da. Zunächst haben diese Slabberts usw., als sie noch in der Progressive Federal Partei waren, an das azanische Volk appelliert, sich dieser liberalen Organisation oder Partei anzuschließen. Jedoch schlossen sich die azanischen Massen nicht an, weil sie wußten, was sie wollten. Daher beschlossen Slabberts und andere, sich von

gen, haben wir mit diesem Programm der Bewaffnung begonnen. Und das Programm führt zu großen Resultaten in dem Sinn, daß einige der Operationen, die jetzt unternommen wurden, von den Massen selbst durchgeführt wurden, die durch den PAC bewaffnet waren. Der PAC führt dieses Programm fort und verstärkt es. Es hat jedoch noch nicht den Umfang erreicht, den wir erreichen wollen, denn diese Art von Material, diese Waffen, die wir zur Bewaffnung unseres Volkes brauchen, werden nicht von uns produziert, sondern werden uns von unseren Unterstützern geliefert. Daher hängt der Umfang der Bewaffnung unseres Volkes vom Umfang der Unterstützung ab, die wir von denen kriegen, die uns diese Waffen liefern. Und das ist das Haupthindernis, daß wir den Umfang nicht erreicht haben, den wir tatsächlich anstreben. Wenn wir mehr von dieser Ausrüstung bekommen können, werden wir ein gutes Stück vorankommen können. Wir haben bereits jetzt eine größere Zahl von Gebieten mit diesen Waffen versorgt und glauben, daß wir bis Ende des Jahres noch einmal einen größeren Teil unseres Landes abdecken können.

Einige Leute hier zögern, die Kampagne „Bewaffnet das Volk, befreit Azania“ zu unterstützen, weil ihnen Informationen fehlen über die bewaffneten Aktionen der Befreiungsbewegung und weil sie befürchten, daß die Freiheitskämpfer der APLA blindlings auf Zivilisten schießen könnten. Könntest Du, um das aufzuklären, erläutern, was die Angriffsziele der APLA-Streitkräfte sind?

Die Angriffsziele der APLA-Streitkräfte sind grundsätzlich die Armee der Rassisten und die Polizei. Wir haben diese Ziel sorgfältig ausgesucht, weil wir überzeugt sind, daß sie die Säulen der Arroganz des Rassistenregimes sind, weil das Rassistenregime bei allen seinen Tätigkeiten von seiner Kriegsmaschinerie abhängt. Daher haben wir die Armee und die Sicherheitspolizei als unsere Ziel ausgesucht. Jedoch sind wir darauf hingewiesen worden, daß es in Südafrika manchmal schwierig ist, zwischen einem Zivilisten und einem Angriffsziel zu unterscheiden, da die meisten weißen Mitglieder unserer Gesellschaft ab dem 18. Lebensjahr militärisch ausgebildet werden. Einige sind zu den Tätigkeiten der Rassistenarmee als Wehrpflichtige gekommen, andere sind in jenen Teilen der Armee, die als Reserve bekannt sind. Auch die Farmer selber nehmen sehr stark an den militärischen Aktionen des Rassistenregimes teil. Daher ist es schwierig, sie als gewöhnliche Zivilisten zu bezeichnen. Wenn sich diese sogenannten Zivilisten an militärischen Handlungen gegen das unterdrückte Volk beteiligen, dann sind sie Ziele der APLA-Streitkräfte. Die Festlegung der Ziele durch die APLA ist aber ganz klar, grundsätzlich jene, die in militärische



Der bewaffnete Kampf wird unterstützt: Demonstration bei der Beerdigung von Andries Raditsela 1985.

Aktionen gegen die unterdrückten Massen verwickelt sind.

Um diese Ziele angreifen zu können, benötigt die APLA vermutlich Regeln der Disziplin. Könntest Du uns diese Regeln zur Disziplin erläutern?

Die disziplinarischen Regeln der APLA sind klar, sie entwickeln sich aber auch. Zunächst haben wir, wie wir es nennen, die „acht Punkte zur Disziplin“ und die „zehn Punkte zur Beachtung“. Diese acht Punkte zur Disziplin geben Regeln über das Verhalten, das außerhalb der APLA-Streitkräfte erwartet wird, und sie enthalten auch Hinweise, die APLA-Kämpfer berücksichtigen sollen, wenn sie auf verschiedenste Situationen reagieren müssen. Die zehn Punkte zur Beachtung sind grundsätzliche Punkte, die die APLA-Kämpfer ernsthaft zu beachten haben, z.B. wie soll man sich verhalten, wenn man unter Frauen ist; wie soll man sich verhalten, wenn einem die Massen bestimmte Dinge anbieten; wie soll man sich verhalten, wenn man bei den Massen etwas ausleiht; es wird erwartet, daß man unbestechlich ist, daß man Dinge zurückgibt; was soll man machen, wenn man Dinge kauft. Das sind Punkte zur Beachtung, die die Disziplin der APLA-Kämpfer ausmachen. Es bestehen also für unsere Streitkräfte klare Regeln und Vorschriften, die sie beachten. Der allgemeine Rahmen für unseren Leitungsstil ist: Anweisungen der Leitung müssen befolgt werden. Das heißt, es werden nur solche Programme oder Operationen durchgeführt, die durch die Leitung festgelegt wurden. Das heißt bezüglich unserer Ziele, daß die APLA-Kräfte nur solche Ziele angreifen, die ihnen durch ihre Leitung vorgeschrieben wurden. Daher haben wir einen sehr, sehr hohen Standard der Disziplin. Für einen Bereich kann ich Euch ein Beispiel nennen. Es gibt einen

Befehl an die APLA-Guerilla, daß kein gefangener Soldat getötet werden darf, weil er, wenn er einmal gefangen ist, schwach ist und nichts mehr tun kann. Nun das Grundlegende, was wir mit dem feindlichen Kämpfer machen sollen, ist, ihn zu politisieren, ihm eine richtige politische Erziehung zu geben, ihm ein richtiges Programm zu vermitteln und ihn dann laufen lassen, so daß er die anderen feindlichen Kräfte erzieht, so daß sie die Wahrheit hören können. Das ist ein Hauptelement des Führungsstils der APLA. Denn die APLA-Kämpfer sind nicht blutrünstig, sie sind nicht darauf aus, den Feind zu töten, sondern ihr Ziel ist es, sicherzustellen, daß diese Leute erzogen werden, denn einige von ihnen kommen aus den gewöhnlichen Schichten innerhalb der weißen Gesellschaft. Sie sind einfach zur Armee gezwungen worden, weil sie keine Arbeit haben, und daher sind wir dafür verantwortlich, sie zu erziehen und sie für unsere Sache zu gewinnen.

Du hast von der Erziehung der gefangenen genommenen feindlichen Kräfte gesprochen. Kannst Du uns etwas über die Erziehung der APLA-Kämpfer sagen und wie das in Beziehung steht zu den Massen?

Zunächst werden die APLA-Kämpfer dazu erzogen, daß sie sich als Volksarmee verstehen. Sie sind nicht das, was wir von einer weißen Armee kennen, einer Armee, die von denen, die an der Macht sind, benutzt wird, um die Massen zu unterdrücken; eine Armee, die benutzt wird, um die Interessen derjenigen zu schützen, die den Status quo kontrollieren. Die APLA-Kämpfer erhalten eine richtige Erziehung, so daß sie wissen, sie sind Diener des Volkes. Ihre Aufgabe ist es, sich für die Befreiung des Volkes aufzuopfern. Das ist das erste und das Schlüsselement in der Erzie-

hung der APLA-Guerillas. Der zweite Bereich der Erziehung der APLA-Kämpfer ist die Liebe zur Menschheit, der Beseitigung aller Elemente des Rassismus in ihnen, weil wir wissen, daß wir alle ein Produkt des Rassismus sind. Alle Anstrengungen und alle Reaktionen auf das System haben zu einer Art Rassismus als Schutzreaktion geführt, die Leute ziehen es vor, unter sich zu bleiben, so daß sie gegen die weißen Leute kämpfen können usw. Aber wir versuchen unseren Guerillas eine solche Erziehung zu geben, daß sie wissen, sie kämpfen für die Befreiung der Menschheit. Denn der PAC ist überzeugt, daß es nur eine Rasse gibt, und das ist die menschliche Rasse.

Ein weiteres Gebiet der Erziehung in der APLA-Guerilla ist die Verteidigung der Interessen der Arbeiter. Wir vom PAC führen keinen Krieg, um die weiße Bourgeoisie zu beseitigen und sie dann durch eine schwarze Bourgeoisie zu ersetzen. Wir sind zuerst und zuallererst an einer nationalen Befreiung beteiligt. Aber darüber hinaus führen wir den Kampf für die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, und das, so glauben wir, haben die APLA-Kämpfer ganz klar mitbekommen. Sie haben es ganz genau verstanden, und sie begreifen es ganz, ganz klar, weil sie die Säule der Bewaffnung der Arbeiter sein werden. Sie werden es sein, die eine führende Rolle bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiter spielen werden. Das heißt also, sie selbst haben eine sozialistische Orientierung. Sie wissen, daß Marxismus und Leninismus ein Leitfaden für unsere revolutionäre Aktion sind.

Der „Sowetan“ vom 1. November 1988 berichtete, daß sieben PAC-Mitglieder zu insgesamt 137 Jahren Haft verurteilt wurden wegen ihrer bewaffneten Aktionen, unter ihnen war der 54jährige Mabutu Enoch Zulu. Kannst Du uns etwas berichten über die Aktionen der APLA-Kämpfer innerhalb des besetzten Azanias?

Die Aktivitäten der APLA-Kämpfer sind ziemlich vielfältig, und es sind auch ziemlich viele, so daß man sie gar nicht im einzelnen aufzählen kann. Am Beispiel unserer sieben Genossen kann allerdings einiges erläutert werden, ohne Einzelheiten allerdings, weil eine größere Zahl von militärischen Aktionen, an denen sie beteiligt waren, nach wie vor sicherheitsempfindlich sind, in dem Sinn, daß es dem Regime bisher nicht gelungen ist, aus diesen Genossen etwas herauszukriegen und aufzudecken, was sie gemacht haben, wer ihnen geholfen hat und wo sie ihre Waffen versteckt hatten usw. Was ich jedoch kurz über diese sieben Genossen sagen kann: Genosse Enoch Zulu hat eine Menge geleistet, er mobilisierte unser Volk, er hat ehemaligen PAC-Mitgliedern wieder aufgeholfen, die vielleicht dachten, das Regime hätte sie geschlagen. Genosse Enoch Zulu leistete wirklich eine gute Arbeit,

sie wiederzubeleben, und diese Leute waren wirklich wiederbelebt, als sie sahen, daß ein so alter Kader wie Genosse Enoch Zulu nach wie vor praktisch an der Revolution teilnahm und eine wichtige führende Rolle spielen konnte. Diese sieben Genossen waren auch beteiligt an dem Programm, die azanischen Massen zu bewaffnen, und sie haben hierfür eine Menge getan. Ihr erinnert Euch, daß einer der Anklagepunkte gegen sie war, sie hätten Kriegswaffen besessen, AK47-Gewehre, die in einigen Taschen gefunden worden waren. Diese AK-Gewehre waren bestimmt für das PAC-Programm der Bewaffnung der azanischen Massen. Aber es ist für mich schwierig, nähere Angaben zu den Tätigkeitsbereichen dieser Genossen zu machen, weil es immer noch Leute gibt, die mit uns arbeiten, die immer noch aktiv sind dort. Wenn ich Euch erzählen



Die APLA bekämpft die Siedlerarmee. Bild: 1986 besetzt Militär das Township Alexandria.

würde, erstens, zweitens, drittens, viertens, fünftens würde ich sie der Unterdrückung aussetzen und ihr Leben gefährden. Also kann ich die Bereiche nur, wie gesagt, kurz berühren. Es gibt nicht etwas, was ihre Tätigkeiten kennzeichnet. Der Mann, der jetzt als Kronzeuge des Staates auftritt, war selbst daran beteiligt, die Straße für unsere Guerillas freizumachen, er selbst war behilflich, eine Reihe von Guerillas zu rekrutieren, er nahm am militärischen Training teil, er hat sogar bestimmte militärische Aktionen geleitet, die von APLA-Kämpfern durchgeführt wurden. Aber leider wurde er zum Kronzeugen, als er verhaftet wurde. Dieser Mann war Mitglied des Oberkommandos, er heißt Tom Chauke, in diesem Prozeß wurde er immer als Mister X bezeichnet. Soviel kann ich dazu sagen.

Kannst Du uns, um zu zeigen, daß der bewaffnete Kampf weitergeht, einige Einzelheiten der gegenwärtigen bewaffneten Aktionen des PAC darstellen?

Das wird schwierig sein für mich, Euch einen detaillierten Bericht zu geben, denn dann müßte ich Euch eine Chronologie der Ereignisse geben, müßte das auch genauer beschreiben durch Angabe des Ortes oder von Namen usw. Aber ich kann Euch doch eine Reihe von militärischen Operationen aufzählen, die von APLA-Kämpfern durchgeführt wurden. Diese speziellen Operationen sind ausschließlich solche, die auch in den Medien berichtet wurden, weil der PAC besteht darauf, nur solche Aktionen zu bestätigen, über die in den Medien gesprochen wurde. Wir enthüllen keine anderen, weil wir nichts davon halten, Siege zu beanspruchen, wie es manchmal andere Leute tun, selbst wenn sie damit nichts zu tun hatten.

Zunächst kann ich Euch berichten von Kathlehong, das war etwa im Februar, da wurden vier Feinde getötet. Es ist wichtig für mich, Euch davon zu informieren, daß dieser Hinterhalt von APLA-Kämpfern gelegt wurde, die im Inland ausgebildet wurden. Die Leute, die diese Art von Operation durchführten, waren nie im Exil oder irgendwo im Ausland. Das ist ein gutes Beispiel.

Zweitens, in einem Gebiet in der Transkei, nahe der Grenze zu Lesotho, wurden zwei feindliche Kämpfer getötet, ein Transkei-Soldat flüchtete. Nun, er glaubt, er sei geflohen, aber laut dem Bericht, den wir von unseren Kämpfern erhielten, ließen sie ihn laufen, weil er aus der Marionettenarmee der Transkei war. Er wurde laufen gelassen, damit er anderen Marionettensoldaten erzählen kann, wie schwierig es ist, gegen APLA-Guerillas zu kämpfen.

Schließlich war da noch eine Operation im Gebiet von Rustenburg, wo wir zwei Genossen verloren. Sie wurden anschließend im Innern von Azania beerdigt. Über das Begräbnis des einen haben die azanischen Massen einen Videofilm gedreht, und wir hoffen, daß wir ihn Euch möglichst bald zeigen können.

Es gibt noch eine ganze Reihe anderer militärischer Aktionen, besonders im nördlichen Transvaal, weil wir sind der Meinung, daß wir in das Gebiet von Vanderland usw. eindringen sollten. Wir haben dabei einige Erfolge. Den größten Nachdruck legen wir auf die Landgebiete. Einige dieser Militäraktionen, von denen ich gesprochen habe, fanden im freien Gelände statt, denn die Rassistentruppen exerzieren immer im freien Gelände. Eine wichtige Operation auf dem Land war in der Gegend von Lichtenburg, wo die Buren hinkamen mit der Information, die ihnen von ihren Marionetten, der Transkeiarmee, gegeben worden war, daß dort APLA-Guerillas zu finden wären. Aber zu ihrem Unglück fielen sie in einen Hinterhalt. Nach den Berichten wurden elf feindliche Soldaten entweder getötet oder verwundet. Das sind die jüngsten Operationen, von denen ich berichten kann, aber, wie gesagt, sie sind nicht detailliert, denn die einzige

Institution, die genau in zeitlicher Reihenfolge berichten kann, ist die Abteilung für Publizistik und Information der Armee.

Du hast von der großen Bedeutung des Landes gesprochen. Verfolgt der PAC weiterhin das Konzept des Volkskriegs? Kannst Du uns das genauer erklären?

Das Konzept eines Volkskriegs meint einfach, daß die gesamte Bevölkerung an unserer Revolution teilnehmen soll. Das heißt zunächst und vor allem, jene Teile unserer Bevölkerung auszuwählen, die in einer Lage sind, unser Programm zu akzeptieren. Das bedeutet, daß wir sie politisieren, so daß sie zunächst und vor allem unser Programm kennenlernen, es verstehen und es anerkennen. Anerkennung unseres Programms bedeutet bewußte und freiwillige Anerkennung, sie werden Teil des ganzen Programms der Befreiung. Sie identifizieren sich selbst mit der Revolution. Das ist der erste Bestandteil eines Volkskrieges. Der zweite Bestandteil eines Volkskrieges ist: Wir vertrauen auf die Massen, weil die Massen ihre eigenen Befreier sind. Wir als PAC sind nur ein Werkzeug, damit die azanischen Massen ihre Kampffähigkeit fördern und entwickeln können. Wir sind nicht da, um die Massen zu befreien, sondern die Massen sind da, um sich selbst zu befreien. Wir sind grundsätzlich die Werkzeuge, wir sind grundsätzlich die Diener der Massen. Wir haben Hilfe geleistet, damit Leute ins Exil gehen konnten, um dort Ausbildung und die nötigen Waffen aufzutreiben. Nun bringen wir diese Transmissionsriemen und Waffen zurück zu den Massen, die sich selbst befreien wollen. Die Massen werden sich selbst befreien, indem sie weitere Leute ins Ausland zum militärischen Training schicken. Oder sie werden diejenigen willkommen heißen, die vom Ausland mit militärischer Ausbildung und Waffen kommen. Sie werden diesen Schutz bieten, sie mit Nahrungsmitteln versorgen, mit allem was nötig ist, um diese Revolution durchzuführen. Das bedeutet, jedes einzelne Individuum, das unterdrückt ist, wird an dieser Revolution teilnehmen. Das meinen wir mit einem Volkskrieg, einem Krieg, der von den Unterdrückten geführt wird, um sich selbst zu befreien.

Dadurch, daß die APLA-Freiheitskämpfer Stützpunkte im Innern geschaffen haben, wurde auch der Flüchtlingsstrom aus Südafrika verringert. Kannst Du uns etwas über das Leben der Flüchtlinge in den Frontstaaten berichten, von jenen Flüchtlingen, die vor dem Regime fliehen mußten?

Die Gründung von Stützpunkten im Landesinnern ist keine Verlautbarung des PAC. Wir wollen Stützpunkte im Landesinnern schaffen, aber wir wollen keine Lügen verbreiten, daß wir solche Stützpunkte geschaffen hätten. Wir unternehmen Anstrengungen, solche Stütz-

punkte zu schaffen, da wir nicht glauben, daß wir uns auf die Frontstaaten verlassen können, da diese sehr verletzlich sind gegenüber Angriffen des Rassenregimes. Daher müssen wir auf das innere Element vertrauen, das ist das Vertrauen in die azanischen Massen selbst. Deshalb sind unsere Stützpunkte die azanischen Massen selbst. Das wurde insoweit erreicht, als die Massen tatsächlich politisiert wurden, so daß sie tatsächlich sehen, daß unsere Revolution ihre eigene Revolution ist.

In der Vergangenheit wurde dieser große Flüchtlingsstrom ins Exil vor allem dadurch hervorgerufen, daß eine große Zahl von Leuten einfach davongelaufen ist vor dem was geschah. Daher sind viele von ihnen über die ganze Welt zerstreut, wir wissen nicht, was sie machen, wir wissen nicht, was sie anstreben.

Wir haben tatsächlich unsere Massen politisiert, und unsere Massen glauben jetzt, daß es besser ist, im Innern zu kämpfen, als ins Exil zu gehen und nicht zu wissen, was man machen soll. Das ist der größte Fortschritt, den wir soweit gemacht haben. Das bedeutet, die Zahl der Leute, die ins Exil gehen ohne Zweck, als gewöhnliche Flüchtlinge, hat sich verringert — das ist ein Sieg in unseren Augen.

Es gibt immer noch Leute, die herausgehen. Sie fliehen, weil sie vielleicht vom Regime unterdrückt werden, weil sie Angst haben, eingesperrt zu werden, weil sie Angst haben, von den feindlichen Soldaten erschossen zu werden oder von irgendwelchen politischen Gruppen, das alles sind Gründe, warum sie das Land verlassen. Und dann gibt es noch die, die das Land verlassen, weil sie von uns rekrutiert wurden, weil wir es für nötig gehalten haben, sie außerhalb auszubilden, d.h. daß sie zur Schule

gehen, militärisches Training machen.

Das sind die Leute, die wir in unsere Siedlungsgebiete bringen. Wir nennen sie nicht Flüchtlingsgebiete, weil ein Flüchtling gehört nicht zur Befreiungsbewegung, er will nur Asyl bekommen in einem bestimmten Land. Das sind vielmehr Freiheitskämpfer, die wir rekrutiert haben oder die zu uns kommen, weil sie sich uns anschließen wollen, und deshalb schicken wir sie in unsere Siedlungsgebiete. Nun, in diesen Gebieten ist die Lage traurig, in dem Sinn, daß ihre Größe immer mehr wächst, in dem Sinn, daß es in manchen viele Kinder gibt, und diese Kinder benötigen medizinische Einrichtungen, besondere Fürsorge, sie brauchen Kleider, Nahrung. In manchen Gebieten ist die Lage so, daß wir Hilfe brauchen. Jetzt bauen wir einen Kindergarten mit Hilfe einer norwegischen Wohlfahrtsbehörde. Dann versuchen wir eine Schule zu bauen, wofür wir ebenfalls Hilfe brauchen, die uns wenigstens von einigen Behörden zugesagt ist. Dann haben wir den Bau einer Klinik abgeschlossen, der von der nigerianischen Regierung unterstützt wurde. Dann werden Lagerräume für Nahrungsmittel gebaut, was uns von unseren Unterstützern angeboten worden war, und weiter wird gerade eine Werkstatt fertig für den Unterhalt unserer Traktoren und landwirtschaftlichen Fahrzeuge. Diese Projekte sollen die Lebensbedingungen in unseren Gebieten verbessern. Jedoch muß ich darauf hinweisen, daß die Gebiete im kritischen Zustand sind, daß sie Hilfe und Unterstützung brauchen. Dabei geht es zum ersten um medizinische Einrichtungen und zweitens um gebrauchte Kleidung, denn die Bedingungen für die Leute sind so schrecklich, daß sie manchmal nicht einmal Kleider haben.

Wir danken Dir für dieses Gespräch.



Ausbildungszentrum des PAC in Tansania



§ 218: Verfolgung verschärft

Mit dem harten Urteil gegen den Memminger Frauenarzt Dr. Theissen hat die Reaktion ein Signal gegeben zur verschärften Anwendung des § 218. Die Reaktionen aus CDU-/CSU- und FDP-Fraktion zeigen, daß nun mit einer bundesweiten Verfolgung von allen gerechnet werden muß, die in irgendeiner Weise gegen den Strafparagrafen 218 verstoßen haben. Die FDP-Abgeordnete Würfel verteidigte das Urteil und forderte die Ärzte auf, „noch sorgfältiger mit dem § 218 umzugehen . . . Herr Theissen ist nicht unschuldig an dem, was passiert ist. Was Recht ist, muß Recht bleiben.“ Die Ärzteschaft gerät unter erheblichen Druck. Der 92. Ärztetag reagierte gespalten auf das Urteil.

Türkei: Streikbewegung gegen Hungerlöhne

600000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben der Türkei haben sich in den letzten Wochen an Streiks und Protestaktionen beteiligt. Sie fordern eine drastische Anhebung ihrer Hungerlöhne. Neun Jahre nach dem Militärputsch von 1980 und den im Gefolge des Militärputsches von der Regierung Özal erzwungenen „Sanierungsmaßnahmen“ liegen ihre Löhne nur noch halb so hoch wie 1980, verdienen sie im Durchschnitt gerade 130 DM brutto im Monat. Seit dem 5. Mai sind jetzt auch noch 24000 Stahlarbeiter in Iskendrun im Streik für Lohnerhöhungen. Die Konfrontation zwischen den Streikenden und der Regierung nimmt damit weiter zu.



Landespolitik gegen Hungerstreik

In Niedersachsen hat eine Politik gegen die politischen Gefangenen Tradition, die nur noch als menschenverachtend und grausam zu bezeichnen ist. Doktor Ernst Albrecht ließ 1976 sein Buch „Der Staat — Idee und Wirklichkeit“ in zweiter Auflage herausgeben. Er bereite die Öffentlichkeit auf Situationen vor, in denen staatliches Töten und Folter „sittlich geboten“ seien. Nachdem die Grünen im niedersächsischen Landtag Mitte April eine dringliche Anfrage stellten, bekräftigte Justizminister Remmers die ablehnende Haltung der Landesregierung zu den Forderungen der Gefangenen. Mehr noch, nach Beendigung des Hungerstreiks will er die Kleinstgruppe in Celler Zelle auflösen und in den sogenannten Normalvollzug verlegen.

Soziale Mindeststandards in der EG

Die Haltung des DGB zur EG ist zweischneidig und mit chauvinistischen Positionen wie „Stärkung des Standorts Europa“ befrachtet. Aber der DGB hat zu den EG-Wahlen ein umfangreiches Programm arbeitsrechtlicher und sozialer Mindeststandards aufgestellt und kritisiert die Bundesregierung wegen Nichtunterzeichnung internationaler Konventionen zum Kündigungsschutz, Mindestalter für Beschäftigung, soziale Absicherung, Gesundheitsschutz und Arbeitszeiten in der Industrie. Die EG-Kommission blockt im Auftrag der Konzerne eine Sozialcharta, zu der auch ein Mindestlohn zählt, systematisch ab. DGB-Vorstandsmitglied Geuenich stellt deshalb inzwischen die weitere Zustimmung der Gewerkschaften zum Binnenmarkt in Frage.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM
Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie
— Nachrichten Chemische Industrie. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226. Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgroat Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 439 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken